

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808



Aus dem Inhalt

**Lothar Rühl,
Deutschland:**
Die strategische Lage
zum Jahreswechsel

**Jan Breytenbach,
Südafrika:**
„Die Schrecklichen“: Südafrikas
erfolgreichstes Infanteriebataillon
im Einsatz (1975-1993)

Harald Pöcher:
Volkswirtschaft und
Militärökonomie der
ehemaligen Deutschen
Demokratischen Republik

**Eberhard Birk,
Deutschland:**
„In deinem Lager ist Österreich.
Wir anderen sind einzelne Trümmer“
(Teil 2)

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Lothar Rühl

Die strategische Lage zum Jahreswechsel

Jan Breytenbach

„Die Schrecklichen“: Südafrikas erfolgreichstes Infanteriebataillon im Einsatz (1975-1993)

Interview geführt durch Stephan Maninger

Harald Pöcher

Volkswirtschaft und Militärökonomie der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Ein Blick zurück - Lehren für die Gegenwart

Eberhard Birk

„In deinem Lager ist Österreich. Wir anderen sind einzelne Trümmer“

Militärhistorische Anmerkungen zu Radetzky (Teil 2)

Zusätzlich in der Printausgabe

Milizen als Instrument der Politik

Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR

André Röhl

Cyber-Angriffe gegen Estland - Lehren für Österreich

Walter J. Unger

Sicherheitsabstände zu Kulturgut im Fall eines bewaffneten Konfliktes - gibt es die?

Erich Frank

Das britische Führungsverständnis unter besonderer Berücksichtigung deutschen Führungsdenkens

Dirk Freudenberg

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

Die strategische Lage zum Jahreswechsel

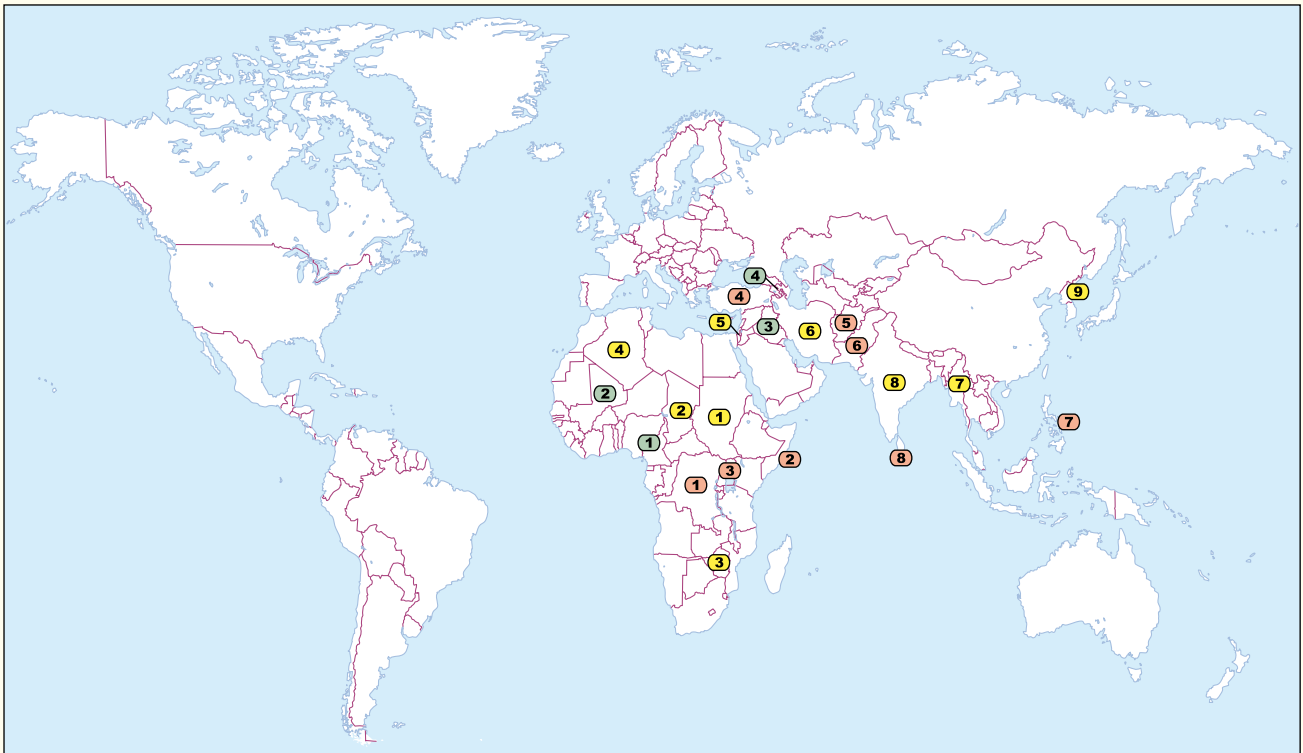
Lothar Rühl

Die allgemeine Sicherheitslage der Welt hat sich im Jahre 2008 nicht wesentlich verändert. Dagegen ist die Weltwirtschaftslage seit dem Jahr 2007 zu einem kritischen globalen Problem geworden, das auch den strategischen Datenkranz der internationalen Politik tendenziell zu verändern beginnt: Die spezifischen ökonomischen Gewichte

und Abhängigkeiten werden davon berührt; die amerikanische Finanzkrise griff im Herbst 2008 auf Europa und Asien über.

Davon sind seit dem Herbst 2008 alle Länder betroffen. Die beginnende Rezession der amerikanischen Wirtschaft und deren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft werden weit über den vom Weltwährungsfond im Oktober 2008 geschätzten Verlust von

Die wesentlichsten Konfliktherde 2008



OFFENE KONFLIKTE

- ① **KONGO (DEM. REP.):**
trotz vereinbarter Waffenruhe weiter Kämpfe zwischen Splittergruppen der Rebellenorganisationen und Regierungstruppen
- ② **SOMALIA:**
geplanter Waffenstillstand zwischen islamistischen Rebellen und Regierungstruppen soll Ruhe bringen; Verschärfung der Lage durch Piraten im Golf von Aden
- ③ **UGANDA:**
trotz Friedensabkommens zwischen Rebellen und Regierung andauernde Gefechte
- ④ **TÜRKEI:**
Offensive der Regierungstruppen gegen PKK-Rebellen
- ⑤ **AFGHANISTAN:**
weiterhin heftige Kämpfe zwischen NATO-Truppen und Taliban-Milizen
- ⑥ **PAKISTAN:**
schwere Gefechte zwischen Armee und islamistischen Terroristen; erhöhte Anschlaggefahr auf Einrichtungen mit westlichem Symbolcharakter
- ⑦ **PHILIPPINEN:**
Konflikt auf Mindano zwischen Regierung und muslimischen Rebellen droht zu eskalieren
- ⑧ **SRI LANKA:**
anhaltende Gefechte zwischen Regierungstruppen und tamilischen Rebellen

SCHWELENDE KONFLIKTE

- ① **SUDAN:**
Offensive der Armee gemeinsam mit der Dschandschawid-Miliz nach Gefechten mit den Rebellen um Darfur
- ② **TSCHAD:**
weiterhin Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Rebellen um die Hauptstadt N'Djamena
- ③ **SIMBABWE:**
nach Unruhen bei Präsidentschaftswahlen zwischenzeitliche Beruhigung; neuerliche Eskalation möglich
- ④ **ALGERIEN:**
immer wieder Anschläge durch islamistische Terroristen
- ⑤ **ISRAEL/PALÄSTINA:**
vorläufiger Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas; trotz Friedensverhandlungen kommt es immer wieder zu Konflikten
- ⑥ **IRAN:**
Aufnahme von bilateralen Gesprächen mit den USA trotz Streitigkeiten wegen des Atomprogramms
- ⑦ **MYANMAR:**
brutale Niederschlagung der Proteste buddhistischer Mönche
- ⑧ **INDIEN:**
fortwährend religiös motivierte Unruhen zwischen den Glaubensgemeinschaften
- ⑨ **NORDKOREA:**
nach Annäherung mit den USA im Atomstreit jederzeit Verschärfung der Lage durch Gesundheitszustand von Staatschef Kim Jong Il

EINGEDÄMMTE KONFLIKTE

- ① **NIGERIA/KAMERUN:**
weiterhin Spannungen um die Halbinsel Bakassi, aber langsame Annäherung
- ② **MALI:**
Friedensabkommen zwischen Regierung und Tuareg-Rebellen
- ③ **IRAK:**
trotz Gefechten mit US-Besatzungsmacht Entspannung der Lage; ab 2009 sollen die amerikanischen Truppen reduziert werden
- ④ **ARMENIEN/ASERBAIDSCHAN:**
Russland, Armenien und Aserbaidschan wollen den Konflikt um das Nagorni-Karabach Gebiet friedlich beilegen

Entwurf: Redaktion ÖMZ

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Peter Lutz

etwa 1,4 Billionen USD bis zum vierten Quartal 2008 hinaus weltweiten Schaden verbreiten.

Die politischen Konflikte und Probleme sind indessen dieselben geblieben, angereichert durch die Erschütterung der Weltmachtstellung der USA und des amerikanischen Kredits. Trotzdem waren die Kräfteverhältnisse zwischen den Mächten militärisch und technologisch noch unverändert. Doch die Machtverschiebung zwischen den großen Staaten hat an Tempo gewonnen, beschleunigt vom Aufstieg Chinas und der anhaltenden Überdehnung der amerikanischen Militärmacht in zwei Kriegen zwischen Irak und Afghanistan. Obwohl sich die militärische Lage im Irak 2008 deutlich entspannt hat und die US-Truppen dort ab Frühjahr 2009 reduziert werden können, bleibt die Überdehnung bestehen, weil mehr US-Truppen in Afghanistan gebraucht werden, nach dem US- und ISAF-Oberbefehlshaber General David D. McKiernan im Oktober 2008 zunächst noch etwa drei Brigaden. US-Verteidigungsminister Robert Gates wiederholte anlässlich der NATO-Verteidigungsministerkonferenz in Budapest im Oktober seine Forderung nach mehr europäischen Truppen und stärkerer Beteiligung am Kampfgeschehen.

Die allgemeinen Lageveränderungen wirken auch auf Konfliktsituationen, deren Krisenpotenzial noch nicht genau bestimmbar ist, die aber in bewaffnete Konflikte über Grenzen hinweg eskalieren könnten, wie schon im Jahre 2008 der kurdische Konflikt in Angriffen beider Seiten zwischen Südostanatolien und dem Nordirak resultierte: Die USA blieben unverändert zwischen ihren kurdischen Alliierten im Irak, den kurdischen PKK-Separatisten und dem türkischen NATO-Partner politisch gelähmt, unfähig zur Kontrolle der krisenträchtigen Situation. Washington konnte auch 2008 weder eine Waffenruhe erzwingen noch Frieden vermitteln.

Dagegen blieb die Lage im Nahen Osten zwischen Israel und den Islamisten der *Hisbollah* im Libanon wie die zwischen Israel und Syrien und die Situation in den israelisch besetzten Teilen Palästinas mit der aggressiven *Hamas* im Gazastreifen im Vergleich zu den Vorjahren relativ ruhig, aber gespannt und ohne Bewegung in Richtung auf eine Befriedung. Auch im Nahen Osten konnte Washington seinen Zielen, Fortschritten zum Frieden in Palästina, Stärkung der Regierung des Libanon, Isolierung Syriens, oder aber einem syrischen Entgegenkommen an Israel zur Beteiligung am eingefrorenen „Friedensprozess“ trotz diplomatischer Bemühungen nicht näher kommen.

In mehreren Regionen Afrikas, von der Westküste mit Nigeria und Mauretanien über den Kongo und den Maghreb bis zum Sudan mit Darfur und dem Tschad, Äthiopien mit der unbewältigten Krise in Somalia bei sich auch auf See in Gestalt der Piraterie ausbreitenden Flecken der Unsicherheit, die das gesamte, von der NATO und den USA kontrollierte Seegebiet um das Horn von Afrika erfasst, in Südamerika und in Südostasien um Indonesien, wiederum mit dem internationalen Unsicherheitsfaktor Piraterie, Malaysia und Myanmar wich die Gefährdung der internationalen Sicherheit nicht zurück. Die längerfristigen Tendenzen der Entwicklung und die älteren Konflikte wie der über Kaschmir, historischer Kriegsgrund zwischen Indien und Pakistan, und der in Palästina wirken weiter.

Vor diesem Hintergrund treten die großen Machtverschiebungen und strategisch-geopolitischen Veränderungen, sämtlich seit Jahren erkennbar, immer deutlicher hervor:

Großmacht China

Die Verbreiterung der materiellen Machtbasis Chinas durch das Wachstum der chinesischen Wirtschaft, im ersten Halbjahr 2008 um etwa 10-11% bei einem Zuwachs des Steueraufkommens um 31%, das Ganze auf der Basis eines Außenhandelsüberschusses in Höhe von 160 Mrd. EUR im Jahr 2007.¹⁾ Trotz schwerer innerer Mängel und Schwächen, v.a. im gesellschaftlichen und im multiethnischen Zusammenhang, für die die Unruhen in der muslimischen Bevölkerung Xinjiangs und der Ausbruch der gewalttätigen Proteste gegen die chinesische Überfremdung in Tibet mit der davon hervorgerufenen blutigen Repression stehen, blieb der positive Trend für China im Jahre 2008 insgesamt bestehen.

Die chinesische Bevölkerung bot mit der zweithöchsten Sparquote der Welt (nach Singapur) bei schnell wachsendem Konsum im Osten des Landes auch ein Beispiel finanzieller Solidität, mit der vor wenigen Jahren kaum jemand gerechnet hatte. Dabei ist China zu einem der größten Devisenhorte und Gläubiger der USA geworden.

Wenn die beginnende globale Wirtschaftskrise sich nicht kritisch auf China auswirken sollte, wird der wirtschaftlich-politische Spielraum Chinas in der Welt sich schon deshalb ausweiten und das relative Gewicht gegenüber Amerika, Japan und Europa zunehmen. Die Spitzenstellung unter den Exportländern auf etwa gleicher Höhe mit Deutschland wurde 2007 erreicht, wenngleich v.a. mit oft mangelhaften Billigwaren und Raubkopien westlicher Produkte.

Die politischen und strategischen Folgen dieser rasanten Entwicklung werden in der Außenpolitik Pekings und im Rüstungszuwachs in den kommenden Jahren sichtbar werden - wenn sich nicht unter dem Druck einer anhaltenden weltwirtschaftlichen Krise alle Relationen verändern sollten.

Die organisatorische Leistung bei der Ausrichtung der Olympischen Spiele in Peking samt der nationalen Propagandaveranstaltung großer medialer Wirkung in aller Welt kündigten eine weit über das Materielle, Ökonomische und Militärische hinausreichende Einflussexpansion Chinas als aufstrebende Großmacht im Weltmaßstab an. Die politische und kulturelle Ambition war ebenso unverkennbar wie die technologische und kommerzielle.

Das erste Experiment eines chinesischen Astronauten mit einem kurzen Aufenthalt außerhalb der Raumfahrerkapsel im September 2008 folgte dem vorangegangenen Abschuss eines Weltraumsatelliten durch eine chinesische Rakete. Mit solchen Versuchen gesellte sich China als drittes Land zu den selbstständigen Raumfahrernationen und stellte Ziele für ein auch militärisch nutzbares Raumfahrtprogramm dar. Die strategische und taktische Raketenrüstung wurde fortgesetzt, und an einer Flugkörperabwehr wird anscheinend gearbeitet.²⁾

China setzt seit Jahren seine Einflussexpansion mit dem Nahziel einer strategischen Kontrolle seiner geopolitischen Peripherie von den Randmeeren Ostasiens bis zu den Ausläufern des Westpazifiks und denen des Indischen Ozeans fort. Vorläufig handelt es sich militärisch um eine möglichst weit auf See vorgeschobene Abwehr von feindlichen Angriffskräften für eine defensive „strategy of denial“, eine Angriffsoptionen verwehrende Vorwärtsverteidigung an und vor den Küsten.³⁾ Eine Machtrivalität mit Amerika und mit Indien ist auf diesen Wegen aber für den weiteren Verlauf mit größeren Reichweiten

und operativer Beweglichkeit von Kriegsschiffen auf hoher See, Langstreckenflugzeugen und Flugkörpern vorgezeichnet. Dies zumal, als in Peking die Diskussion über Flugzeugträger offiziell begonnen hat, insbesondere durch den Verteidigungsminister und dessen Stellvertreter für Rüstung.⁴⁾

Das Verhältnis zu Japan bleibt latent gespannt und in der weiteren Entwicklung ambivalent: gemeinsame wirtschaftliche Interessen in gegenseitiger Abhängigkeit einerseits, die Zusammenarbeit gebieten, historische Gegensätze und der politische Grundkonflikt über Japans Bündnis mit der Schutzmacht Amerika, deren vorgeschobene Bastion Japan gegenüber China wie Russland im Fernen Osten ist, andererseits. Die strategische Gegnerschaft wird in den See-, Luft- und Raketenrüstungen der absehbaren Zukunft deutlicher werden, selbst dann, wenn die politische Distanz zwischen Tokio und Washington größer werden sollte. Die derzeitigen Rüstungsergebnisse Chinas lassen allerdings noch keine weitreichenden Annahmen zu.

Das Verhältnis zu den USA bleibt ambivalent zwischen passiver Konfrontation und Kooperation, wobei die strategischen Beziehungen zwischen beiden Mächten sich in ihrer Bedeutung neben die zwischen den USA und Russland geschoben haben und Vorrang gewinnen dürften. Die amerikanische Diskussion seit der Präsidentschaft Richard Nixons in den 1970er-Jahren spiegelt diese noch nicht perfekte neue Realität als Präfiguration der künftigen globalen Machtverteilung im 21. Jahrhundert mit dem Diskursthema „strategische Partnerschaft“ (Präsident Clinton) oder „strategischer Dialog“ (Präsident Bush jun.) wider. Also China als zweite Weltmacht nahe bei Amerika und vor Russland?

Dies ist die spekulative strategische Frage in der Perspektive 2020-30. Konkreter gestellt und mit einem militärischen Aspekt lautet sie: Wird sich China mit der Kontrolle seiner unmittelbaren Vorfelder an Küsten und Binnengrenzen zufriedengeben oder wird es darüber hinaus machtpolitisch auszugreifen versuchen? Wird China also im Kern eine territorial saturierte defensiv handelnde Status-quo-Macht sein oder im Gegenteil eine offensive Expansionsmacht?

Die Antwort wird zunächst noch von dem ungelösten Problem Taiwan verschleiert. Peking hat gegenüber dem nationalchinesischen Inselstaat ein militärisches Angriffspotenzial, darunter rund 900 Raketen kürzerer Reichweite, aufgebaut,⁵⁾ das weit stärker und darum auch weit ernster zu nehmen ist als eine bloße Drohkulisse. Deshalb liegt in der Taiwanstraße unverändert seit den 1950er-Jahren ein unkalkulierbares reales Kriegsrisiko auch mit den USA, der Schutzmacht Taiwans. Deren Vormachtstellung im Pazifik braucht auch ohne Flottenstationierung die Position Taiwan wie den Flottenstützpunkt Guam, das japanische Okinawa, die Philippinen, das verbündete Japan und Singapur (mit Hafenrechten für US-Kriegsschiffe).

Diese geopolitischen Positionen und Australien mit Neuseeland liegen im Schutzbereich der pazifischen Macht Amerika, Indonesien angelehnt an diese im Südosten, Thailand im Südwesten. Für China sind dagegen der frühere US-Protégé und spätere Gegner Vietnam mit ganz Indochina, Myanmar und Malaysia Positionen an der Grenze des strategischen Aktionsradius, die wenigstens neutral sein sollten, jedenfalls nicht Teil eines von den USA oder von Indien organisierten Sicherheitsraumes gegenüber China.

Die Situation birgt große politische Herausforderungen und hohe Risiken, aber auch bedeutende Chancen der Zusammenarbeit für alle drei Mächte.

Die Staaten Südwestasiens versuchen über die politischen Regimegegensätze und territoriale Differenzen hinweg eine gemeinsame Eigenständigkeit zwischen den Mächten zu bewahren, sehen aber mit Sorge auf das wachsende Machtpotenzial Chinas, auf die künftige Entwicklung Japans und auf die tendenziell schwindende Präsenz Amerikas in Asien.

Japans strategische Ohnmacht

Auch Japan wird als Industrieland und Handelsmacht versuchen, an einer friedlichen Entwicklung seines früheren machtpolitisch-militärischen Expansionsgebietes der 1930/40er-Jahre zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil beteiligt zu werden. Es wird aber schon aus diesem Grunde und wegen der notwendigen Sicherung seiner Öleinfuhren aus dem Mittleren Osten durch den Indischen Ozean, die Straße von Malakka und das Südchinesische Meer eine weiträumig operationsfähige Hochseeflotte schaffen müssen, zumindest mit Hubschrauber-Trägern, wenn nicht sogar mit zwei oder drei Flugzeugträgergruppen, um die Geleit- und Abwehrfähigkeit für seine Handelsschiffe, besonders die Öltanker, herzustellen. Dazu auch, um die USA zu entlasten und die Balance gegenüber China zu halten.

Die USA werden auf Dauer solche Sicherungsaufgaben nicht für Japan, Indonesien oder Indien ohne deren Mitwirkung übernehmen. In diesem Bereich liegen darum auch maritime Rivalitätsgründe zwischen Japan, China und Indien.

Die entstehende globale Machtverteilung nach dem Muster der Multipolarität spiegelt sich in diesem großen regionalen Fokus Asiens mit dem Indischen Ozean. Die strategische Frage ist zunächst an Amerika als die einzige global handlungsfähige See- und Luftmacht gestellt. Doch sie reicht weit über den Bezugspunkt Washington hinaus wie über die Bezugspunkte Peking, Tokio oder Delhi. Für jede internationale Sicherheits- und Ordnungspolitik handelt es sich aber letztlich um das Verhältnis der USA zu Asien, wobei auch Russland als nordostasiatische Flankenmacht eine kritische Größe und also Moskau ein politischer Bezugspunkt bleibt.

Wie wirkt Amerika heute auf Asien? Wie will es nach fünf Jahren Intervention im Irak als externe strategische Vormacht am Golf, aber noch immer als Besatzungsmacht in einem orientalischen Land ohne die politische Wirkung als Ordnungsmacht und nach sieben Jahren Intervention in Afghanistan als Besatzungsmacht und Führungsmacht einer internationalen Koalition, die westlich ausgerichtet ist, im Orient gemeinsame Interessen fördern und sich auf gemeinsame Werte und Ziele berufen? Dies umso weniger, als diese Koalition sich als Kriegsallianz gegen den „islamistischen Terror“ definiert und damit in Konflikt mit dem militanten Islam kommt, der in Pakistan ebenso zu einer politischen Kraft geworden ist wie in Indien und in Indonesien. Der Konflikt zwischen Pakistan und Indien um Kaschmir zeigt eine Bruchlinie auf.

Die ordnungspolitische Rolle der USA

Welche Rolle kann Amerika als demokratisch-liberale Macht international, v.a. im Orient, ideell, ordnungspolitisch und sicherheitspolitisch noch spielen?

Diese Frage hat, v.a. in Asien und in Afrika, im gesamten Mittleren Osten, aber auch in Lateinamerika einen politischen Aspekt über den unmittelbaren Anlass hinaus: Seit dem 19. Jahrhundert waren Europa und nach dem Ersten Weltkrieg zunehmend Amerika die politischen Kraftzentren, die Ideen

und Standards, Werte und Regeln im internationalen Verkehr vorgegeben haben. Sie bilden den „Westen“ als internationalen Maßstab und treten seit dem Zweiten Weltkrieg als „westliche Wertegemeinschaft“ nach Wilsons Vorstellungen von globaler Demokratie und internationaler Ordnung, auch noch in der Epoche der Entkolonialisierung und in der postimperialen Welt, mit dem Anspruch auf, „die Zivilisation“ zu verkörpern und „die Weltordnung“ zu gestalten. Das internationale Politikum von strategischer wie von moralischer Relevanz ist die sich ausbreitende Ablehnung dieser westlichen Sicht der Welt, deren Werte, deren Zwecke und deren Ordnung.

„Der Westen“ wird mehr als geopolitisch-strategische Gruppierung von Ländern um die USA wahrgenommen, also als eine Verlängerung der amerikanischen Macht über die Ozeane auf andere Kontinente im Sinne einer globalen Hegemonie.

Eben diese Gruppierung um die Macht der USA ist aber spätestens seit dem Irakkrieg von 2003 in einer Beziehungs- und Orientierungskrise von widerstrebenden politischen Kräften bedroht: Die innere Einheit der nordatlantischen Allianz steht ebenso in Frage wie die Westeuropas in der „atlantischen Gemeinschaft“.

NATO

Die strategische Relevanz der NATO für die europäische Sicherheit ist nicht in Frage gestellt, aber der Mangel an politischer Einigkeit, auch mit der amerikanischen Klientel im Osten Europas, und der Mangel an militärischer Substanz für gemeinsame Verteidigung im Bündnisfall sind offenkundig geworden. Dies zeigt sich in Afghanistan - im Laufe des Jahres 2008 immer deutlicher - und würde sich im Falle einer militärischen Konfrontation im Kaukasus wieder zeigen. Das Verhältnis zwischen Europa und der verbündeten Türkei, das im Schwarzmeerraum und im Kaukasus wie am Rande der Golfregion seit dem Ende der Sowjetunion 1991 zu einer strategischen Schlüsselgröße geworden ist, bleibt politisch gestört und für die Sicherheit Europas ungenutzt.

Dies ist umso gefährlicher, als die Entwicklung des Orients außerhalb des europäischen Einflusses liegt und die internationale Autorität der USA auch unabhängig von der jeweiligen Außenpolitik oder Strategie Washingtons umstritten ist, Europa aber nicht als potenter internationaler Akteur wahrgenommen wird, die EU schon deshalb kein globaler Machtfaktor geworden ist.

Russlands neues Selbstbewusstsein

Russland verfolgt wie China in Asien und in Afrika seine nationalen Interessen als Großmacht. Beide schirmen dabei Regime ab, die ihre Völker ausbeuten und unterdrücken. Beispiele boten 2008 in erster Linie Myanmar, der Sudan und Simbabwe. Die USA haben sich ihrerseits seit Beginn des Jahrhunderts Afrika zugewendet, um dort ihre wirtschaftlichen Interessen politisch abzusichern und auch militärisch von den Küsten her abzuschirmen. Washington sucht seit der Clinton-Präsidentschaft aktiv afrikanische Partner für ein den Atlantik und den Indischen Ozean umspannendes globales Sicherheits- und Kooperationssystem.

Dem soll die 2007 von Präsident Bush verordnete Neuaufstellung der strategischen Oberkommandos der US-Streitkräfte dienen, die ab 1. Oktober 2008 geografisch neu eingeteilt wurden, um Afrika mit der einzigen Ausnahme Ägypten im

Bereich eines eigenen „Africa Command“ als Kontinent und politisches Ganzes in einem strategischen Großraum zwischen Amerika, Europa, dem weiteren Mittleren Osten von Ägypten bis Pakistan mit dem Indischen Ozean und Asien zu behandeln. Die unvermeidlichen Überschneidungen der amerikanischen Zuständigkeitsbereiche sind dabei nicht wesentlich, sondern die geopolitisch-strategischen Schwerpunktbildungen für die militärische, politische und wirtschaftliche Ausübung einer globalen Weltmachtfunktion. Wie weit und wie lange die USA dazu die Mittel haben und wie sich die erschütterte Weltmachtstellung wieder wird festigen lassen, ist eine Frage an die weitere Zukunft wie die nach der Zukunft der russischen Macht und der des in den Weltmachtrang aufstrebenden, aber davon noch immer entfernten China.

Für Russland bleibt Amerika neben und auch gegenüber China die globale Referenzgröße. Dies erwies sich 2008 in den Kontroversen um die geplante, von Präsident Bush energisch vorangetriebene Vorwärtsstationierung von Waffensystemen strategischer Raketenabwehr in Mitteleuropa (Polen und Tschechien), über die Fortsetzung der Politik der NATO-Erweiterung im Kaukasus auf Georgien und im Osten Europas mit dem erklärten Ziel Ukraine an den Grenzen Russlands.

Welche Züge Moskau auch immer auf dem geopolitischen Feld tut oder plant, es trifft in Europa wie im Mittleren Osten, wo Putin schon eine Wiedererstarkung des russischen Einflusses eingeleitet hatte, in Zentralasien wie im Fernen Osten und auf den Weltmeeren noch immer auf die Gegenmacht USA, mit denen es aber auch gewisse gemeinsame Interessen der Begrenzung von Sicherheitsrisiken in internationalen Krisen gegenüber der drohenden Ausweitung der nuklearen Proliferation und dem islamistischen Terror hat. Es fragt sich aber, wie konsequent und damit auch wie kooperativ Russland diese Interessen für seinen Teil zu fördern beabsichtigt, welche Rücksichten es zu nehmen und welche Risiken es einzugehen bereit ist. Die Georgienkrise gab im Sommer und Herbst 2008 auf diese Frage ebenso wenig eine klare Antwort wie die Behandlung des Iran oder Nordkoreas mit deren Atomprogrammen. Dies gilt in allen drei Fällen allerdings auch auf der anderen Seite für die USA.

Russland steuert als „gelenkte Demokratie“ mit der Kontrolle durch eine starke Zentralgewalt ein weiteres Merkmal der globalen Problematik bei. Wirtschaftliche Erholung durch die Weltmarktwertsteigerung strategischer Rohstoffe, im russischen Fall v.a. Erdöl und Erdgas, aber auch Rohdiamanten und Erze, kann sich ohne unmittelbare politische Folgen für das Regierungssystem vollziehen und einen geschwächten Staat wieder in den Großmachtrang heben. Allerdings bleibt Russland als Rohstoffexportland gefährlich für seine Wirtschaft und sein Staatseinkommen, damit für seine internationale Handlungsfähigkeit von den Weltrohstoffmärkten abhängig, wie sich in der Krise des Herbstes 2008 deutlich zeigte.

Die Regierung der festen Hand mit verordneten nationalen Zielen und Zwang neben Anreizen für private Kapitalbildung und Unternehmerinitiative in Abhängigkeit vom Staat, der auch selber Unternehmer und Kapitaleigner ist, hat die Schwäche und Wirren der Jelzinjahre überwunden. Trotzdem bleiben die alten strukturellen Mängel Russlands und die Grundarmut seiner Bevölkerung bestehen. Die noch immer auf Rohstoffexport basierende Wirtschaft schafft zu wenig nationalen Wohlstand und ökonomischen Mehrwert durch Produktion von Gütern.

Aber trotz dieser Mängel und Schwächen erwies die Präsidenschaft Putins sich als ein auch international bedeutender Erfolg. Die strategische Nutzung und die außenpolitische Umsetzung dieses materiellen Erfolgs stehen in ihren Auswirkungen noch nicht fest, werden auch über längere Zeit veränderlich bleiben. Die Folgen von Ereignissen wie der Georgienkrise oder den Spannungen im Verhältnis zur Ukraine, zu Polen und zu den Ländern Nordeuropas lassen sich noch nicht genauer bestimmen, sondern nur grob und für die nächste Zeit abschätzen.

Das Bedrohungsbild von Russland als aggressiver Macht hat sich auf dem Horizont der westlichen Randländer des früheren Sowjetimperiums verdeutlicht. Die ersten Reaktionen auf die Augustkrise in Georgien zeigten, dass die alten Befürchtungen wiedererwacht sind und der Drang nach Westen unter den Schirm Amerikas in der nordatlantischen Allianz noch stärker geworden ist.

Auch das Verhalten der Regierungen in den postsowjetischen Staaten Zentralasiens mit ihren teils künstlichen, Völker und Sprachgruppen teilenden oder als Minderheiten einschließenden Grenzen machte solche Befürchtungen deutlich: Die von Moskau geforderte Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens berührt die eigene Sicherheit und territoriale Integrität indirekt als Präzedenz und als Beispiel für Abspaltungstendenzen von Bevölkerungen in einzelnen Landesteilen (dies gilt im Übrigen auch im Innern der Russischen Föderation vom Nordkaukasus bis nach Tatarstan an der Wolga).

Zeugnisse dafür waren die ostentative Zurückhaltung der Mitglieder der „Schanghai-Organisation“ inklusive Chinas und Kasachstans und der Vorzugskredit von 40 Mio. USD, den die zentralasiatischen Länder Georgien zum Minimalzins von 1,5% auf 32 Jahre einräumten.

Wie auch immer die russische Machtneubildung sich vollziehen und die Moskauer Außenpolitik sich weiter entfalten wird: Russland hat sich nicht nur Europa und Amerika gegenüber, sondern auch in ganz Eurasien wieder als eine gefährliche, wenn nicht sogar bedrohliche Macht dargestellt. Premierminister Putin hat wohl auch mit dem Ziel, dieser Wahrnehmung entgegenzuwirken, noch im September Russlands Bereitschaft zu Kooperation nach allen Seiten, auch und gerade mit Amerika, demonstrativ erklärt, Außenminister Sergej Lawrow mit einem Besuch in Warschau Polen zu beschwichtigen gesucht.

Welche politischen Konsequenzen dies in Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen, die amerikanische Raketenabwehr in Mitteleuropa, die Wiederinkraftsetzung des INF-Vertrags über die Beseitigung der bodengestützten Flugkörperwaffen mittlerer Reichweite (500-5.500 km), die Weiterführung des Prozesses der nuklearstrategischen Abrüstung mit den USA und die Einhaltung des Pariser Vertrags von 1990 über „Konventionelle Streitkräfte in Europa“ durch Russland, v.a. im Kaukasus, haben wird, bleibt abzuwarten.

Sicherheitspolitisch stellte Moskau 2007/2008 den USA und allen NATO-Staaten ein Knotenproblem verschiedener Gegensätze und Interessenkonflikte, das nicht einfach oder schnell aufzulösen war. Dabei wurde aber im Jahre 2008, auch beim Treffen Putins mit Präsident Bush in Sotschi, deutlich genug, dass Amerika die Referenzgröße Russlands und die Beziehungen zu Washington die Priorität in Moskau bleiben. In diesem Sinne der gesuchten Ebenbürtigkeit mit Amerika und gegenseitiger strategischer Abhängigkeit bei der Begrenzung der Risiken militärischer Konfrontation, Eskalation von Konflikten (wie im

August 2008 im Südkaukasus wegen Georgien) und nuklearer Proliferation war im Frühjahr in Sotschi von „strategischer Partnerschaft“ und „gemeinsamer Führung“ in Angelegenheiten globaler Bedeutung offiziell die Rede. Zwar wurde dies nach der akuten Georgienkrise⁶⁾ in Washington und in Brüssel wie in Moskau zunächst wieder in Frage gestellt. Doch strategisch wie politisch bleibt der Zwang zur Verständigung über Sicherheitsbedingungen und geopolitische Abgrenzung jenseits der Prinzipienrhetorik und der Krisenpolemik. Dies gilt, wie sogleich erkennbar wurde, für die NATO und die EU mehr noch als für die USA. Das deutsch-russische Regierungstreffen Anfang Oktober in St. Petersburg machte dies mit dem Abkommen über den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und einer maßvollen, sorgfältig begrenzten öffentlichen Darstellung des Gegensatzes über Georgien und die russische Intervention samt Anerkennung der Abspaltungen deutlich.

Rückschlag für die NATO-Erweiterung

Der Fall Georgien hat die Probleme der NATO-Erweiterung in den Osten Europas im Eklat der Eskalation eines festgefahrenen territorialen Konflikts am Rande Russlands aufbrechen lassen. Nie zuvor seit Beginn ihrer Erweiterungspolitik im Jahre 1993 war die westliche Allianz mit den möglichen Folgen so brutal konfrontiert worden wie bei der Georgienkrise im Sommer 2008. Nicht seit dem Dezember 1979 anlässlich der sowjetrussischen Intervention in das unter einer sozialistischen Regierung im Bürgerkrieg zerrissene Afghanistan waren russische Panzer über eine internationale Grenze in ein unabhängiges Land gerollt, waren russische Bomben und Raketen auf fremden Boden gefallen, hatten russische Truppen mit einer Besetzung fremden Staatsgebietes begonnen. In Europa war dies zum letzten Mal im August 1968 in der sozialistischen Tschechoslowakei, die mit der UdSSR im Warschauer Pakt verbündet war, geschehen. Für den Präsidenten Michail Saakaschwili in Tiflis war dies im August 2008 Grund genug, eine historische Parallele zwischen Georgien und der Tschechoslowakei zu ziehen, obwohl er die russische Intervention in Südossetien zumindest provoziert hatte. Die seit dem Nordatlantikkrieg in Bukarest im Frühjahr öffentlich bestätigte Grundsatzentscheidung, Georgien eine Perspektive der NATO-Mitgliedschaft zu bieten, und Präsident Bushs Drängen auf die Vorbereitung eines Aufnahmeverfahrens war in Moskau und von Putin persönlich in Bukarest gegenüber Bush und danach wieder in Sotschi als eine gefährliche Annäherung der atlantischen Allianz an Russlands Grenzen mit der Bedrohung durch eine „Einkreisung“ bezeichnet worden. Präsident und Regierung in Moskau hatten schon früher wiederholt öffentlich erklärt, dass die Fortsetzung der NATO-Erweiterung nach Osten als gegen Russland gerichtet betrachtet werde und dass die NATO damit Russland mit einer ernststen Herausforderung seiner Sicherheit konfrontiere.

Die strategisch-politischen Ziele Moskaus mit seiner Offensive vom 7./8. August, die einerseits wie eine Strafexpedition gegen Georgien nach dessen Angriff auf das Waffenstillstandsgebiet Südossetien, andererseits aber auch wie ein Versuch wirkte, das für den Erdöl/Erdgas-Durchfluss vom Kaspischen Becken zum Schwarzen Meer und über die Türkei zum Mittelmeer wertvolle Georgien wieder unter russische Kontrolle zu bringen, waren auch im Spätherbst 2008 noch immer nicht klar. Die russischen Ziele blieben wie der Beginn und die Kausalität des Krieges mehrdeutig. Sie konnten wegen des noch nicht

aufgeklärten Ablaufs der Ereignisse, des politischen Zusammenhangs und auch des Anteils, den die USA und die Politik der NATO oder die georgische Innenpolitik um den umstrittenen, aber demokratisch gewählten Präsidenten Saakaschwili an der Entstehung der Krise gehabt haben mochten, nicht eindeutig bestimmt werden. Eine objektive Deutung des unaufgeklärten Sachverhalts seit Anfang August war deshalb nicht möglich, zudem auch keine sachverständige und unparteiische internationale Untersuchung der Ereignisse in Gang gekommen war. Hier lag wohl das größte Versäumnis der EU, zumal die USA von Anfang an vor, neben und hinter der Regierung in Tiflis Position bezogen hatten und der Generalsekretär der NATO nur auf Washington hörte, die Alliierten in Europa aber nicht einmal über seine Absichten bei seinem Besuch in Tiflis im September informierte, geschweige denn vor seiner Rede dort zu Rate zog. Mit dieser Rede ging er weit über den Bündnisbeschluss von Bukarest im Frühjahr zu Georgien hinaus, als er sagte, „der Weg in die NATO“ stehe für Georgien „unverändert weit offen“. Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice hatte dies auch schon früher ohne Konsultation mit den NATO-Partnern erklärt und wiederholte dies in einem in Europa verteilten Namensartikel Ende September, z.B. in der FAZ vom 24.9.2008 „Transatlantische Einigkeit gegenüber Russland“, mit Formulierungen, die Russland eindeutig als Gegner in einer Konfrontation ansprachen und die NATO dafür in Anspruch nahmen. Solche amerikanischen Erklärungen und der politische Diskurs des NATO-Generalsekretärs bestätigten jedoch den Konnex zwischen der NATO-Politik in Georgien, der amerikanischen Ermutigung und auch materiellen Unterstützung Georgiens mit Waffen und Kriegsmaterial vor Ausbruch der akuten Krise und der russischen Reaktion im August 2008 nach den vergeblichen Warnungen an die NATO und die USA im Frühjahr.

Die Regierung Bush hatte in der Kontinuität zu Clinton seit Jahren auf die Eingliederung Georgiens und der Ukraine in die NATO hingearbeitet. Präsident Bush hatte dem NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer schon im Jahre 2005 gesagt, er erwarte die Ukraine und Georgien im Bündnis, bevor er 2009 das Weiße Haus in Washington verlassen werde. Im Frühjahr 2008 auf dem Bündnisgipfel in Bukarest drängte er auf eine Grundsatzentscheidung des Nordatlantikrates zur Eröffnung des Beitrittsverfahrens im Falle Georgiens mittels des dafür vorgesehenen Plans zur Vorbereitung der Mitgliedschaft. Er konnte zunächst gegen deutschen und französischen Widerstand nur erreichen, dass die künftige Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde. Im Dezember 2008 sollten die alliierten Außenminister den Sachstand und die Lage überprüfen, damit auf dem 60. Jubiläums-Gipfel des Nordatlantikpaktes im April 2009 am Rhein positiv entschieden werden könnte. Tatsächlich blieb die Frage offen.

Das Verhältnis zu Russland ist für die Allianz wie für die EU nach dem Augustkrieg in Georgien gespannt und in vielen Fragen schwierig geblieben. Die Aussetzung der Sitzungen des NATO/Russland-Rates in Brüssel durch den NATO-Rat wegen Georgien auf amerikanisches Drängen beraubte die Verbündeten eines diplomatischen Forums, auf dem die Krise und deren Folgen in Ruhe hätten multilateral diskutiert werden können. Damit war es unausweichlich geworden, dass Moskau seine Diplomaten und Militärs aus den Verbindungsmissionen zurückzog und die multilateralen Beziehungen formal unterbrochen wurden. Dies wiederum bedeutete, dass über eine Wie-

deraufnahme zunächst bilaterale Gespräche stattfinden würden, bevor die NATO als Ganzes erneut zum Zug kommen könnte. Die europäischen NATO-Partner hatten sich damit einerseits von den USA abhängig gemacht, andererseits von Frankreich als zeitweilige Präsidialmacht der EU, dessen Präsident Nicolas Sarkozy schon im August in Moskau und Tiflis für die EU den Waffenstillstand zu unklaren politischen Bedingungen mit mehrdeutigen Kompromissformeln vermittelt hatte. Obwohl Europa unter dem Donner der Kanonen des August die Initiative für Friedensverhandlungen ergriffen und mit der Entsendung von EU-Beobachtern auch eine diplomatische Position auf dem umstrittenen Terrain markiert hatte, war es in der wesentlichen politisch-strategischen Frage im Bündnis ausmanövriert: In der Frage ob, wann und wie Georgien in die NATO aufgenommen werde und welche Konsequenzen dies für das Verhältnis nicht nur der NATO und der USA, sondern auch Europas insgesamt zu Russland habe.

Für das „euroatlantische“ Bündnis war dies ein schweres Manko, was aber gegenüber einer aus dem Amt gleitenden amerikanischen Regierung, deren Tage gezählt waren, hätte vermieden werden können. Zu einer gemeinsamen Bestimmung des europäischen und des atlantischen Bündnisinteresses in dieser Schlüsselfrage der Fortsetzung der NATO-Erweiterung auf Russlands Grenzen zu kam es nicht.

Dagegen traten die Bruchlinien durch Europa ähnlich wie in der Irakkrise von 2002/03 wieder hervor: Polen und die drei baltischen Länder, deren Präsidenten auch demonstrativ in Tiflis mit dem georgischen und dem ukrainischen Präsidenten auftraten, als amerikanische Klientel zusammen mit Großbritannien gegenüber Frankreich und Deutschland. Es handelte sich zwar keineswegs um „Neues Europa“ gegen „Altes Europa“, denn die Bruchlinie verlief nicht zwischen dem Osten und dem Westen. Aber es handelte sich durchaus um eine amerikanische Fraktion gegenüber einer deutsch-französischen mit Großbritannien wie immer auf der amerikanischen Seite. Auch hielten sich die neuen NATO- und EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien als Schwarzmeerländer ebenso vorsichtig zurück wie der an Georgien grenzende NATO-Partner Türkei.

Für das nordatlantische Bündnis stellt sich die Frage seiner eigenen Begrenzung in Europa, die von den Beitrittswünschen in Tiflis und in Kiew zu einem Problem der Abgrenzung gegenüber Russland geworden ist. Moskau hatte nach 1992 mehrere „rote Linien“ durch Osteuropa gezogen, die von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer jeweils eine Pufferzone oder ein sicherheitspolitisch zwischen Russland und der NATO neutralisiertes Gebiet vor den russischen Grenzen markieren sollten. Andererseits hatte Boris Jelzin die Anerkennung einer besonderen Verantwortung Russlands für die Sicherheit der Länder in der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS), das heißt Weißrusslands, der Ukraine, der südkaukasischen Länder und Zentralasiens nebst einer besonderen Sicherheitspartnerschaft mit der NATO gefordert.

Die NATO-Partner haben seither solche Moskauer Forderungen stets abgelehnt und dafür die Doktrin von den „Vier Nein“ formuliert: kein russisches „Veto“ gegen den Beitritt eines Landes zur NATO, kein russisches „droit de regard“ oder Mitspracherecht bei NATO-Entscheidungen, keine privilegierte Beziehung zur NATO und keine Anerkennung besonderer „Interessensphären“ Russlands oder in Europa. Später, zwischen 1995 und 1999 in den Balkankriegen, schuf die NATO sich selber eine strategische Interessensphäre in Südosteuropa, in der

dann die NATO-Erweiterung erfolgte, und gestand 1997 Moskau eine privilegierte Sonderbeziehung zu, der eine zweite für die Ukraine beigegeben wurde. Völkerrechtliche Verträge darüber lehnten die Alliierten aber ab. Der Vorstoß des neuen russischen Präsidenten Dimitrij Medwedjew für einen neuen Sicherheitsvertrag, an dem auch China und Indien beteiligt werden könnten, stieß in Washington und in Brüssel im Sommer 2008 nach der akuten Georgienkrise auf deutliche Zurückhaltung, blieb aber ein Diskussionsthema.

Tatsächlich steht die NATO gegenüber Russland am Kreuzweg der Beziehungen: Mehr Konfrontation oder mehr Kooperation?⁷⁾ Ausschließung oder Einbindung Russlands? Dies war allerdings schon vor dem Krieg in Georgien der Fall. Es ist dabei auch interessant, dass die beiden nordeuropäischen Länder Schweden und Finnland, die für Georgien Partei ergriffen und dessen Aufnahme in die NATO befürworteten, ihrerseits die Frage nach einem NATO-Beitritt nicht wieder zum Thema ihrer Politik gemacht haben.

Offensichtlich hängt die Einhaltung und Weiterentwicklung der konventionellen und nuklearen Rüstungsreduzierungen in Europa von einer Einigung mit Russland ab. Dies gilt auch für die Vorschläge über eine gemeinsame Raketenabwehr und die Fortsetzung der nuklearstrategischen Abrüstung zwischen den USA und Russland, in deren Wirkungskreis künftig auch die Nuklearmächte China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel und Pakistan einbezogen werden müssten, schon um den internationalen Vertrag NPT über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu erhalten und durchzusetzen.

Atomrüstungskontrolle

Dieses Problem wird unverändert seit Jahren von Nordkorea und Iran gestellt, während es unklar bleibt, inwieweit Pakistan daran indirekt beteiligt ist. Aber auch das Abkommen zwischen USA und Indien über nukleartechnische Kooperation zu denselben Bedingungen wie mit den vom NPT und dessen Kontrollregime gebundenen Staaten trägt erheblich zu dieser nuklearpolitischen und militärischen Sicherheitsproblematik bei, auch wenn es noch nicht in Kraft gesetzt und in beiden Parlamenten auf Widerstand gestoßen ist. Ohne die Mitwirkung Russlands und Chinas wird es jedenfalls nicht möglich sein, die nukleare Abrüstung fortzusetzen und das Regime des NPT zu behalten. Schon darum ist die These der Regierung Bush von einer drohenden „internationalen Isolierung“ Russlands als Folge der Anerkennung der Abspaltung Abchasiens und Südossetiens von Georgien nicht haltbar.

Ohne Russland und China wird es nicht möglich sein, das im Prinzip 2007 vereinbarte Sechsmächteabkommen über die Beendigung der nordkoreanischen Atomrüstung und für einen Abbau der Anlagen in die Tat umzusetzen. Die Unsicherheit über die Regierung in Pjöngjang verwehrt 2008 ohnehin jede Aussicht auf die Verwirklichung des Vorhabens. Auch das iranische Atomprogramm mit seiner militärischen Option konnte 2008 trotz anhaltender internationaler Bemühungen und der Einigung mit Moskau und Peking im UNO-Sicherheitsrat über eine neue Resolution nicht zum Gegenstand der angestrebten internationalen Regelung gemacht werden. Es blieb weiter unklar, ob Teheran dazu überhaupt, selbst bei weiterem Entgegenkommen, bereit ist und unter welchen Bedingungen es die Urananreicherung im eigenen Land aufgeben würde.

Irak

Die anscheinend größte Veränderung in einem akuten Konflikt mit einer Aussicht auf ein Ende zeigte die Situation im Irak. Die im Februar 2007 eingeleitete neue Strategie der US-Truppen im Kampf gegen Aufständische und Terroristen in Verbindung mit der zeitweiligen Verstärkung auf etwas mehr als 160.000 Soldaten, dem so genannten „surge“, unter dem Befehl des Generals David H. Petraeus brachte nach dem allgemeinen Urteil der Beobachter einen ersten handgreiflichen Erfolg im größten Teil des Landes, einschließlich der am meisten umkämpften Gebiete im Norden und Süden Bagdads. General Petraeus selbst nannte Mitte September die Situation zwar „stark verbessert, aber noch immer zerbrechlich“ (fragile), obwohl die amerikanische Statistik eine steile Abnahme der Zahl der Anschläge von durchschnittlich 180 am Tag auf dem Höhepunkt der Unsicherheit im Juni 2007 auf nur noch 25 im Sommer 2008 verzeichnete⁸⁾ und die schützenden Trennmauern zwischen den Vierteln der Sunniten und der Schiiten in Teilen Groß-Bagdads beseitigt werden konnten.

Es scheint, als ob das Zweckbündnis der Amerikaner mit sunnitischen Stämmen und auch mit früheren Aufständischen, die ihren Widerstand aufgegeben und sich gegen die islamistischen Terroristen der *Al Qaida* gestellt haben, einen dauerhaften Erfolg haben und der Befriedung Iraks nützen könnte, vorausgesetzt, dass diese Entwicklung anhält und die irakische Regierung auch nach den Wahlen 2009 relativ stabil bleibt.

Es ist auch zu fragen, was die militanten schiitischen Parteien und bewaffneten Milizen, v.a. die des radikalreligiösen Muktadr al Sadr im Süden, die sich nach erfolglosen und verlustreichen Konfrontationen mit den Regierungstruppen und den diese unterstützenden Amerikanern 2008 wieder zurückhielten, weiter vorhaben, wenn sie die Deckung wieder verlassen.

General Petraeus und dessen Nachfolger General Raymond T. Odierno zogen beim Kommandowechsel in Bagdad am 15. September 2008 eine nüchtern positive Bilanz: 11 der 18 Provinzen wurden irakischen Sicherheitskräften übergeben und in 13 Provinzen zogen sich die US-Truppen aus den dicht besiedelten Gebieten an den Rand des Geschehens zurück. Die Dislozierung der US-Kampftruppen in Kompaniestärke in den Ortschaften gemeinsam mit irakischen Sicherheitskräften und eine starke Streifenförmigkeit im Kontakt mit den Einwohnern war die offensichtlich richtige Entscheidung, die von den Vorgängern auf der höchsten Befehlsebene zu lange verzögert worden war. Ob aber beides, das Bündnis mit den sunnitischen Stämmen und deren Bewaffnung durch die Amerikaner für eine paramilitärische Miliz mit Polizeiaufgaben, und die neue Taktik der US-Truppen auf dem Terrain ausreichen werden, über längere Zeit relative Sicherheit zu gewährleisten und damit die Situation für die gewählte Regierung des Irak zu konsolidieren, steht dahin, zumal die Regierung Maliki die 80.000 Mann sunnitische Polizeimiliz mit US-Waffen offensichtlich fürchtet und nur 20%, also etwa 16.000, in Sold genommen hat.

Wesentlich für die Konsolidierung des Erfolgs werden die weiteren politischen Aktivitäten in Bagdad und die künftige amerikanische Politik nach dem Präsidentenwechsel ab Frühjahr 2009 sein.

Eine Reduzierung der US-Truppen, die auch für Präsident Bush auf der Agenda steht, für den Kandidaten Barack Obama aber eine Hauptforderung war, ist in ihrer Langzeitwirkung im

Irak und auf die Golfregion nicht absehbar. Zunächst soll nach Jahresbeginn 2009 eine Tranche von 8.000 US-Soldaten aus dem Irak abgezogen werden, die in Afghanistan dringend gebraucht werden. Die Gesamtstärke der US-Truppen im Irak würde dann in der ersten Jahreshälfte 2009 etwa 138.000 Soldaten betragen - also ungefähr die Zahl vor der im Februar 2007 eingeleiteten „Surge“-Verstärkung. Es bleiben dann neben den Logistiktruppen und dem Luftwaffenpersonal noch 14 Brigaden (*combat brigades*). Alles Weitere ist in diesem Bereich dem neuen Präsidenten Barak Obama und dem neuen Kongress in Washington überlassen.

Brennpunkt Zentralasien

Das größere Problem und das höhere Risiko liegen inzwischen in Afghanistan und in Pakistan. In beiden Ländern ist die Situation kritisch geworden. Die etwa 2.600 km lange gemeinsame Grenze ist weder auf der einen noch auf der anderen Seite unter Kontrolle. Die Kämpfe im Süden und Osten, in denen auch die NATO mit der ISAF engagiert ist, haben auch 2008, das in Brüssel als ein Jahr der militärischen Vorentscheidung angesehen worden war, keine Entscheidung gebracht. Die islamistischen und sonstigen Aufständischen bieten, sobald sie ihre eigenen Konzentrationen zu bataillonstarken Kampfgruppen aufgeben und in der Guerilla-Konfiguration operieren, zu wenig angreifbare Ziele. Die Guerilla wandert durch das Land und schafft Unruhe auch im noch immer relativ ruhigen Norden, in der Umgebung Kabuls und im Westen. Zwar gingen 2008 etwa 80% aller Kampfhandlungen von der Initiative der internationalen und afghanischen Truppen aus, zwar konzentrierten sich die größeren Gefechte auf etwa 10% des Landes - im Osten und im Süden -, aber die dennoch zahlreichen Anschläge und Überfälle erhalten die allgemeine Unsicherheit, die den Wiederaufbau, die Organisation der Staatsgewalt und die wirtschaftlichen Aktivitäten über die örtlichen Märkte hinaus behindert. Zwar wird die afghanische Armee bei derzeit etwa 70.000 Mann allmählich stärker und auch militärisch fähiger, doch konnte sie auch 2008 nicht über längere Zeit und größere Distanz selbstständig operieren.

Die Mängel an Besoldung, Versorgung, Ausbildung und Ausrüstung, aber auch an Führung und Unterstützung dauerten an, und es fehlten noch immer weitere 70.000 Sicherheitskräfte, um das vom Plan gesetzte Soll zu erfüllen.⁹⁾ Die Polizei ist weiterhin unzureichend und nicht zuverlässig. Dasselbe gilt für große Teile der Zivilverwaltung und der Justiz. Das Drogenproblem hat die afghanische Bevölkerung ergriffen und trägt so zur Kriminalität bei. Obwohl die Mohnerte leicht abnahm, blieb es dabei, dass etwa 90% des Heroins auf dem Weltmarkt nach UNO-Schätzung aus Afghanistan kamen. Insgesamt blieb die tatsächliche Kriegslage unentschieden mit vielen Warnzeichen für eine weitere Verschlechterung. In diplomatischen Kreisen der Alliierten in Kabul wurde im Herbst 2008 eine zunehmende Nervosität über die negative Lageentwicklung und über den Zustand der Regierung des Präsidenten Hamid Karsai, der 2009 wieder zur Wahl steht, deutlich. Diese Besorgnis entspricht auch manchen militärischen Urteilen im ISAF-Hauptquartier über die Aussichten für einen militärischen Erfolg im Kampf gegen die *Taliban* und andere Islamisten.¹⁰⁾

Das große politische Problem der Regierungsfähigkeit und der Kontrolle des Landes durch die Regierung samt der Autorität des Präsidenten Hamid Karsai über Kabul hinaus ist ungelöst. Die Präsidentenwahl 2009 ist die nächste Bewährungsprobe für die afghanische Demokratie, aber auch für den Erfolg der internationalen Unterstützung und der Präsenz von UNO und NATO als deren Instrumente in Afghanistan. Die *Taliban* werden versuchen, diese

Wahlen durch Anschläge zu einem Fiasko zu machen, jedenfalls erheblich zu stören. In jedem Fall werden sie sich im Felde, das heißt im bergigen Untergrund, und in Westpakistan halten und weitermachen. Die NATO hat noch immer zu wenig Kräfte als operative Reserve, zu wenig geeignete Hubschrauber und Geländefahrzeuge. Die Luftherrschaft und die Kampfkraft in der Luft allein können solche Mängel nicht ausgleichen, schon weil den Luftangriffen auf nicht klar erkannte oder auf flüchtige Ziele im Gelände, auf Ziele in Ortschaften und auch auf die erkennbaren Ziele auf der pakistanischen Seite des Grenzgebietes operative, aber v.a. politische Schranken gesetzt sind. Die psychologische Wirkung von Kollateralschäden bei Luftangriffen auf die Bevölkerung ist kontraproduktiv und ruft politische Konflikte, Opposition gegen die internationalen Truppen und Hinwendung zu den Aufständischen hervor. Für eine Taktik wie die des Generals Petraeus im Irak aber fehlen den USA und der NATO die militärischen wie die zivilen Mittel, während die Aufständischen aus Pakistan verstärkt werden und sich dort auch in Ruhe regenerieren können. Es ist eine historische Erfahrung, dass einheimische Partisanen, die Rückhalt jenseits der Grenze haben, die nicht angegriffen oder die nicht getroffen werden können, mehr Zeit haben als jede reguläre Armee und jede Staatsgewalt.

Insgesamt bietet sich die Lage in Afghanistan als eine Pattsituation an, in der die internationalen Truppen Erfolge haben, aber die Aufständischen nicht definitiv besiegen können. Dabei stockt der Wiederaufbau der Infrastruktur im Lande mangels ausreichendem Schutz, die wirtschaftliche Entfaltung kommt nicht schnell genug voran, und die afghanische Verwaltung bleibt lückenhaft und unwirksam.

In dieser Lage richtete Präsident Karsai abermals wie schon früher eine Botschaft an den *Taliban*-Führer Mullah Omar im Untergrund mit einem „brüderlichen“ Verhandlungsangebot, nachdem frühere Versuche, „gemäßigte *Taliban*“ für einen politischen Kompromiss zu gewinnen, ohne Erfolg geblieben waren. Bei Wiederholung solcher Versuche stellt sich für die NATO-Partner und die USA die Frage, wie fest die politische Grundlage ihrer militärischen Präsenz und ihres politischen Engagements in Afghanistan noch ist, ob der Zweck dieses Engagements noch erfüllt werden kann und ob Friedensfühler für eine künftige „exit strategy“, einen strategischen Rückzug, genutzt werden könnten oder schädlich wären. Dies heißt auch, ob und unter welchen Bedingungen die Fortsetzung der militärischen Präsenz mit Verhandlungen für einen Kompromiss kombiniert werden könnte.

Im Mittelpunkt steht derweilen die Stärkung der afghanischen Sicherheitskräfte, die allein ihr Land auf die Dauer verteidigen und die Grenzen kontrollieren könnten.

Unsichere Entwicklungen in Pakistan

Damit kommt die innere Entwicklung in Pakistan samt der Politik der neuen pakistanischen Regierung ins Spiel. Seit dem vom allgemeinen Vertrauensverlust und der wachsenden Opposition im Lande erzwungenen Rücktritt General Pervez Musharraf als 2007 mühsam wiedergewähltem, aber nicht länger legitimen Präsidenten sind die Machtverhältnisse in Pakistan unklar, die Regierungspolitik noch ambivalenter als zuvor und die Sicherheitslage prekärer denn je. Was zwischen der pakistanischen Armee mit zeitweilig 100.000 Mann im Grenzgebiet und den selbstständigen Stämmen, den *Taliban* in Peschawar und Quetta, wirklich geschieht, ist von außen nicht wirklich zu erkennen. Ebenso undurchsichtig ist die Haltung des militärischen Nachrichtendienstes Pakistans, der einst die *Tali-*

ban erfand, für den Kampf gegen die Regierung in Kabul und die Sowjetarmee bewaffnete und materiell unterstützte, politisch aber auch anleitete. Seine Beziehungen zu den diversen islamistischen Gruppen und zu den Grenzstämmen sind ebenso vielschichtig wie die politischen Interessen an und in Afghanistan.

Tatsächlich ist Pakistan stets ein kritischer Faktor der Lage in Afghanistan gewesen, seit es als Staat existiert. Der Aufstieg der militanten Islamisten in Pakistan selbst, die faktische Herrschaft von *Taliban* in den größeren Grenzstädten Pakistans und die Opposition im Grenzgebiet Westpakistans gegen die zentrale Staatsgewalt, damit gegen jede Regierung, die zahlreichen örtlichen Kompromisse zwischen dieser Opposition und Verwaltungsbehörden, Militär und Polizei für eine unsichere Koexistenz zum gegenseitigen zeitweiligen Vorteil lassen bisher eine sichere Beurteilung der Erfolgsaussichten irgendeiner Regierungspolitik nicht zu.

Damit ist das strategische Schlüsselland für Südwestasien stets ein unsicherer Partner fremder Mächte, in diesem Fall der USA und der NATO. Wenn aber Pakistan in Anarchie stürzte oder unter eine dem Westen feindliche Herrschaft fiel, dann wäre die Sache des Westens auch in Afghanistan nur noch schwer zu vertreten und die Lage der internationalen Truppen wie der internationalen Organisationen von Zentralasien, Russland und dem Iran abhängig. Dies ist für die NATO schon von Anfang an im Verhältnis zu Russland und der zentralasiatischen Etappe für die Logistik und den Personalwechsel der Fall.

Deshalb ist Pakistan zum Problem Nummer 1 der internationalen Präsenz und deren Erfolg in Afghanistan geworden. Ein zweiter - latenter - Grund kommt hinzu: die Nuklearwaffen und Raketen Pakistans. Beide liegen in militärischer Hand. Zwar erscheint die pakistanische Armee als Organisation zuverlässig und professionell, daher auch als internationaler Partner. Doch ein Machtwechsel wie der, der 2007/08 begann und noch nicht abgeschlossen scheint, kann über die Armeeführung alles verändern. Der Unsicherheitsfaktor Pakistan bleibt - wie der Unsicherheitsfaktor Iran am Golf.

Insgesamt blieben zum Jahreswechsel alle wesentlichen internationalen Sicherheitsfragen offen, die meisten Probleme ungelöst und die Sicherheitsrisiken ungedeckt. Es war nur deutlich, dass der „Krieg gegen den Terror“, den Präsident Bush nach dem 11. September 2001 ausrief, nach dem Irak weder allein auf Afghanistan konzentriert noch ohne einen dauerhaften, auch militärischen, Erfolg in Afghanistan gewonnen oder so wie seit Ende 2001 über weitere sieben Jahre fortgeführt werden kann. Die Dilemmata der internationalen Sicherheitspolitik blieben unbewältigt.

ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. Professor Fei-Ling Wang: Georgia Institute of Technology, USA in IHT vom 18.9.2008, S.5.
- 2) IISS The Military Balance 2008, S.359, London, auch Ashley Tellis: Chinese Military Space Policy. In Survival vol. 49, Nr. 3, 2007, p.41-42.
- 3) IISS The Military Balance 2008, S.360.
- 4) Vgl. Generalleutnant Wang Zhiyuan, Peking, zitiert in The Military Balance 2008, S.360.
- 5) Ebenda, S.361.
- 6) In Bukarest und in Sotschi im April 2008; vgl. auch: NATO chief hails Georgia's „place in Europe“ IHT v. 22.9.2008 und: NATO can't be cowed by Kremlin, U.S. says. IHT v. 16.9.2008.
- 7) Lothar Rühl: Konfrontation oder Kooperation, FAZ v. 3.7.2008, S.6.
- 8) Gates cites progress in Iraq as Petraeus heads out. IHT v. 16.9.2008.
- 9) Sascha Lange: Die Bundeswehr in Afghanistan, SWP Studie S9, Berlin März 2008, S.8-11.
- 10) U.S.-Afghan plan will fail, cable says. IHT v. 4.-5.10.2008, S.3.



Prof. Dr. Lothar Rühl

Staatssekretär a.D. (ehemals im Bundesverteidigungsministerium, Bonn); Professor für Internationale Beziehungen am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät; ehem. Vorstandsmitglied der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, und des SIPRI Stockholm.

„Die Schrecklichen“: Südafrikas erfolgreichstes Infanteriebataillon im Einsatz (1975-1993)

Jan Breytenbach

Kein anderer Verband der südafrikanischen Streitkräfte war erfolgreicher als das 32. *Bataillon*, dessen Aufgabenspektrum abwechselnd klassisch-konventionelle Operationen sowie solche zur Aufstandsbekämpfung beinhaltete. Entsprechend vielfältig wurde diese Truppe eingesetzt und brachte dem Gegner verheerende Verluste bei. So ging das Bataillon als *Os Terríveis* - „Die Schrecklichen“ - in die Geschichte ein. Ihr Gründer und langjähriger Befehlshaber war Colonel Jan Breytenbach.

ÖMZ: Colonel, warum war das 32. *Bataillon* bei der Aufstandsbekämpfung derart erfolgreich?

Breytenbach: Zur Analyse des Auftrages, der Struktur, politischen Orientierung und Demografie des kleinen Verbandes im Kontext des Buschkrieges muss ich etwas weiter ausholen, als die Frage es eigentlich gebietet. Dazu gehört eine Schilderung der Umstände, die zur Gründung geführt haben, und konsequenterweise auch der Modus Operandi, der aus den Anpassungen an das sich verändernde operative Umfeld zwischen der Aufstellung 1975 und der Auflösung des Bataillons 1993 entstand.

ÖMZ: Gut, dann schildern Sie uns bitte die Anfänge.

Breytenbach: 1961 hatte sich in Angola die nationalistische Freiheitsbewegung FNLA (*Frente Nacional da Libertação de Angola*) unter der Führung von Holden Roberto gebildet, um den Portugiesen den Norden ihrer Kolonie, ungefähr entlang der vorkolonialen Grenze des Bakongoreiches, zu entreißen. Die FNLA hatte keinerlei Verbindung zu den Kommunisten; es waren ausschließlich nationalistische Ziele, die den Konflikt mit den portugiesischen Siedlern motivierten. Die FNLA genoss frühzeitig die Unterstützung des benachbarten Zaire unter Mobutu Sese Seko; die von der UdSSR unterstützte und von dem bekennenden Kommunisten Dr. Augustino Neto geführte MPLA (*Movimento Popular de Libertação de Angola*) kam erst etwas später ins Spiel. Sie verfolgte das Ziel, Angola von einer Kolonie des kapitalistischen Westens in eine Festung des leninistischen Kommunismus in Schwarzafrika zu verwandeln. Zwischenzeitlich entstand außerdem die von Rotchina unterstützte UNITA (*União Nacional para a Independência Total de Angola*) unter Jonas Savimbi. Der Maoismus war in dieser Weltgegend allerdings nur eine Übergangserscheinung, da China weder ökonomisch noch militärisch in der Lage war, einen derart weit entfernten Aufstand zu unterstützen. Auch der FNLA ging angesichts der massiven portugiesischen Reaktion bald der Dampf aus, zumal sie keine gefestigte Machtbasis in der Bevölkerung hatte und von Sese Seko, der inzwischen Robertos Schwager geworden war, nur unzureichend unterstützt wurde.

Die Lage änderte sich dramatisch, als die portugiesische Regierung Chissano 1974 durch einen Militärputsch zu Fall gebracht wurde. Nach Verhandlungen mit Neto, Savimbi und

Roberto wurde eine Übergangsregierung beschlossen, die am 11. November 1975 die Macht übernehmen und das Land für Wahlen vorbereiten sollte.

Zuvor hatte ein gewisser Daniel Chipenda, der damalige Militärchef von FAPLA - dem bewaffneten Flügel der MPLA -, eine Auseinandersetzung mit dem MPLA-Präsidenten Agostinho Neto. Chipenda und mit ihm ein Großteil seiner Kämpfer schlossen sich in der Folge Roberto an. Der letzte Gouverneur von Angola, der zur portugiesischen Junta gehörende Kommunist De La Rosa (auch als „Roter Admiral“ bekannt) sorgte sich vor diesem Hintergrund, dass die FNLA, möglicherweise mit Hilfe der UNITA, die geplanten Wahlen gewinnen und die favorisierte MPLA hinter sich lassen könnte. So flog er nach Kuba und bat Fidel Castro um Unterstützung. Mit Erfolg, denn schon bald floss ein Strom von Soldaten und Kriegsgerät nach Luanda, um die Vorherrschaft der MPLA zu sichern.

Die Mehrheit der *Organisation für Afrikanische Einheit* (OAU) sah sich durch die Ankunft kubanischer Truppen aufgeschreckt und bat die südafrikanische Regierung unter John Vorster um Unterstützung. Dieser wollte bei den schwarzen Staatschefs Punkte sammeln, wurde vom CIA und der amerikanischen Ford-Regierung zum Eingreifen ermuntert und wagte schließlich den Sprung ins Ungewisse, indem er einen Plan entwarf, um FNLA und UNITA ausreichende militärische Kraft zu verleihen, mit der die FAPLA vor dem Wahltermin am 11. November 1975 auf dem Schlachtfeld besiegt werden sollte.

Elf meiner Kameraden und ich wurden daraufhin ins angolische Mpupa an den Ufern des Cuito geschickt, um die Reste von Chipendas zerrupfter Truppe zu organisieren, auszubilden und zu führen. Die Einheit bekam die Bezeichnung *Bravo Group*. Eine Anzahl von Südafrikanern wurde darüber hinaus der UNITA zugeteilt, sie spielten aber keine Rolle bei der Führung der Truppe, weil Savimbi keine Weißen in seiner Befehlsstruktur duldete.

ÖMZ: Wie und warum wurde die Einheit dann so erfolgreich?

Breytenbach: Den zusammengewürfelten Haufen, der im September 1975 vor mir stand, konnte man beim besten Willen nicht als eine organisierte militärische Einheit beschreiben. Es handelte sich um hungernde Flüchtlinge; viele waren zu Räubern geworden, um zu überleben; ihre Ausrüstung ließ zu wünschen übrig, die militärische Ausbildung ebenso. Dementsprechend waren wir seinerzeit als das „zweite dreckige Dutzend“ bekannt (das erste, ebenfalls meinem Befehl unterstehend, hatte einige Jahre zuvor Südafrikas Spezialkräfte gegründet), mit dem Auftrag, einen demoralisierten Haufen in eine schlagkräftige Truppe umzuwandeln. Und dies in maximal vier Wochen! Danach sollten wir in die Welt hinausziehen und mit der weitaus besser

gerüsteten und versorgten FAPLA auf einem unbestimmten Schlachtfeld die Schwerter kreuzen.

Wir hatten nicht die Zeit für schicke Ausbildung und konzentrierten uns auf das Notwendigste. Der Rest musste während der Marschbewegung und auf dem Gefechtsfeld vermittelt werden, als wir im Rahmen der südafrikanischen Großoffensive Unternehmen *Savannah* voranstolperten. Zu diesem Zeitpunkt bestand ohnehin noch keine Notwendigkeit, die Truppe in der Aufstandsbekämpfung auszubilden, weil wir die FAPLA und die kubanischen Truppen auf allen Wegen des Landes in konventioneller Schlachtordnung vorfanden. Zum Glück nahm parallel zur schnelleren Abfolge und der wachsenden Intensität der Kämpfe auch die Kampfbereitschaft der *Bravo Group* zu, einschließlich meiner Fähigkeit als Kommandeur.

Meine Einheit hatte damals zu Beginn jeder neuen Schlacht die totale Vernichtung vor Augen. Wäre die Truppe tatsächlich zerbrochen, hätte das das Ende der *Taskforce Zulu*, also der südafrikanischen Hauptstreitmacht, bedeutet, die, zusammen mit dem *31. Bataillon*, den zentralen Stoß auf Luanda durchführte. Jedes Gefecht erforderte vor diesem Hintergrund die Durchsetzung unbedingter Disziplin. Im weiteren Verlauf des Feldzuges wurden aus den ehemaligen FNLA-Kämpfern harte, disziplinierte und kampftüchtige Soldaten mit Stolz für ihre Einheit, die mit jeder weiteren Auseinandersetzung zu einem immer wirksameren militärischen Werkzeug geschmiedet wurden.

Nach einer Vielzahl von Kämpfen erreichten wir die Front bei Cela und fanden uns in einer Patt-Situation wieder. Die Männer waren müde und es war auch der Zeitpunkt gekommen, uns südafrikanische Ausbilder und Führer durch frische Leute zu ersetzen.

Chipenda, mein eigentlicher Vorgesetzter und Befehlshaber, hatte sich inzwischen nach Portugal abgesetzt, denn er ging davon aus, dass alle südafrikanischen Truppen und sämtliche größere Unterstützung auf politischen Druck hin abgezogen werden würden. Und wirklich: Uns wurde befohlen, die Einheit an eine neue Führungsgruppe aus Südafrika zu übergeben und unsere mittlerweile lieb gewonnenen angolanischen Kameraden in einer unsicheren Lage zurückzulassen. Geschlossen weigerten wir uns, diese Truppen inmitten eines Feldzuges zu verlassen, und bestanden darauf, sie entweder mit uns den Rückzug antreten zu lassen oder gemeinsam weiterzukämpfen. Wir streikten (lacht)! Das Oberkommando in Pretoria wusste nicht, wie es mit dieser Situation umgehen sollte, und erlaubte schlussendlich den geordneten Rückzug der gesamten *Bravo Group*.

Die daraus folgenden politischen Entwicklungen bedeuteten, dass Südafrika nun - entgegen allen militärischen Planungen und Grundsätzen - plötzlich über ein voll bewaffnetes schwarzes Infanteriebataillon verfügte. Die Verantwortlichen mutete die neue Situation peinlich an, hatten doch seit der Ära des britischen Empires schwarze Soldaten noch nie in einer Kampfrolle bei den südafrikanischen Streitkräften gedient. Das Militär wurde sozusagen mit einem „unehelichen Kind“ ertappt, das es der Vorster-Regierung und dessen Wählern erst erklären musste. Immerhin erschien die Apartheid damals - v.a. im Kontext der Internationalisierung des Buschkrieges in Angola und Südwestafrika/Namibia - bereits zunehmend als überholte und inakzeptable Weltanschauung.

Ich nutzte die Gelegenheit, indem ich darauf hinwies, dass meine Männer am besten für den Einsatz gegen die SWAPO (*South West African People's Organisation*), eine

klassische Aufstandsbekämpfungsaufgabe also, geeignet seien. Allerdings in einer offensiven Rolle gegen die Guerillastützpunkte in Angola, da sie Angolaner und nicht nur dort zuhause seien, sondern auch von der Bevölkerung mehr Akzeptanz und Unterstützung erwarten konnten als jeder weiße südafrikanische Soldat. *Savannah* war nicht zuletzt deshalb zum Kommunikationsdesaster geworden, weil die Regierung sich beim Einsatz von weißen Wehrpflichtigen tief im Feindesland sehr unwohl fühlte. Sie ließ die Öffentlichkeit so lange im Dunkeln, bis die Medien sie für das Vertuschen des südafrikanischen Engagements in Angola „grillte“ und die Wähler genau wissen wollten, wo sich ihre Söhne und Brüder befanden. Dieser Wirbel betraf *Bravo Group* ganz und gar nicht. Keiner in Südafrika interessierte sich für den Aufenthaltsort des ehemaligen *Chipe Esquadrao*. Jegliche weitere Operationen in Angola sollten daher bevorzugt durch schwarze Angolaner durchgeführt werden, ohne dabei die UNO, OAU, die liberale Presse und die weiße Bevölkerung zuhause zu alarmieren.

ÖMZ: Dank der Konzentration auf die klassische Aufstandsbekämpfung konnte die Initiative zurückgewonnen und der Gegner meist in die Defensive gedrängt werden. Wie gelang Ihnen das mit Ihrer verhältnismäßig kleinen Einheit?

Breytenbach: Während meines kurzen Urlaubs und bevor ich mich beim Kommandeur der *Task Force 101* bei deren Hauptquartier in Rundu melden musste, arbeitete ich eine Einsatzstrategie für *Bravo Group* aus, die er nicht wirklich ablehnen konnte. Die südafrikanischen Streitkräfte hatten sich aufgrund des internationalen Drucks ja ganz aus Angola zurückziehen müssen, was der SWAPO dort die Gewinnung neuer Basen ermöglichte, v.a. in der Provinz Kunene, die genau nördlich von Ovamboland im heutigen Namibia liegt. Von da aus konnte mit relativer Leichtigkeit ins Ovamboland hinein operiert werden und die Unterstützung der SWAPO unter der regionalen Bevölkerung verstärkt werden. Ich wollte, dass meine Männer in diesem Gebiet eingesetzt werden, um selbst als Guerilla gegen die SWAPO-Stützpunkte zu fungieren.

ÖMZ: ...nach dem Motto: „Die Terroristen terrorisieren“?

Breytenbach: Genau. Denn mit dieser Strategie war der SWAPO ein wichtiger Bereitstellungsraum und ein ideales Sprungbrett entlang der Grenze zwischen Angola und Namibia zu entreißen. Bis 1976 hatten die Untergrundkämpfer ihr Zielgebiet in Nordnamibia noch aus dem westlichen Sambia infiltrieren müssen, was einen allzu weiten Weg darstellte. Als ich noch Befehlshaber der Spezialkräfte war, hatte ich immer wieder Teams ins südwestliche Sambia geschickt, die als Guerilleros gegen SWAPO-Stützpunkte agierten und die Lage für den Gegner dort so heiß machten, dass dieser die Region räumte und sich nach Osten und ins Landesinnere zurückzog. Über immerhin zwei Jahre hinweg fanden daraufhin keinerlei Infiltrationen mehr statt, weder ins Ostkaprivi-Gebiet noch ins Ovamboland. Das Konzept hatte sich also schon bewährt. Ich schlug daher vor, auf gleiche Weise SWAPO-Stützpunkte weiter ins angolanische Inland hineinzudrücken, um deren „Ho-Tschiminh-Pfad“ deutlich zu verlängern und die Aufständischen durch meine Truppen nördlich der Grenze und die regulären Einheiten südlich davon besser bekämpfen zu können.

Natürlich wurden mit der Umsetzung dieser Strategie nicht alle Infiltrationen unterbunden. Einige Banden gelangten bis südlich der Grenze und mussten dort durch andere Einheiten abgefangen werden, wobei die Operationen mit äußerster Rücksicht auf die dortige Infrastruktur und die Befindlichkeiten der Bevölkerung - also wesentlich defensiver - zu führen waren. Zu diesem Zweck kam es zur Bildung von Spezialeinheiten wie der Polizeieinheit *Koevoet*, des 101. *Ovambo-Bataillons*, des 201. *Kavango-Bataillons*, des 701. *Kaprivi-Bataillons*, alles Spezialkräfte auf Motorrädern und Pferden oder auch mit Hunden, während gleichzeitig weiße Wehrpflichtige herangezogen wurden.

Der Kernauftrag dieser südlich der Grenze eingesetzten Truppen lag darin, die Herzen und Hirne der einheimischen Bevölkerung zu erreichen. Das Militär gewährleistete den Schulunterricht, baute Brunnen, offerierte Unterstützung in der Landwirtschaft, sicherte die Straßen vor Landminen, reparierte Wasserrohre und legte Stützpunktketten an. Mit diesen Maßnahmen sollte der SWAPO die Möglichkeit genommen werden, der Bevölkerung den kommunistischen Lebensstil aufzuzwingen oder Rekruten für die *People's Liberation Army of Namibia* (PLAN) zu gewinnen.

Ein defensiver Ansatz wie dieser kann, alle Experten bestätigen das, zwar einige wichtige Schlachten bei der Aufstandsbekämpfung gewinnen, niemals aber den ganzen Krieg. Kriege werden nur mit Offensivoperationen gewonnen - und dies war auch v.a. die Position des damaligen Chefs des Heeres und späteren Chefs der Streitkräfte, General Constand Viljoen.

Bravo Group, bald auf 32. *Bataillon* umbenannt, übernahm im Zuge dieser Strategie die Führung beim Vorgehen nördlich der Grenze. Zunächst taten wir das allerdings noch ohne das Wissen des Militärhauptquartiers in Pretoria, später mit dessen Segen, v.a., nachdem die ersten sehr positiven Lageberichte von „illegalen“ Aktivitäten der *Bravo Group* tief in Angola eingetroffen waren.

ÖMZ: Ab welchem Punkt spielte die Einheit auch wieder eine konventionelle Rolle, und wie kam es dazu?

Breytenbach: Ich setzte einige Kompanien des inzwischen neu benannten 32. *Bataillons* rund 200 km bis 250 km nördlich der Grenze ein, um vorrückende FAPLA-Einheiten aufzuhalten und somit ein Gebiet für die zurückweichenden UNITA-Truppen zu sichern. Diese befanden sich noch in der Umgruppierung und hatten sich noch nicht vom Abzug der Südafrikaner erholt. Natürlich waren wir durch diese selbst aufgebürdete Aufgabe stark überdehnt, aber durch Anpassungen unserer Taktik gelang es uns, FAPLA dermaßen zu zermürben, sodass diese das Gebiet räumte, um sich weiter nördlich bei Cuito Cuanavale neu zu gruppieren. So konnte sich die UNITA schließlich in Landstriche zurückziehen, die meine ehemaligen FNLA-Männer, geschworene Feinde von Savimbi und dessen UNITA, für sie gesichert hatten.

Die Effektivität des 32. *Bataillons* als Aufstandsbekämpfungseinheit muss vor dem Hintergrund der politisch-militärischen Rahmensituation beurteilt werden. Während die meisten südafrikanischen Einheiten überwiegend defensive Aufgaben übernahmen, kam dieser Einheit eine offensive Rolle zu; sie zerstörte Guerillastützpunkte oder erzwang deren Verlegung ins angolanische Inland, von wo aus die Attacken in Richtung Südwestafrika/Namibia lediglich kraftlosen Nadelstichen gleichkamen, mit denen die Sicherheitskräfte leicht fertig wurden.

Von Zeit zu Zeit wurden - in Zusammenarbeit mit dem 32. *Bataillon* - konventionelle Operationen gegen SWAPO-Stützpunkte durch andere südafrikanischen Einheiten unternommen, v.a. dann, wenn wir oder die Nachrichtendienste den Gegner lokalisiert hatten. Als ein wichtiges Resultat unserer Guerillaaktivitäten gab es eine Konzentration gut eingegrabener SWAPO-Kämpfer, die sich vor Angriffen sichern mussten und damit ihre Mobilität einbüßten. So entstanden aus bis dahin zerstreuten Guerillagruppen lohnenswerte Ziele, die mit konventionellen Kräften niedergekämpft werden konnten - z.B. durch südafrikanische Fallschirmtruppen in Cassinga (1978) oder durch mechanisierte Infanterie bei Cheteguera. Auch das 32. *Bataillon* war hierin involviert, als es während der Operation *Reindeer* (1978) mit geballten Kräften bei Eheke zum Einsatz kam, sowie während der Operation *Daisy* (1981) zusammen mit mechanisierten Einheiten und Fallschirmtruppen, bei der Operation *Sceptic* (1980) für mechanisierte Truppen und der Nachfolgeoperation *Smokeshell* (1980). Eine besonders erfolgreiche Aktion für das 32. *Bataillon* war die Operation *Super* (1982) einschließlich einer oder zweier Nachfolgeoperationen. Tausende SWAPO-Guerillas wurden durch diese gezielten Schläge innerhalb ihrer vermeintlich sicheren Aufenthaltsräume getötet und die zuvor formidable Streitmacht zu einer nur mehr kleineren militärischen Bedrohung zurechtgestutzt, deren Einfluss nun zu schwinden begann. Der Krieg veränderte sich hin zu einer Serie konventioneller Konfrontationen innerhalb Angolas, zwischen FAPLA und regulären kubanischen Truppen einerseits und südafrikanischen Einheiten andererseits, die bis dahin eigentlich südlich der Grenze eingesetzt waren. Die Bedeutung der SWAPO war nur noch marginal.

In dieser konventionellen Phase des Krieges spielte das 32. *Bataillon* eine wichtige, wenn nicht sogar entscheidende Rolle als umorganisiertes und neu ausgebildetes konventionelles Bataillon. Höhepunkte dieser Einsätze bildeten die so genannten „Lomba-River-“, „Cuanavale-“ und „Calueque-Schlachten“ der Jahre 1987/88.

ÖMZ: Gab es während der nichtkonventionellen Phase des Krieges eine Doktrin der Aufstandsbekämpfung, auf die Sie sich stützen konnten, oder mussten Sie einen „look and learn“-Ansatz verfolgen?

Breytenbach: Dazu würde ich sagen, dass sich Doktrinen oder Gefechtsanleitungen bei konventionellen Konflikten und bei der Aufstandsbekämpfung, v.a. bei mobilen Operationen in ländlichen Gebieten, ähneln. Wir lernten alle, wie man einen zeitlich begrenzten Stützpunkt errichtet, einen Unterschlupfbaut, Hinterhalte selbst legt, solchen des Gegners entrinnt, Spuren verwischt, Fahrten liest, einen Beobachtungsposten tagelang bemannt, einen Stützpunkt oder eine Stellung angreift - alles unverzichtbare Busch- und Überlebensfertigkeiten. Manche waren Büchern entnommen, etwa über die Erfahrungen der Briten in Malaysia und der Amerikaner in Vietnam. Doch all diese Fertigkeiten mussten dem eigenen Gegner und dem Terrain angepasst werden. Wir experimentierten und entwickelten unsere Spezialgebiete, hielten uns nie streng an die Buchinhalte. Dies galt v.a., wenn wir als integriertes Team mit Luftunterstützung vorgingen. So gab es beispielsweise im Zusammenwirken mit den Rhodesiern von uns entwickelte so genannte „Fireforce“-Konzepte (Hubschrauber-gestützte Blitzschläge gegen Stützpunkte), die der SWAPO letztlich weitaus mehr Verluste zufügten als alle anderen Einsatzmethoden. Vorhandene Literatur

wurde dafür durchaus als Ausgangspunkt verwendet - zumal die Amerikaner ein ähnliches Konzept schon in Vietnam kannten -, aber immer variiert und an die doch sehr unterschiedlichen Anforderungen der jeweiligen Lage und das breite Spektrum der Gegner angepasst, das von kampferprobten SWAPO-Guerillas über FAPLA-, „Kanonenfutter“ bis hin zu den etwas zögerlichen Kubanern reichte. Erst die mentale Belastbarkeit und das Geschick der Führungskräfte bei der Anwendung der erlernten und häufig erprobten Kampftechniken an das Terrain und den Gegner gewährleisteten die Effizienz des 32. Bataillons in jeder Situation.

Zur Festigung dieser Fähigkeiten und der Heranbildung neuer Konzepte errichteten wir eine exzellente Ausbildungseinrichtung im Süden unseres Stützpunktes im westlichen Caprivi (Buffalo Base). Dort wurden alle Mitglieder der Einheit durch eine Vielzahl von Kursen und Lehrgängen für die Art der Gefechte und Schlachten vorbereitet, die sie erwarteten. Die Inhalte dieser Ausbildung mussten ständig verändert werden, um den praktischen Anforderungen des Krieges Genüge zu tun. Gegen Ende mussten wir sogar mechanisierte Kompanien, Panzerwagen und Artillerie in den Verband integrieren, um mit der nun ausschließlich konventionellen FAPLA- bzw. Kubaner-Bedrohung fertig zu werden, während die SWAPO-Guerillas im Grunde verschwunden waren. Also hatte sich auch die Ausbildung dahingehend zu wandeln, dass neue Taktiken, neue Gefechtsrichtlinien und neue Waffensysteme integriert wurden.

ÖMZ: Gab es dennoch Anpassungsschwierigkeiten?

Breytenbach: Nein. Wir kämpften in völlig entlegenen Gebieten ohne jede auch nur rudimentäre Infrastruktur im Umkreis von Tausenden Quadratkilometern Busch. Diese Herausforderungen waren von den schwarzen Soldaten des 32. Bataillons jedoch weitaus leichter zu bewältigen als von städtischen weißen Wehrpflichtigen. Deshalb leistete die Einheit auch in einem solchen Umfeld immer Herausragendes.

ÖMZ: Bei einer solch heterogenen Einheit stellt sich die Frage, ob und ggf. wie Ethno- bzw. Stammesrivalitäten eine Rolle spielten.

Breytenbach: In der Tat, denn die Mitglieder der Einheit kamen aus sieben unterschiedlichen Stämmen Angolas. Alle hatten ihre eigene Sprache, nutzten aber Portugiesisch als „lingua franca“. Von den Stämmen innerhalb Südwestafrikas/Namibias wurden sie nicht gerade mit Zuneigung betrachtet, was ein Hauptgrund dafür war, weshalb sie nicht südlich der Grenze zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt wurden. Demgegenüber brachten ihnen die südlichen Stämme Angolas - sofern

diese nicht unter der Gewalt von SWAPO oder FAPLA standen - einige Begeisterung entgegen.

Als ich die *Chipe Esquadrao* übernahm, war ich mir der Stammeszugehörigkeiten der Männer nicht bewusst. Die Unterheiten waren ohne jede Rücksicht darauf vermischt worden. Der *Savannah*-Feldzug erscheint im Nachhinein als Klammer, die die Männer durch die in der Schlacht geschmiedete Kameradschaft zusammenhielt und die sich als fester als die durchaus bestehenden Stammesrivalitäten erwies. Allerdings musste ich es mir gegen Ende von *Savannah* zur Aufgabe machen, den Männern zu verdeutlichen, dass ich keine Stammesloyalitäten, politischen Loyalitäten oder gar ein System dualer Führung tolerieren würde, wie es der Fall gewesen war, als die Loyalität der Truppe noch zwischen mir und Chipenda geteilt war. Es würde in Zukunft nur einen Stamm geben, nämlich das Bataillon, und ich würde bis auf Weiteres der „Häuptling“ dieses Stammes sein, so lautete die Botschaft. Einige wenige Männer, die dies nicht akzeptierten, wurden in ein Flüchtlingslager in Rundu abgeschoben.

Ich bemühte mich, einen Korpsgeist zu schaffen, den es sonst nur unter Spezialkräften gab. Ihre Siegesserie im gerade vollendeten *Savannah*-Feldzug und der Respekt, der ihnen von



den weißen Truppen der uns zugeteilten Panzerwagenschwadron gezollt wurde, boten dafür eine gute Grundlage. Wir entwarfen ein Truppenabzeichen, ein Barett, Gürtel und Schulterabzeichen. Das unvermeidliche Ergebnis war, dass die Männer anfangen, wie Schuljungs in ihrer Uniform durch die Gegend zu stolzieren und sich - v.a. in Anwesenheit des weiblichen Geschlechts - drei Meter groß fühlten.

ÖMZ: Wie gestaltete sich innerhalb des Bataillons die Beziehung zwischen den Rassen angesichts der Tatsache, dass die Führungskräfte ja überwiegend Weiße waren? Und das in Zeiten der Rassentrennung?

Breytenbach: Die Führungskräfte von der Zugsebene aufwärts waren zunächst alle weiße Südafrikaner, bis wir später kampfproben schwarze Sergeanten und „Spieße“ auf Offizierslehrgänge schickten, damit einige von ihnen als Zugs- und Kompaniekommandanten eingesetzt werden konnten. Ich führte eine Politik ein, die offen die schwarzen Soldaten bevorzugte. Alle weißen Bewerber für die Mitgliedschaft im Bataillon mussten sich einem strengen Auswahlverfahren unterziehen, vergleichbar mit dem von Spezialkräften wie der SAS. Apartheidstendenzen wurden ihnen dort ausgetrieben oder man schickte sie dahin zurück, wo sie herkamen. Alle Zugskommandanten mussten dann noch ein letztes Hindernis erfolgreich überwinden: die Gewinnung der Akzeptanz ihrer Männer. Denn diese pflegten einen neuen Zugskommandanten beim ersten Gefecht genau auf seine Reaktionen hin zu beobachten. Anstatt den Gegner anzugehen, wie sie es eigentlich hätten tun sollen, warteten sie zunächst das Verhalten des „Neuen“ ab und analysierten ihn, ob er „feuerfest“ war. Ich besprach mich anschließend immer mit den schwarzen Unteroffizieren. Wenn diese den Neuling als tatkräftigen Anführer annahmen, war dessen Zukunft im Bataillon gesichert, wenn nicht, wurde er sofort versetzt.

Die Bindung zwischen den schwarzen Soldaten und den weißen Führungskräften festigte sich derart, dass ich Probleme hatte, Züge überhaupt einzusetzen, wenn der Zugskommandant in Urlaub war, man ihn zu einer anderen Einheit versetzt hatte oder, wie es leider allzu oft passierte, verwundet nach Südafrika ausgeflogen worden war. Sie tolerierten den Ersatz dann nur schwer und begrüßten die Rückkehr ihres „Tenenti“ mit großer Begeisterung und oft mit mehr als nur ein paar Bieren.

Da das Bataillon für die Männer zum Lebensmittelpunkt geworden war, wurde die Außenwelt kaum wahrgenommen, und sie waren von der Politik und anderen Entwicklungen isoliert. Dies lag teilweise daran, dass wir auch physisch abgeschottet waren und der „Buffalo“-Stützpunkt ein hermetisch abgeriegeltes Gebiet - eine „no go area“ - am Kavango darstellte, in dem die Soldaten und deren Familienmitglieder lebten.

ÖMZ: Neben der Loyalität, dem Kampfgeist und der Kampfgemeinschaft, die sie bisher schilderten, gab es da noch weitere Motivationen, die die Truppe beeinflussten?

Breytenbach: Es gab unter den Männern zweifellos starke Antikommunisten, insbesondere unter den ehemaligen FNLA-Leuten, aber dies wurde nie besonders hervorgehoben oder zur Schau gestellt. Bis Mitte 1976 waren alle Mitglieder des Bataillons in die südafrikanische Armee übernommen worden. Diese stellte nun ihr neues Zuhause dar, v.a., nachdem man ihnen auch die südafrikanische Staatsbürgerschaft verliehen hatte. Ab und zu nahmen wir auch FAPLA- und UNITA-Soldaten gefangen,

die sich uns daraufhin ausnahmslos anschlossen. Dabei hatten wir erwartet, dass diese Gefangenen im Sinne des russischen oder chinesischen Kommunismus „durchtränkt“ sein würden. Doch sie legten diese fremden Ideologien ab und empfanden es als ehrenhafter, in unserer Einheit zu kämpfen, offenbar, weil sie den Korpsgeist des 32. *Bataillons* attraktiver fanden.

ÖMZ: Gab es erfolgreiche Versuche seitens des Gegners, die Einheit zu infiltrieren und die Truppenmoral zu untergraben bzw. Loyalitätskonflikte zu schüren?

Breytenbach: Es gab nach *Savannah* einen Versuch des Parteisekretärs der FNLA, Roberto wieder auf die politische Bühne zurückzubringen, indem er das Bataillon übernehmen wollte, um mit ihm nach Luanda zu marschieren. Ich nehme an, dass dies mit dem dann gescheiterten Versuch der Söldner um „Colonel“ Curran zusammenhing, Angola der MPLA zu entreißen. Der Parteisekretär hatte Zugang zu „Buffalo“, unseren geheimen Einrichtungen am Okavango, aber ich hinderte ihn an seinem Plan, indem ich ihn und die wenigen Unterstützer, die er hatte, in das Flüchtlingslager südlich von Rundu verbannte. Keinem anderen Gegner gelang jemals die Infiltration unserer Verbände, weil die „Agenten“ recht schnell zu begeisterten Rekruten wurden und sich als Kämpfer im 32. *Bataillon* einreihen.

ÖMZ: In einigen Ihrer Bücher betonen Sie, dass politische Entscheidungsträger mangelnde Fähigkeit oder Bereitschaft zeigten, die Dynamik und die Natur dieses Konfliktes zu verstehen. Das ist kein seltener Vorwurf von Soldaten an die Adresse der Politik. Könnte man daraus für diesen speziellen Fall ableiten, dass ein anderer Kriegsausgang erreicht worden wäre, wenn die Kommandierenden mehr operative Freiheit gehabt hätten?

Breytenbach: Man muss Sorge dafür tragen, dass Kommandierende nicht über eine Befehlsgewalt verfügen, die sich im Konflikt mit unseren demokratischen Philosophien oder der Verfassung befinden. Generäle sind nicht gewählt, sondern seitens der Regierung dazu bestimmt, klar definierte Militäraufgaben zu erfüllen. Allerdings müssen Aufgaben, die den Oberkommandierenden durch eine Regierung aufgetragen werden, Ziele, Einschränkungen und andere Vorgaben stipulieren, was nur in übereinstimmender Planung mit dem militärischen Oberkommando geschehen kann. In Südafrika wurde dies ja auch durch den Staatssicherheitsrat (SSC) gebilligt. Zu diesem Zweck hatte Winston Churchill während des Zweiten Weltkrieges ja ein Kriegskabinett einberufen, in dem Marine, Heer und Luftwaffe vertreten und integriert waren, unter dem wachsamen Auge von Lord Alan Brooke, Churchills rechter Hand. Unser SSC meinte das Gleiche zu sein, war aber nur eine blasse Nachahmung des britischen Systems, wobei man sagen muss, dass Großbritannien sich im totalen Krieg befand und unser Buschkrieg ja vergleichsweise nur ein „Rülpser“ in einem abgeschiedenen Teil der Erde war.

Das größte Problem war, dass sich unsere Politiker in den eigentlichen Verlauf der Schlacht einmischten. Sie hätten sich auf die politische Strategie konzentrieren und den Generälen die Militärstrategie und Taktik überlassen sollen. Politische Entscheidungen gehören den Politikern, während Schlachtfeldstrategie und Taktik die Werkzeuge sind, mit denen militärische Führer politische Ziele realisieren.

Vom 32. *Bataillon* wurde also erwartet, spezifische Arten von Militärkampagnen durchzuführen: so genannte „externe

Operationen“, welche die Zerstörung von SWAPO-Stützpunkten bzw. Ausbildungslagern und die Zerschlagung von FAPLA und kubanischen Truppenansammlungen beinhalteten. Dadurch würde die SWAPO ihre operativen Räume und sicheren rückwärtigen Gebiete in Angola verlieren. Diese Aufgabe wurde mehrfach in größeren Unternehmen mit der Hoffnung wiederholt, am Ende die Kunene-Provinz zu dominieren und das FAPLA-/kubanische Schild, hinter dem sich SWAPO verstecken konnte, zu zerstören.

ÖMZ: Hat doch anscheinend immer geklappt. Wo lag das Problem?

Breytenbach: Unser Außenminister, Pik Botha, hatte die Angewohnheit, nach jedem Sieg ins zairische Lusaka zu trotten und unsere Gewinne an den Feind zurückzugeben, indem er unsere Armee aus Angola und den gerade eroberten Gebieten abziehen ließ. Deshalb mussten wir die Operationen mehrfach wiederholen, wenn die SWAPO-Infiltration nach Namibia wieder zunahm. Zum Glück hatten wir Generäle, deren Eckstein ihrer Kriegsstrategie die Offensive ins Nachbarland war und eben nicht, bereitwillig darauf zu warten, bis der Feind in der namibischen Bevölkerung untergetaucht war.

Dieser „Hin-und-Her-Zirkus“ hatte seinen Anfang mit dem Ende von *Savannah*; wir wiederholten diesen Quatsch in mehreren Großoperationen bis 1988.

ÖMZ: Weitere kriegsentscheidende politische Einmischung gab es aber auch auf den weniger bekannten Kriegsschauplätzen, oder?

Breytenbach: Naja. Ich hatte angenommen, wie auch viele andere Offiziere, dass das Ziel sei, der SWAPO einen sicheren Bereitstellungs- und Ruheraum, aus dem sie operieren konnten, zu verwehren. Zu diesem Zweck hatte ich schon immer meine Kompanien im südlichen Teil der Kunene-Provinz eingesetzt. Durch den Mangel an geeigneten Fahrzeugen wurde unsere Penetration des Gebietes eingeschränkt, was uns dazu zwang, immense Distanzen zu Fuß zu bewältigen.

Mit unseren weiteren Verpflichtungen in der Provinz Kuando-Kubango und der Notwendigkeit, Truppen zur Rast und Erholung oder Ausbildung zu rotieren, konnte ich nie mehr als sechs Infanteriezüge gleichzeitig in der Kunene-Provinz operieren lassen. Dennoch gelang es uns, die SWAPO aus äußerst wichtigen Gebieten zu verdrängen. Allerdings konnten wir keine weitere Eskalation riskieren, da uns zu wenige Truppen zur Verfügung standen, um die Initiative unbegrenzt behalten zu können. Weil wir in diesem Teil von Angola im Stammesgebiet der Kwanyama waren, entschloss ich mich, meine Kampfkraft durch die Ausbildung ihrer Krieger zu stärken. Ich hatte ja schon eigene Kwanyamas im Bataillon und bildete diese speziell für den Guerillakampf in unserem hochgeheimen Stützpunkt im Westkaprivi aus. Ich setzte sie als „Pseudo-SWAPOs“ in zwei wichtigen Situationen ein, in denen sie sich in feindlicher Uniform als äußerst wirksam erwiesen. Auch dachte ich an eine Anfrage nach Spezialkräften, die als Berater bei der Ausbildung fungieren sollten, wenn nicht sogar als Führungsgruppe für die Bildung eines eigenständigen Kwanyamabataillons, mit dem die Kunene-Provinz dominiert werden sollte, solange es notwendig schien, die SWAPO dort zu bekämpfen und die FAPLA an deren Unterstützung zu hindern.

Viele Kwanyamas agierten bereits als Kämpfer bei der UNITA, daher war diese Organisation für uns zunächst Haupt-

quelle für Rekruten. Der damalige UNITA-Befehlshaber, dessen Zuständigkeitsbereich diese Provinz war, war Dr. Vakula Kuta KaShaka. Der zuständige Militärführer der UNITA, General Chevalle, war selbst ein Kwanyama und unternahm auch schon einzelne Operationen in der Provinz.

Beide wären über diesen Schritt - die Stärkung der Kwanyamas durch Ausbilder, Waffen und Munition - äußerst erfreut gewesen. Ich bin auch heute noch davon überzeugt, dass unsere Generäle die volle Absicht hatten, die SWAPO auf diese Weise aus der Provinz Kunene fern zu halten und daher mit diesem Plan übereinstimmten.

UNITA-Chef Savimbi jedoch, vom Stamm der Ovimbundu, sah die weitaus aggressiveren Kwanyamas in seiner Organisation mit einer gewissen Antipathie und fürchtete deren Stärkung und die Macht von KaShaka und Chevalle. Also traf er sich mit dem südafrikanischen Verteidigungsminister und plädierte überzeugend für mehr militärische Unterstützung in der Kuando-Kubango-Provinz, auf Kosten der strategisch weitaus wichtigeren Kunene-Provinz.

Kurz danach verschwand KaShaka auf mysteriöse Weise, Schicksal unbekannt. Chevalle wurde seines Kommandos unter fragwürdigen Umständen enthoben, in Jamba (UNITA-Hauptquartier) eingesperrt und später von Savimbi getötet. Ein Südafrika-freundliches Südafrika, mit dem der Aufmarsch von SWAPO und FAPLA/Kubaner hätte dauerhaft verhindert oder eingedämmt werden können, wurde somit nie realisiert.

ÖMZ: Also klares Scheitern der Politiker wie in Vietnam oder Irak?

Breytenbach: Zusätzlich war hier auch eine Zurückhaltung bei den Spezialkräften zu spüren, die damals unter dem Befehl eines etwas in die Jahre gekommenen ehemaligen Chefs des Militärnachrichtendienstes standen und Ressourcen ausschließlich zur Aufrüstung der UNITA einsetzten. Das war daher nicht gerade hilfreich, sondern sogar ein Problem, da die Aufgabe der Unterstützung an den Militärnachrichtendienst, über dessen neu gegründete *Special Tasks Section*, weitergegeben wurde. Hier wurden Spezialkräfte genutzt, die von eher teilnahmslosen Offizieren befehligt wurden, die außerdem keinen professionellen Zugang zur Guerillakriegführung hatten. Als ich Jahre zuvor die Spezialkräfte gegründet hatte, hielt ich die Bildung von freundlichen Guerillaeinheiten, im Stil der *Green Berets* oder der SAS, als äußerst wichtig für südafrikanische Spezialoperationen in fremden Ländern. Aber der nun kommandierende General der Spezialkräfte hatte eine andere Einstellung dazu als ich. So kam es ja auch, dass ich lange zuvor schon abgeschoben worden war, um mit dem „dreckigen Dutzend“ Chipendas Männer auszubilden.

Insofern wurden die Ausbildung und der Einsatz von ausreichenden Guerillatruppen zur Kontrolle der Kunene-Provinz, ob Kwanyamas oder nicht, leider nie ernsthaft in Erwägung gezogen, weder von den Mitgliedern des SSC noch vom Militärnachrichtendienst. Es fehlte offenbar an glaubwürdiger militärischer Meinung, die auf SSC-Ebene einem Haufen Zivilisten klar machen konnte, dass die Kontrolle des Gebietes durch uns wohlgesinnte Guerilleros die Voraussetzung dafür war, dass nach dem Abzug südafrikanischer Truppen SWAPO und FAPLA nicht einfach nachrücken würden. Wir hätten einen großen, hässlichen Sumpf kreieren können, durch den SWAPO-Kämpfer und FAPLA-Truppen nur schwer bis an die Grenze von Namibia durchgedrungen wären.

In der Kuando-Kubango-Provinz hingegen und auf Bestehen von Jonas Savimbi, der signifikanten politischen Einfluss beim Militärmachrichtendienst und dem Sicherheitsrat geltend machen konnte, wurde eine konventionelle UNITA-Armee mit Unmengen von Geld aufgebaut. Diese bewies immer wieder, dass sie sich nicht einmal aus einem Papierkorb freikämpfen geschweige denn eine Schlacht kleineren Ausmaßes gewinnen konnte.

Somit kam jetzt hinzu, dass das 32. *Bataillon* den wiederholten Auftrag hatte, die UNITA vor der totalen Vernichtung zu retten. Die so genannten UNITA-Guerilleros verschimmelten in ihren kleinen Stützpunkten, die von Savimbi und der FAPLA gleichermaßen ignoriert wurden, weil sie einfach nicht von Bedeutung waren. Der einzige Grund, weshalb Savimbi so viel von Angola zu kontrollieren schien, war, dass die FAPLA kein Interesse an dem unattraktiven Hinterland hatte, mit Ausnahme einiger Diamantenminen.

Seine Provinz wurde jedoch sehr effektiv von seinen Feinden zu einem anderen Zweck genutzt. Bei einem dortigen Aufmarsch würde Südafrika immer wieder konventionelle Truppen schicken, um Savimbis Haut zu retten, mit all den damit verbundenen politischen Folgen. Dabei mussten sie sich in den meisten Fällen nicht einmal um ihre Nachschublinien durch die Kunene-Provinz sorgen, weil wir ja hier versäumten, der Provinz die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.

Manchmal gelang es uns jedoch, die Politiker zu täuschen. 1983 wurde Operation *Askari* initiiert, um zum wiederholten Mal die FAPLA aus der Kunene-Provinz zu drängen und die bestehenden SWAPO-Stützpunkte zu zerstören. Ohne das Wissen der Politiker wurde gleichzeitig Operation *Forte* durchgeführt, bei der das gesamte 32. *Bataillon* geschlossen auf „Chindit Art“ als Guerillaeinheit eingesetzt wurde.

Die Operationen waren zwar eher komplementär zu den konventionellen Einsätzen der mechanisierten Kampfgruppen der Großoperation *Askari*, stießen jedoch weit in die Kunene-Provinz vor, griffen dort Stützpunkte an und zerstörten diese von Ongiva im Süden über Evale und Mpupa bis ins nördliche Cuvelei. Das 32. *Bataillon* infiltrierte über Buschpfade teils mit Fahrzeugen, teils zu Fuß, tief in die stark bewaldeten Gebiete des Ostkunene, weit hinter den Linien von FAPLA. Es wurden SWAPO-Stützpunkte lokalisiert, die sich geschützt glaubten, und diese angegriffen.

Inzwischen stieß eine mechanisierte südafrikanische Brigade nordwärts, um in der größten und entscheidenden Schlacht eine FAPLA-Brigade in der Nähe von Cuvelei zu schlagen. Nachdem die FAPLA-Brigade sich besiegt zurückgezogen hatte, trafen diese zermürbten Truppen überraschend auf das weit im Hinterland operierende 32. *Bataillon*. Die Brigade wurde ausgelöscht, wie auch eine weitere, die den Versuch unternahm, von Norden her als Rettung zur ersten zu stoßen. Beide Brigaden verloren alle ihre Panzer und fast alle ihre Schützenpanzer. FAPLA war geschlagen und aus der gesamten Kunene-Provinz vertrieben worden.

Das 32. *Bataillon* hat bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die schlecht ausgerüsteten Kwanyamas unter den UNITA-Truppen bewaffnet, mit dem Ziel, eine freie Zone ohne das Wissen von Savimbi, dem Militärmachrichtendienst und der südafrikanischen Regierung zu errichten. Doch dieses Geheimnis hielt nicht lange, und in Kürze war unser Außenminister wieder unterwegs, um alles Gewonnene zu verschenken. Dies bedeutete erneut den Abzug, auch für das 32. *Bataillon*.

Wir hatten jedoch vor zu bleiben, die Kwanyamas zu einer Guerillastreitmacht und die Kunene-Provinz wenigstens zum

sicheren Guerillastützpunktgebiet für die UNITA zu machen. Doch der Außenminister kam aus Lusaka mit der frohen Kunde, dass alle Probleme diplomatisch gelöst worden seien und der besagte Abzug stattfinden würde. Auf diese Weise endete eine sehr vielversprechende Operation, weil der Außenminister nicht die strategischen Möglichkeiten eines Guerillakriegs verstand. Das beweist, wie wenig Politiker von Kriegführung wissen.

Wir mussten mit Politikern zurechtkommen, die dachten, dass sie mehr von Krieg verstünden als professionelle Soldaten. Daher auch der Spruch, dass Krieg ein zu ernstes Geschäft sei, als dass man es den Generälen überlässt. Diese arrogante Einstellung erreichte ihren Höhepunkt der Verachtung während der Kämpfe 1987/88 am Lomba. Dieser Fluss war ein Ort, an dem entscheidende Kämpfe zu der Niederlage von vier größeren FAPLA-/Kubaner-Formationen führten, die von einer schwachen südafrikanischen mechanisierten Brigade zerschlagen wurden.

Zuvor hatten fünf mechanisierte FAPLA-Brigaden den Cuito östlich von Cuito Cuanevale über die einzig verfügbare Brücke überquert, um nach Mavinga vorzustößen und ein Flugfeld zu erobern, von wo aus Savimbi der Todesstoß gegeben werden sollte. Dieser war im abgelegenen Jamba verschanzt. Savimbi schrie, wie immer, „Mord! Mord!“ und die südafrikanische Armee wurde zum soundsovielten Mal durch den SSC umgehend zu dessen Rettung entsandt. Das 32. *Bataillon* - wer sonst? - setzte sich also am Lomba fest, um den Vormarsch des Feindes zu stoppen. Weitere Einheiten wurden eingeschoben, um zusammengefasst eine schwache Brigade zu bilden. War dies jedoch der richtige Weg?

Die Südafrikaner waren wieder verpflichtet, den Gegner zurückzudrängen. Dabei sollten diesem maximale Verluste beigefügt werden, doch nirgendwo bot das Terrain die Gelegenheit, die Feindbrigaden in die Enge zu drängen und endgültig zu vernichten. Den Gegner erfolgreich in eine Situation hineinzuamövrieren, in der er mit minimalen eigenen Verlusten vernichtet werden kann, ist immer die Kerneigenschaft eines fähigen Kommandeurs.

Einem Kommandeur jedoch eine Philosophie aufzudrängen, die man dann auch noch eine „win-win-Situation“ nennt, in der keine Seite gewinnt oder verliert, ist die Einführung einer Art „Blasphemie“ in die „edle“ Kunst der Kriegführung. Genau das tat der SSC mit uns, doch es konnte nur die Frucht des Gehirns eines Karrierepolitikers sein, der seine Fertigkeiten als internationaler Diplomat herangezüchtet hatte. Außenminister Pik Botha passte zu dieser Beschreibung. Aber Krieg ist keine Sportart, bei der sich beide Seiten auch mal gelegentlich auf ein Unentschieden einigen können. Es ist ein Sache von Leben oder Tod, charakterisiert von aggressiver Willenskraft und einer starken, manchmal verzweifelten Entschlossenheit, den Feind zu besiegen. Eine Seite verlässt das Schlachtfeld als Sieger, während die andere Seite immer schwer beschädigt oder vollständig besiegt ist. Manchmal kämpfen sich zwei Armeen in ein Patt hinein, ziehen sich zurück, um sich neu zu gruppieren, Verluste auszugleichen oder sich zu versorgen, nur um dann wieder den Kampf fortzusetzen.

Jedenfalls gab es unter uns Obristen einige, die dafür plädierten, den Vormarsch auf dem Westufer des Cuitos einfach fortzusetzen, um Cuito Cuanevale vom Westen her anzugreifen, d.h. in den Rücken des Feindes zu gelangen. Dadurch würde das vorgeschobene Logistikzentrum des Gegners und, vielleicht noch wichtiger, auch die einzige Brücke erobert werden. Die

südafrikanische Brigade wäre dann genau auf der Versorgungs- und Rückzugslinie des Gegners platziert, und dieser wäre von seinem Nachschub abgeschnitten.

Die Brigaden selbst waren ja schon allein durch das 32. *Bataillon* am Lomba aufgehalten worden. Doch sie konnten dauerhaft dort verharren, solange der Nachschub floss oder sie sich auf Cuito Cuanevale zurückziehen konnten. Würden wir Cuito Cuanevale nehmen, wären sie auf der falschen Flussseite ohne Nachschub gestrandet, würde bald kein Fahrzeug mehr fahren können, und die Truppe, ohne dass wir einen Schuss abfeuerten, würde liegen bleiben. Was nützt ein Panzer ohne Treibstoff? Er wird zur metallenen Hülle, dessen Besatzung sich bei einem Ausbruch zu Fuß einer Umgebung voller UNITA-Kämpfer aussetzen müsste, die ihnen mit Begeisterung, v.a. den Kubanern, die Kehlen durchschneiden würden. So hätten fünf Brigaden restlos vernichtet werden können.

ÖMZ: Was hinderte Sie daran, genau dies zu tun? Doch nicht etwa politische Intervention?

Breytenbach: Vernichtung der feindlichen Kräfte war leider nicht auf der Tagesordnung, v.a. nicht beim Außenminister. Die Brigaden sollte lediglich nach Cuito Cuanevale zurückgedrängt werden, der Ausgangsstellung ihrer Offensive. Man hielt es für politisch klug, der FAPLA die Demütigung zu ersparen, fast ihre ganze Armee durch eine einzige südafrikanische Brigade vernichtet zu sehen. Hier kamen die „win win“-Parole und die diplomatische Schiene durch, die nun ins militärische Umfeld transplantiert werden musste, egal ob der militärische „Patient“ diese außergewöhnliche Behandlung annehmen wollte oder nicht.

Wie man so schön sagt: Der Rest ist Geschichte. Die Südafrikaner saßen mit dem Handicap am Verhandlungstisch, dass die FAPLA-Kräfte durch unsere eigenen Politiker vor der endgültigen Niederlage gerettet wurden.

Wie immer führten die Verhandlungen zum Abzug unserer Truppen und der Behauptung, dass die „Apartheid-Kriegsmaschine“ bei Cuito Cuanevale von den „heldenhaften“ FAPLA-/kubanischen Kräften besiegt worden sei. Und dies, obwohl die Wracks von 94 Panzern, hunderten BTRs, BRDMs und Lastkraftwagen heute noch dort herumliegen, mit ungefähr 4.760 gefallenen FAPLA-Kämpfern und Kubanern, während Südafrika drei Panzer, zwanzig Schützenpanzer und 31 Mann (Gefallene) verloren hatte.

Hätten wir unseren unbestreitbaren Sieg gehabt, indem wir die fünf Brigaden gänzlich zerstört hätten, wäre am Verhandlungstisch ein anderes Ergebnis erzielt worden. Um die Lage zu verschlimmern, stimmten stattdessen der Außenminister und der Verteidigungsminister ein, dass nach dem Abzug die südafrikanischen Streitkräfte in ihren Basen verbleiben müssten, während der Implementierung der UNO-Resolution 435 in Namibia. Die SWAPO hingegen musste lediglich in ihren „geheimen“ Lagern bleiben, von denen die überwachende UNO-Truppe (UNTAG) nicht einmal wusste, wo sich diese befanden. Sie zeigte auch keinen Willen es herauszufinden, um somit die Einhaltung des Abkommens zu gewährleisten. Als Sam Nujoma, der Chef der SWAPO, im April 1989 das Abkommen brach und eine Invasion Nordnamibias lostrat, konnte UNTAG diese nicht stoppen, weil sie nicht wussten, wo die SWAPO-Kämpfer überhaupt alle herkamen. Der UNO-Bbeauftragte Ahtisaari hatte auch keine Vorstellung, was zu tun war, und tat daher zunächst ... nichts.

Es war Margaret Thatcher, zu diesem Zeitpunkt gerade in Windhuk auf dem Weg zu Gesprächen mit der südafrikanischen Regierung, die ihm den einfachen und richtigen Rat gab, die kasernierten südafrikanischen Sicherheitskräfte zu entfesseln und die SWAPO in ihre Schranken weisen zu lassen.

Die Polizei, eigentlich die Aufstandsbekämpfungseinheit *Koevoet*, wurde mobilisiert, die Hubschrauber wieder mit Waffen bestückt, und innerhalb einiger Tage waren 400 bis 600 SWAPO-Kämpfer im Gefecht getötet worden, wonach der Rest panisch über die Grenze flüchtete.

Diese militärische Schweinerei als Teil eines Waffenstillstands, der durch die Nachgiebigkeit kurzsichtiger Politiker ausgehandelt worden war, wurde also gemeistert durch die brillante Margaret Thatcher auf der Durchreise! Thatcher, nie eine Vertreterin der „win win“-Strategie, zeigte sich wieder einmal couragiert und erkannte die globale Bedeutung der südafrikanischen Position besser als Pik Botha.

Als Kampftruppe bejubelten wir Margaret Thatcher, während wir im Stillen Typen wie Botha und Ahtisaari verachteten. Sie waren die großen Kompromissbereiten, die sich gegenseitig in dem Glauben bestätigten, das Militär spiele „Cowboy und Indianer“ und die Diplomatie habe alle Antworten. Sie konnten nicht erkennen, dass das Militär die „Läufer“ auf dem Schachbrett waren, während die Diplomatie, die „Königin“, niemals allein die Show erfolgreich zum Ende bringen konnte. Wenn die anderen Figuren nicht ihre Rolle erfüllten, konnte für den gegnerischen „König“ keine „lose lose“-Situation entstehen. Und dies war nun mal das eigentliche Ziel des „Spiels“.

ÖMZ: Gehen wir auf die taktische/operative Ebene. Was sind aus Ihrer Sicht die Schlüsseleigenschaften oder optimalen Merkmale einer Führungskraft im Aufstandsbekämpfungsszenario?

Breytenbach: Ich möchte mich nicht über jedes einzelne Merkmal ausbreiten, sondern auf die außergewöhnlichen Schritte hinweisen, die wir im 32. *Bataillon* unternommen haben, um die Beziehung zwischen weißen Führungskräften und ihnen fremden schwarzen Soldaten zu zementieren, die sie die Ehre und Pflicht hatten zu befehlen.

Es gibt ein überragendes Konzept des Kommandierens, das alle anderen überstrahlt und leider oftmals nicht angenommen wird. Dies ist, dass die Kommandierenden auf allen Ebenen ihren Truppen zum Dienst verpflichtet sind und nicht umgekehrt. Das bedeutet, dass diese im Kampf nicht verschwenderisch mit den Leben ihrer Truppen umgehen, als wären diese lediglich Gegenstände wie Panzer und Artillerie, mit denen Schlachten gewonnen oder eben auch manchmal verloren werden.

Jeder Befehlshaber sollte sich nur für eine Schlacht entscheiden, wenn das Ergebnis der Sieg sein wird. Sicherlich müssen Risiken in Kauf genommen werden, doch diese müssen kalkulierte Risiken sein. Das Leben seiner Männer muss dem Kommandierenden wertvoller sein als sein eigenes. Er muss auch seine Soldaten und sich selbst für den Kampf vorbereiten, weil deren Überleben und sein eigenes im Gefecht auf jeden Fall von deren Ausbildung, Motivation und Gefechtsbereitschaft abhängen wird, was auch die Anwendung von hervorragendem Kampfgerät mit einschließt. Außerdem muss er von vorne führen und nicht von hinten „schieben“. Selbst ein Brigadekommandeur sollte gelegentlich sein Gesicht auf dem Schlachtfeld zeigen, um mit seiner Bereitschaft, herumfliegendes Blei in Kauf zu

nehmen und die raue Wirklichkeit zu durchleben, seine Männer zu inspirieren.

Das notwendige Delegieren in einer Aufstandsbekämpfungssituation, aufgrund der riesigen Gebiete, erfordert Verantwortungsbereitschaft bis zur untersten Ebene. Dies ist nur dann möglich, wenn die Führung auf allen Ebenen von äußerster Integrität geprägt ist und die Kommandierenden alle Unterführer entlang der Befehlskette in allen Aspekten von Führung ausgebildet haben. Dazu gehören auch die Erwartungen an das Verhalten der Truppe gegenüber anderen, z.B. der Zivilbevölkerung.

Dieser Aspekt war gerade beim 32. *Bataillon* äußerst wichtig, wenn die Truppe in den vom Gegner dominierten Gebieten Angolas eingesetzt wurde. Ich behandelte fehlerhafte Führung in diesem Zusammenhang mit Strenge, musste aber akzeptieren, dass die Verantwortung immer bei mir lag. Der beste Weg, Führungsschwächen auszumerzen, war die Versetzung fragwürdiger Führer zu anderen Einheiten, sobald sie nicht die Erwartungen erfüllten.

In der Aufstandsbekämpfung mussten die Führer schon auf unterer Ebene eine geistige Beweglichkeit präsentieren, die von intrinsischer Integrität und der Bereitschaft, volle Verantwortung zu übernehmen, geprägt war. Doch, wie gesagt, ich stand gerade für die Fehler auf unterer Ebene, da ich sie ja schließlich ausgewählt und ausgebildet hatte. Und bedenken Sie, die Führer der Truppe und die kleinen Einheiten waren über ein 800 km langes und 250 km tiefes Gebiet verteilt, weit jenseits meines persönlichen Einflussbereiches und unter Einheimischen mit unberechenbaren Loyalitäten und Zugehörigkeiten.

Dies bringt mich zu einer weiteren Eigenschaft oder Grundvoraussetzung, nämlich der Loyalität zur Einheit, die von allen Führern implementiert und vorgelebt werden musste. Den Vorfall, bei dem wir uns als Führungskader weigerten, unsere Männer zu verlassen, hatte ich schon erwähnt.

Ein weiterer Vorfall ereignete sich später auf unterer Ebene. Ein Kompaniekommandant, dessen Kompanie dem 4. *mechanisierten Infanteriebataillon* zugeteilt worden war, verweigerte den Befehl, einen verwundeten Soldaten zurückzulassen. Gegen den ausdrücklichen Befehl ging er mit dem Zugskommandanten des Verwundeten zurück und zog diesen unter schwerstem Feuer in Sicherheit. Diese Loyalität, auf die sich alle Soldaten der Einheit verlassen konnten, bedeutete, dass sie ihren Anführern überall hin folgen würden. Deshalb empfanden es auch die Männer als extremen Schock, dass der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, der Staatspräsident Südafrikas, Frederik Willem de Klerk, 1993 das *Bataillon* auflöste, nachdem zuvor Versicherungen zum Gegenteil über Kanäle der Heeresleitung an die Truppe gegeben worden waren. Verschlimmert wurde dies dadurch, dass der damalige Befehlshaber des 32. *Bataillons* sich nicht für den Verband einsetzte, so wie wir es 18 Jahre zuvor getan hatten, weil er seine zukünftige Karriere nicht gefährden wollte.

Drittens, das Wohlbefinden der Truppe war genauso wichtig wie deren Kampfbereitschaft, v.a., weil sie erwarten konnte, unter dauerhaftem physischen und psychischen Druck über einen Zeitraum von bis zu drei Monaten eingesetzt zu werden. Daher errichteten wir eine Ortschaft mit guten und bequemen Häusern für die Familien, einer hervorragenden Schule, einer Klinik, einem Einkaufszentrum, einer Gemeindehalle, einem Sportplatz und einem Rehabilitationszentrum für die Schwerverwundeten. Wir setzten Feldgeistliche ein, die sich um das spirituelle Wohlbefinden der überwiegend katholischen Familien

kümmern sollten. Unverheiratete Soldaten waren in komfortablen Mannschaftsunterkünften untergebracht.

Es gab ein Unteroffiziers-, Sergeants- und Sergeant-Major-Casino wie auch ein Offizierscasino, die Anlaufstellen für diverse Veranstaltungen waren. Der kämpfende Soldat musste in der Lage sein, sich zu entspannen, weg von den Anforderungen und Schrecken des Krieges.

Der Befehlshaber des 32. *Bataillons* war daher nicht nur Kommandeur, sondern auch „Bürgermeister“ einer mittelgroßen Ortschaft, wenn man bedenkt, dass das *Bataillon* aus acht kampfstarken Schützenkompanien, einer verstärkten Unterstützungskompanie (mittlere und schwere Granatwerferzüge sowie Pionierzug), später noch einer Panzerabwehrkompanie, einer Batterie Artillerie und einer Versorgungskompanie bestand. Als *Bataillonskommandeur* musste man mitfühlend mit gestressten Frontsoldaten und deren Problemen umgehen, sei es im operativen Bereich oder mit Familien, deren Kindern und Familienstreitigkeiten als „Häuptling“ des „Stammes“ mit dem Namen „32. *Bataillon*“.

ÖMZ: Was sind die Hauptbedrohungen für die Kohäsion, Effektivität und allgemeine Leistungsfähigkeit in irregulären operativen Bedingungen?

Breytenbach: Unter den Bedingungen der irregulären Kriegführung kann Kohäsion und Führungsstil ein Problem für Offiziere sein, die die engere „Front“ konventioneller Kriege gewohnt sind. Kommandeure erfahren die Schwierigkeit, Kontrolle bei Operationen auszuüben, wenn diese über große Gebiete geführt werden und die Untereinheiten weit auseinander liegen. Ich war, wie schon gesagt, gezwungen zu delegieren, zum Glück mit hervorragenden Offizieren, die in „Sektoren“ die operative Befehlsgewalt hielten. Und ich musste jeden Sektor, wegen der Distanz und der unterschiedlichen Art der Operationen behandeln, als wäre dort ein eigenes *Bataillon* im Einsatz. Zu einem Zeitpunkt hatte ich beispielsweise drei verstärkte Kompanien in Verzögerungsgefechten gegen drei FAPLA-Brigaden, die sich in drei Marschsäulen jeweils 150 km voneinander auf dem Vormarsch Richtung Südwestafrika/Namibia befanden. Dazwischen lag nur von Gott verlassener Busch, während gleichzeitig sechs Züge in Guerillagegefechten in einem anderen, westlich davon gelegenen Gebiet involviert waren. Dabei handelte es sich um ein Gefechtsfeld von 70 km Länge und 30 km Breite. Daher hatte jede Kompanie ihren eigenen besonderen Zusammenhalt und auch jeder Zug, einfach durch die intensive und oftmals sehr unabhängige Art der Operationen, egal, was der Rest des *Bataillons* gerade tat. Dies war *Modus Operandi* bis fast zum Ende des Krieges, als die Einheit ein weitaus überschaubareres Operationsgebiet zugewiesen bekam und als konventionelles, wenn auch sehr verstärktes Infanteriebataillon gegen mehrere vorrückende FAPLA-Brigaden bei den schon vorhin angesprochenen Kämpfen am Lomba 1987/88 eingesetzt wurde.

Das Wichtigste ist jedoch, dass, eingesetzt als Guerilleros, jeder Zug im 32. *Bataillon* verpflichtet war, seine Präsenz den Gegner spüren zu lassen und dies über ein riesiges Gebiet. Nur so ließ sich der Guerillakrieg in unserer Funktion zu seinem vollen Potenzial betreiben. Insofern bedeutete diese Art der Kriegführung keinen Verlust der Kohäsion, sondern viel mehr einen Gewinn derselben. Wir hatten ja vorsorglich dahingehend ausgebildet, Kontrolle auf die untersten Ebenen zu delegieren und verantwortliche Selbstständigkeit zu för-

dern. Auf oberster Ebene war ich als Befehlshaber viel mehr ein Koordinator, der dafür sorgte, dass die unabhängig operierenden Elemente die notwendige Unterstützung bekamen, d.h. Logistik, Verstärkung oder Informationen zur Lage. Es ging um ständige Planung, um dadurch die Initiative zu behalten oder Gelegenheiten zu nutzen, wie sie gerade entstanden, außerdem Reserven im richtigen Moment einzusetzen und v.a. die Luftunterstützung zu leiten, um den Feinddruck gegen kleinere Einheiten in gegebenen Situationen zu lindern bzw. sich den Fängen überwältigender feindlicher Materialüberlegenheit zu entziehen.

Mit unserem scheinbaren Mangel an Kohäsion, den wir auf der Philosophie der Guerillakriegführung aufbauten, zwangen wir den Gegner, seinen tatsächlichen Mangel an Kohäsion in der Gegenreaktion zu zeigen, womit er aber nicht umgehen konnte. Er konnte sich nicht an eine Guerillabedrohung anpassen und war nicht in der Lage, adäquate Gegenmaßnahmen durchzuführen. Zu weit verteilt und zu zentral befehligt, als dass er sich wirksam gegen die Vielzahl der Angriffe hätten wehren können, die unsere kleinen Einheiten unabhängig, wenn auch koordiniert, unnachgiebig durchführten. Also entschied sich die SWAPO für den Rückzug und gab die Stützpunktkette in der Kunene-Provinz auf, um sich tiefer ins Inland zurückzuziehen. Ähnlich erging es der FAPLA, die die Verbindung zu ihren Flanken schon verloren hatte. Es war ihnen unmöglich, ihre Brigaden am Okavango-Grenzfluss zu versorgen. Zwischen den Hauptversorgungsbasen und den Truppen hatten wir unsere Züge eingeschoben und ihre Verbindungen getrennt, indem wir Tausende Quadratkilometer in guerillaverseuchtes Gebiet verwandelten. Sie mussten sich einige Hundert Kilometer zurückziehen, und die gesamte Kuando-Kubango-Provinz fiel uns so in den Schoß. Wir übergaben sie an die UNITA als rückwärtiges Gebiet, Bereitstellungsraum und Ausgangspunkt für deren Guerillaaktivitäten.

Die Gefahr des Kohäsionsverlustes durch die Verteilung des 32. *Bataillons* über ein so großes Gebiet blieb daher fern, weil die Führungsqualitäten und Ausbildung auf allen Ebenen von ganz oben bis zur Gruppenebene selbstständiges Handeln ermöglichten. Außerdem hatten wir hervorragende Hochfrequenzfunkkontakte, die streng kontrolliert und mit 24-Stunden-Besetzung jeden Zug mit dem Bataillonsstab verbanden und die Koordinierung gewährleisteten.

ÖMZ: Sind Sie der Auffassung, dass die Militärliteratur und Akademiker in den letzten Jahren Fortschritte gemacht haben im Verständnis für die Realitäten von Aufstandsbekämpfung, oder fokussiert die Forschung immer noch darauf, den letzten und vorletzten Krieg zu gewinnen?

Breytenbach: Alle Militärliteratur, bis zu den alten Imperien zurück, zu konventioneller und unkonventioneller Kriegführung, wird für Kommandeure immer wertvoll sein. Methoden des Krieges ändern sich, aber seine Prinzipien blieben konstant, seit Kain den Abel beseitigte, bis hin zur Moderne, wo extrem potente Armeen, Luftwaffen und Flotten über riesige Distanzen und komplexe Kriegsschauplätze manövriert werden müssen. Der Gruppenführer in einem Hinterhalt muss die gleichen Prinzipien des Krieges anwenden wie Eisenhower, als er mit Operation *Overlord* die Invasion des besetzten Westeuropas einleitete.

Kluge Kommandeure werden die Lektionen der Vergangenheit selektiv erkennen und mit Anpassungen in der

Gegenwart anwenden. Ein Kommandeur muss jedoch immer lokale Faktoren berücksichtigen, um zu einer Strategie für einen Feldzug oder einem Schlachtplan zu gelangen, auch wenn die Kriegsprinzipien sich in den kommenden Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden - bis die letzte Schlacht geschlagen ist - nie ändern werden.

Auch können keine zwei Schlachten oder Feldzüge gleich sein, weder kontemporär noch in unterschiedliche Zeiträume geteilt, historisch oder wiederholt gegen den gleichen Feind im gleichen Kriegsschauplatz. Ich kämpfte beispielsweise zwei total unterschiedliche Schlachten am gleichen Kriegsschauplatz, aufgrund unterschiedlicher Gegner- und Terrainfaktoren. So kämpften die Züge meines Bataillons einen Guerillakrieg gegen SWAPO-Verbände in der angolanischen Kunene-Provinz, während die Verzögerungskämpfe gegen die FAPLA-Brigaden in der Kuando-Kubango-Provinz durch weit auseinander liegende Kompanien geführt wurden.

Die Kriegsmethoden ändern sich, wenn Waffensysteme eingeführt werden, die Schlachtentempo und -verlauf verändern, wenn auch nicht die Taktik an sich. Historisch betrachtet wurden die Hopliten von den Griechen benutzt, um ein Loch in die Schlachtlinie des Gegners zu schlagen, und die Kavallerie, um die Flanken des Gegners zu umgehen. Der Einsatz von Panzern in der Moderne hatte die gleichen Aufgaben wie die Hopliten und die Kavallerie. Nuklearkrieg hingegen ist ein ganz anderes Spiel, bei dem Interkontinentalraketen tausende Meilen fliegen und Städte wie auch ganze Länder zerstören können. Aber der Terror eines solchen Krieges ist, für den Moment zumindest, von solchem Ausmaß, dass Länder alles in ihrer Macht tun, um solch eine totale Zerstörung zu vermeiden und sich weiterhin mit den Methoden des Krieges begnügen, an die wir gewöhnt sind. Dies gibt uns im Wesentlichen eine Art „Speisenkarte“, von der wir auswählen können, wie z.B. Guerillakrieg, Gegenguerillakrieg, begrenzter konventioneller Krieg, unbegrenzter konventioneller Krieg, oder meistens eben eine Kombination aller verfügbaren Methoden.

ÖMZ: Welche Parallele, wenn überhaupt, sehen Sie zwischen dem hier besprochenen Krieg und den Einsätzen westlicher Streitkräfte im Irak und Afghanistan?

Breytenbach: Die heutigen Führungskräfte müssen ihre Geschichtsbücher lesen und aus der Vergangenheit lernen. Die von Ihnen erwähnten Kriege dienen dabei als gute Beispiele. Die Amerikaner und Briten gingen in den Irak mit überwältigender Kampfkraft, gewannen die Schlachten und fanden sich schnell in einem nicht gewinnbaren Krieg mit fundamentalistischen islamischen Terroristen, die ihnen eine harte Zeit bereiten. Ähnlich war auch der Sieg über die *Taliban*, die jedoch immer noch ein Dorn im Fleisch der Amerikaner und der NATO-/britischen Truppen bleiben. Es scheint, als hätten die militärischen Nachrichtendienste in beiden Einsatzgebieten keine sorgfältige Analyse der Menschen, Geschichte, Religion und Stammeszugehörigkeiten usw. gemacht. Sie haben sich anscheinend auf die Analyse der konventionellen Militärorganisationen der jeweiligen Länder beschränkt.

So haben die Amerikaner und Briten sich in eine Situation der irregulären Kriegführung festgefahren, die sie hätten vermeiden können, indem sie einheimische Verbände aus der Bevölkerung vor Ort aufgestellt hätten. Sie hätten damit ihre konventionellen Siege unter der Bevölkerung konsolidieren

können. Es hätte eigentlich offensichtlich sein müssen, dass v.a. die besiegten Führungsriegen unter den *Taliban* wie auch Saddam Husseins Streitkräfte, hier v.a. die Sunniten, untertauchen oder dass *Al Qaida* jene Lücken füllen würde, die die Alliierten offen ließen.

Und dies, obwohl es eine Fülle von Beispielen aus der Geschichte gibt, die als richtungweisend hätten dienen können. Gerade die Briten hatten in ihrer Kolonialzeit den Nahen Osten mit Militärkräften beherrscht, die aus der einheimischen Bevölkerung heraus rekrutiert waren, so wie ich es mit dem *32. Bataillon* nach der Operation *Savannah* getan habe. Diese einheimischen Kräfte waren weitaus wirksamer in einem demografischen Umfeld, das der einfache Schütze „Tommy Atkins“ kaum verstehen konnte und auch von dessen Befehlshaber „Captain Ponsonby“ nicht verstanden wurde. Die formidablen pakistanischen und indischen Streitkräfte bezeugen diese britische Kolonialpolitik bis Ende des Zweiten Weltkrieges.

Im Südwestafrika-/Namibia-Kontext wurden die Südafrikaner in eine ähnliche Situation gezwungen, als sie zähneknirschend einheimische Einheiten aus der Lokalbevölkerung aufstellten. Dies schloss auch das aus Ovambos bestehende *101. Bataillon* ein, das extrem effektiv im Ovamboland als Aufstandsbekämpfungseinheit operierte. Ähnlich auch die polizeiliche Spezialeinheit *Koevoet*, die noch effektiver war, weil hier Kopfprämien an die Spurensucher für jene SWAPO-Kämpfer gezahlt wurden, die das Pech hatten, getötet zu werden. Das *32. Bataillon* operierte sehr effektiv innerhalb ihres eigenen Heimatlandes und war, offen gesagt, nicht „daheim“ in der urbanen Aufstandsbekämpfung, wie in den städtischen Einsatzgebieten während der Unruhen Anfang der 1990er-Jahre in den Metropolen Südafrikas. Ähnlich wie die Buschmänner des *31. Bataillons*. Diese waren auch zweifellos weitaus effektiver im südwestafrikanischen oder angolanischen Busch als Fährtenleser, als sie in den relativ dicht bevölkerten Gebieten von Ovamboland gewesen wären.

Diese und andere indigene Einheiten hatten außerdem noch einen Vorteil, indem deren überwiegend weißes Führungspersonal sie ausbildete, lange Zeit unter ihnen weilte und mit ihnen in den Kampf zog. So bestand ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Befehlshabern und den Männern. Die aus Wehrpflichtigen bestehenden „weißen“ Einheiten wurden in Südafrika ausgebildet und dann als Untereinheiten den Aufstandsbekämpfungseinheiten im Operationsgebiet zugeteilt. Dies bedeutete neues Führungspersonal, das sie nicht ausgebildet hatte und ihnen fremd war. Das war ein großer Fehler, weil nun die Beziehungen zwischen den Männern und der Befehlsstruktur von Grund auf neu aufgebaut werden mussten, und dies oft in einem Kampfumfeld, was natürlich wenig ideal war. Nur als spezialisierte Einheiten von Wehrpflichtigen wie Fallschirmjäger, mechanisierte Infanterie, Panzer und Artillerie, die mit ursprünglichen Ausbildungsleitern eingesetzt wurden, konnten sie ihr volles Potenzial entfalten. Was ich daher vorschlage, ist, dass vollständige Einheiten, mit intakter und vollständiger Befehlsstruktur, immer durch Operationsgebiete rotiert werden und nicht Einzelne oder Gruppen von Soldaten als Ersatz dienen.

Nun, die Amerikaner und Briten scheinen sich ja inzwischen auf dem richtigen Wege zu befinden. Sie bilden aus und beraten jetzt einheimische Einheiten mit einigem Erfolg, v.a. im Irak. Sie hätten das früher machen sollen,

mit dem Ziel, kurz nach der erfolgreichen Beendigung der konventionellen Kriegsphase diese Einheiten einsetzen zu können. Dadurch wäre das unvermeidbare Machtvakuum sofort durch indigene, irreguläre Einheiten unter ihren eigenen Befehlshabern gefüllt worden, aber unter strikter Kontrolle der Alliierten.

Diese Einheiten hätten die Initiative ergreifen können, den Frieden zu sichern, noch bevor die feindlichen Irregulären ihr Comeback machen und die Kontrolle über die Bevölkerung gewinnen konnten. V.a. die religiösen Militanten, die sich seit Jahrhunderten zanken, die in die Bevölkerungsschichten einsickerten und ihre Territorien auf Kosten anderer abstecken konnten.

Dieser Mangel an Voraussicht hat verursacht, dass der Krieg in beiden Ländern sich seit Jahren hinzieht und weitere Folgen produziert, v.a. wenn man die Verschlechterung der Lage in Pakistan berücksichtigt. Die USA und die Briten verfügen beide über Einheiten, die speziell zur Ausbildung indigener Truppen zugeschnitten sind, namentlich die *Green Berets* und das SAS. Es ist anzunehmen, dass diese für andere Spezialunternehmen eingesetzt worden waren, aber die Ausbildung indigener Truppenteile für das Ende der konventionellen Kriegsphase war anscheinend nicht Teil des Auftrags.

Die südafrikanischen Streitkräfte gewannen ihre Schlachten mit Leichtigkeit, aber verloren den Krieg an den diplomatischen und ökonomischen Fronten. Es dauerte zu lange für die Politiker, die Apartheid abzuschaffen. Aber ein „Eckstein“ der Menschenrechte ist es ja schließlich, dass jeder das Recht hat, seine eigenen Fehler zu begehen, um daraus zu lernen. Weshalb von den Fehlern anderer lernen, wenn man sie selbst noch begehen kann? Also lassen Sie uns dieses Gespräch mit etwas Zynismus beenden.

ÖMZ: Wir bedanken uns für das Gespräch.

Das Interview mit Colonel Jan Breytenbach führte Dr. Stephan Maninger

Jan Breytenbach

Geb. 1932; Colonel; Mitgründer der südafrikanischen Spezialkräfte; 1972 erster Befehlshaber des nach dem Vorbild des britischen Special Air Service (SAS) aufgestellten 1. Reconnaissance Commando; Einsatz als Befehlshaber des 32. Bataillons; 1978 Leitung der 44. Fallschirmbrigade bei deren erfolgreichem Luftlandeunternehmen gegen SWAPO-Basen bei Cassinga in Angola. Breytenbach hatte den Ruf eines „kämpfenden Denkers“ und erwies sich durch seine nicht selten beißende Kritik an der südafrikanischen Armeeführung und der Politik als unbequemer Soldat. Von den Veteranen des Buschkrieges in der Ära 1966-1989 als „lebende Legende“ verehrt und liebevoll „Oom Jan“ genannt; 1987 frühzeitig pensioniert; inzwischen Autor mehrerer Militärbücher und ein international gefragter Interviewpartner. Jan Breytenbach ist der Bruder des weltweit bekannten Schriftstellers und Anti-Apartheids-Aktivistens Breyten Breytenbach. Er lebt nach wie vor in Südafrika und engagiert sich insbesondere für die Kriegsversehrten und Veteranen des 32. Bataillons, die er durch die ANC-Regierung gezielt benachteiligt sieht.

Volkswirtschaft und Militärökonomie der Deutschen Demokratischen Republik

Ein Blick zurück - Lehren für die Gegenwart

Harald Pöcher

In der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde von den Alliierten die Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegt. Deutschland und Berlin wurden in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Der Sowjetunion fielen der Ostteil von Berlin und ein Gebiet zu, das Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt sowie Thüringen und Sachsen umfasste. Als sich am 7. September 1949 in der Besatzungszone der Westalliierten die Bundesrepublik Deutschland konstituierte, erfolgte in der Besatzungszone der Sowjetunion am 7. Oktober 1949 die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) mit einem nach dem Vorbild der Sowjetunion organisierten volksdemokratischen Staatsapparat und einer zentral gelenkten Planwirtschaft.

Die Propaganda der staatstragenden Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), verstand es während des 50-jährigen Bestehens der DDR geschickt, nach außen hin die DDR als zehntstärkste Industrienation und den Staat als politisch stabile und wirtschaftlich dynamische Volksdemokratie darzustellen. Von Politik und Wissenschaft in aller Welt völlig unerwartet, brach die DDR Anfang November 1989 binnen kürzester Zeit wie ein Kartenhaus zusammen. Dieses außergewöhnliche Phänomen hat unmittelbar nach der Wende zur Aufarbeitung der Geschichte und insbesondere der Wirtschaftsgeschichte der DDR geführt und ist bis heute aufgrund des umfangreichen Aktenmaterials noch nicht gänzlich abgeschlossen. Der vorliegende Aufsatz versucht, in einem ersten Abschnitt die Gründe darzulegen, warum die Wirtschaft in der DDR scheitern musste, und untersucht in einem zweiten Abschnitt die Leistungen der Militärökonomie der DDR. Abgeschlossen wird der Aufsatz mit Schlussfolgerungen und Lehren für die Gegenwart.

Die Wirtschaft der DDR - Ein Überblick

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dachte in Deutschland kein Politiker ernsthaft darüber nach, welches Wirtschaftssystem,¹⁾ ob Marktwirtschaft oder zentral gelenkte Planwirtschaft, das bessere System zur Bewältigung der Wirtschaftsprobleme ist. Es stand jedoch damals sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands fest, solange es um das Überleben gehe, könne man die Volkswirtschaft nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen. Die planmäßige Verteilung der vorhandenen Güter verlangte ein Rationierungssystem und ein Kontingentierungssystem, um die darniederliegende deutsche Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. In der Sowjetzone erklärte die SED, dass unter den vorherrschenden Bedingungen des Mangels an Rohstoffen, Brennstoffen, Transportmitteln ein Vorwärtkommen der Wirtschaft nur möglich sei, wenn eine gesicherte Wirtschaftsplanung betrieben werde. Bei der Festlegung auf ein Wirtschaftssystem für die sowjetische Besatzungszone spielten auch die Wirtschaft in der Sowjetunion und der damals im Eskalieren befindliche Kalte Krieg eine nicht unwesentliche Rolle. Als sich 1948 abzuzeichnen begann, dass die sowjetischen

Besitzer länger in ihrer Besatzungszone verbleiben würden, beendete die sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Beschlagnahme von deutschem Eigentum, und es begann die Phase der Enteignung von Fabriken der „Monopolisten und Kriegsverbrecher“ und die darauffolgende Übergabe in das Volkseigentum. Die Betriebe wurden in der Folge in der Rechtsform „Volkseigener Betrieb“ (VEB) geführt. Sie bildeten die ökonomischen Basiseinheiten für die Volkswirtschaft. Damit war der Grundstein für die zentral gelenkte Planwirtschaft gelegt. Die VEB waren zunächst branchenbezogen in so genannte „Vereinigungen Volkseigener Betriebe“ (VVB) zusammengefasst. Ende der 1960er-Jahre wurden die VVB in Kombinate umgewandelt. Ende 1989 arbeiteten rund 80% (= 6,5 Millionen) aller Werktätigen der DDR in den VEB. Im Zuge der Wiedervereinigung wurden die rund 8.000 Kombinate und VEB²⁾ in eine Treuhandgesellschaft übergeleitet und hernach privatisiert. Obwohl sich die kleineren Parteien in der DDR, im Wesentlichen die Christdemokraten und die Liberaldemokraten, gegen eine Planwirtschaft festlegten, wurde mit Entscheidung der SED Ende 1948 die zentral gelenkte Planwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone eingeführt.

Das Fundament einer zentral gelenkten Planwirtschaft bilden die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, wie sie von Karl Marx und Friedrich Engels entschlüsselt und später von Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin) in der Sowjetunion erstmals in einem Staat als Grundlage des Wirtschaftssystems eingeführt wurden. Nach ihrer Ansicht haben ökonomische Gesetze mit den Naturgesetzen gemein, dass sie objektiv wirken, unabhängig davon, ob wir dies wollen oder nicht. Sie bestimmen die wesentlichen sozialen Beziehungen und Prozesse in der gesellschaftlichen Produktion. Die jeweilige Eigentumsform an den Produktionsmitteln bestimmt das Ziel, den Sinn und den Inhalt der Produktion. Besitzt eine kleine Gruppe von Menschen die Fabriken, Maschinen, Rohstoffe und Werkzeuge, ist die Mehrheit der Gesellschaft davon ausgeschlossen, wie das im Kapitalismus der Fall ist, so ist auch das Ergebnis der Produktion Eigentum dieser Gruppe und nicht das Eigentum der eigentlichen Produzenten. Das Ziel der Produktion, ihre gesellschaftliche Organisation und die Verteilung der produzierten Erzeugnisse ergeben sich unter diesen Umständen ausschließlich aus den Interessen der Eigentümer der Produktionsmittel, der Kapitalisten. Die Produktion kann kein anderes Ziel als die Erzeugung eines höchstmöglichen Profits für den Unternehmer verfolgen. Ist mit dem Übergang zum Sozialismus gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsfaktoren entstanden, so ist auch das Ergebnis der Produktion, alles, was in den sozialistischen Betrieben und Genossenschaften erzeugt wird, Eigentum der Gesellschaft. Unter diesen Bedingungen kann die Produktion nur ein Ziel haben: die immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft und aller ihrer Mitglieder. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln ruft das gesellschaftliche

Interesse hervor, die Produktionsmittel zum Wohle der ganzen Gesellschaft zu nutzen. Gleichzeitig ist die allseitige Nutzung der Produktionsmittel, der Betriebe, Maschinen und Anlagen zum Wohle der ganzen Gesellschaft wiederum die Bedingung dafür, dass jeder Einzelne daran interessiert ist, seine ganze Kraft für hohe wirtschaftliche Leistungen einzusetzen. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln bedingt eine planmäßige, gesellschaftliche Leitung der gesamten Wirtschaft im Interesse der Werktätigen.

Das deutsche Gebiet, auf dem sich die spätere sowjetische Besatzungszone erstreckte, wurde ab 1936 durch die günstige verkehrstechnische Lage, durch die in den 1930er-Jahren sichere Lage gegen Bombenangriffe und die großen Lagerstätten von Braunkohle zur Ansiedelung von neuen Rüstungsbetrieben bevorzugt genutzt. Das Industriepotenzial bot daher bei Kriegsende trotz der starken Zerstörungen eine günstige Ausgangsposition für den Neubeginn nach 1945. Der Wiederaufbau vollzog sich unter erschwerten Bedingungen, und die Wiederannäherung an das Vorkriegsniveau geriet zeitweise bedenklich ins Stocken. Einen wichtigen Faktor bildete in der unmittelbaren Nachkriegszeit die groß angelegte Demontage von Fabriken und Werkzeugmaschinen durch die sowjetische Besatzungsmacht. Dem Wesen einer zentral gelenkten Planwirtschaft folgend, wurde die Wirtschaft der DDR durch die Wirtschaftspläne bis ins Detail geregelt, und auch die Bedarfspläne für die Bevölkerung gaben klare Vorgaben, was die Bürger der DDR zu konsumieren hatten. Die Betriebe erhielten für die Erfüllung der Pläne Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt und mussten sich den staatlichen Konsumplänen unterordnen. Die Erfüllung der Produktionspläne wurde in regelmäßigen Abständen durch die obersten Planbehörden überprüft. Die Aufstellung der Jahrespläne war kompliziert und durchlief (teilweise sogar mehrmals) das Parlament, den Ministerrat, das Plankomitee, bestimmte Ministerien, die Kombinate und den VEB. Dieses starre Planungssystem hatte den gravierenden Nachteil, dass es der DDR-Wirtschaft nicht möglich war, auf mögliche Veränderungen des Weltmarktes rasch zu reagieren, da das starre Planungssystem lähmend wirkte.

Anfang der 1950er-Jahre fanden in der DDR der planmäßige Aufbau des Sozialismus und eine Sowjetisierung der Gesellschaft statt. Dies bedeutete u.a. einen Angriff auf den verbliebenen Mittelstand, der durch erhöhte Abgaben zur Aufgabe seiner Selbstständigkeit gezwungen werden sollte. Gleichzeitig mit dem planmäßigen Aufbau des Sozialismus kam es zu einer Bevorzugung der Schwerindustrie zulasten der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie. Dies wiederum führte zu einer chronischen Unterversorgung der Bevölkerung mit bestimmten Lebensmitteln wie Obst und Gemüse sowie Konsumgütern und damit zum Schlangestehen vor den Geschäften. Das Wohlstandgefälle zum Westen vergrößerte sich dadurch immer mehr, weil die Bevölkerung in Westdeutschland von der Marshall-Plan-Hilfe profitieren konnte. Diese ökonomische und soziale Entwicklung führte bis zum Bau der Berliner Mauer 1961, in der DDR-Propaganda als „antifaschistischer Schutzwall“ und als „befestigte Staatsgrenze“ bezeichnet, zu großen Abwanderungsbewegungen in den Westen und am 17. Juni 1953 zum offenen Aufstand. Die sowjetischen Behörden reagierten damals sofort mit der Verhängung des Ausnahmezustandes, der erst wieder nach Niederschlagung des Aufstandes am 11. Juli 1953 aufgehoben wurde.³⁾

Der alles überragende Meilenstein in der Geschichte der DDR ist der Bau der Berliner Mauer. Der Plan zum Bau der Mauer in Berlin war ein Staatsgeheimnis der DDR-Regierung. Die innerdeutsche Grenze war seit dem Werden zweier deutscher Staaten zunächst eine offene Grenze. Bereits 1952 wurde infolge von starken illegalen Abwanderungen aus dem Osten die Grenze durch Zäune, Alarmvorrichtungen und Truppen gesichert. Es wurde eine fünf Kilometer breite Sperrzone errichtet. Die einzige Lücke in diesem System blieb die Hauptstadt Berlin, die wie ein Schlupfloch wirkte und schwer zu überwachen war. Da bereits bis 1961 rund 2,6 Millionen Menschen⁴⁾ die DDR Richtung Westen verlassen hatten, wurde in der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 unter Aufsicht der Volkspolizei, Armee und Grenztruppen mit dem Bau der Berliner Mauer begonnen. Mit dem symbolischen Fall der Berliner Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 nach mehr als 28 Jahren Bestand begann der Anfang vom raschen Ende der DDR. Die Berliner Mauer und die innerdeutsche Sicherheitsgrenze hatten v.a. eine wirtschaftliche Bedeutung, verhinderten sie doch die Abwanderung von Bürgern in den Westen und erschwerten auch den Grenzübertritt von Westbürgern nach Osten. Die Durchsetzung des Sozialismus in der DDR konnte dadurch noch effizienter in die Tat umgesetzt werden.

Eine Detailanalyse der Wirtschaft der DDR würde das Ausmaß des Aufsatzes bei Weitem sprengen. Dargestellt werden soll aber die Situation der Wirtschaft unmittelbar vor der Wende 1989. Nach dem Sturz von Erich Honecker im Oktober 1989 übernahm der Vorsitzende des DDR-Kinderverbandes, der Pionierorganisation Ernst Thälmann und der DDR-Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ), Egon Krenz, die Führung des Politbüros. Krenz beauftragte den Vorsitzenden der staatlichen Plankommission Gerhard Schürer, eine Analyse der tatsächlichen volkswirtschaftlichen Situation auszuarbeiten.⁵⁾ Des Weiteren sollte Schürer für die Tagung des Zentralkomitees der SED einen Maßnahmenkatalog für Wirtschaftsreformen zur Beschlussfassung vorlegen. Schürer kam in seinem Bericht zum Schluss, dass sich das dynamische Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren deutlich verlangsamt hatte, der letzte Fünfjahresplan nicht eingehalten wurde, die Investitionen in die Mikroelektronik sich als ein Massengrab erwiesen hatten, unterdurchschnittliche Ernten den Import von Getreide erforderlich gemacht hatten und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sträflich vernachlässigt worden war. Ferner stellte Schürer die Nichterfüllung des Exportziels in das nichtsozialistische Ausland, einen starken Anstieg der Verschuldung im kapitalistischen Ausland von 2 Mrd. Mark 1970 auf 49 Mrd. Mark 1989 und eine stark gestiegene Inlandsverschuldung bei Kreditsystemen von 12 Mrd. Mark 1970 auf 123 Mrd. Mark 1989 fest. Als Schlussfolgerung schlug Schürer dem Politbüro vor, die Wirtschaftspolitik der DDR grundsätzlich zu ändern und Wirtschaftsreformen umgehend einzuleiten. Ziel der Wirtschaftsreformen sollte es sein, eine an Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft bei optimaler Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus einzuleiten. Zu diesen Reformen sollte es nicht mehr kommen, da sehr bald die Berliner Mauer fiel und damit das politische System in der DDR zum Einstürzen brachte.

Abschließend zu diesem Kapitel sollen die Schwachpunkte der Wirtschaft der DDR hervorgehoben werden:

System-Probleme

Die zentral gelenkte Planwirtschaft ging von einer Vorstellung eines unrealistischen Menschenbildes und von der falschen

Vorstellung aus, man könne ein Land nur auf der Grundlage von Wirtschaftsplänen steuern.⁶⁾ Zur Ausarbeitung und Administration der Wirtschaftspläne benötigte die DDR einen überdimensionierten Staatsapparat, was wiederum zu hohen budgetären Ausgaben für diesen Bereich führte. So beliefen sich die Ausgaben für den Staatsapparat und die Wirtschaftsverwaltung Mitte der 1970er-Jahre auf rund 3,6 Mrd. Mark, was ca. 3% des Staatshaushaltes entsprach. Des Weiteren lebte die DDR jahrzehntelang von ihrer Substanz. Der „Arbeiter- und Bauernstaat“ verarmte zusehends. Die Sozialausgaben standen in keinerlei Verhältnis mehr zur realen wirtschaftlichen Produktivität.

Die Ausgaben aus dem Budget waren höher als die Einnahmen aus den wenigen produktiven Sektoren. In den 1980er-Jahren überlebte die DDR in erster Linie auf Kosten westlicher Kredite.

Teurer Sicherheitsapparat

Die DDR unterhielt eine Vielzahl von verschiedenen Organisationen, die die äußere und innere Sicherheit der DDR zu gewährleisten hatten.⁷⁾ (Das Zahlenmaterial stellt einen Durchschnittswert über die 1970er- und 1980er-Jahre dar.) Im Einzelnen waren dies das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), im Volksmund auch als „VEB Horch&Guck“ bezeichnet, mit rund 91.000 hauptamtlichen Mitarbeitern und rund 180.000 inoffiziellen Mitarbeitern, die Volkspolizei (VoPo) mit 80.000 Bediensteten, Bereitschaftspolizei mit 20.000 Bediensteten, Zollverwaltung mit 9.500 Mitarbeitern, Grenztruppen mit 49.000 Mann, die NVA mit rund 180.000 Soldaten und Soldatinnen (90.000 davon Kadetsoldaten und -soldatinnen) und 48.000 Zivilbediensteten sowie der Zivilschutz bestehend aus 15.000 Personen kasernierter Zivilschutz und rund 490.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern. Darüber hinaus gab es noch ehrenamtliche Kampfgruppen der Arbeiterklasse, rund 189.370 Personen organisiert in 2.022 Kampfgruppeneinheiten. Der Sicherheitsapparat umfasste insgesamt fast 500.000 hauptamtliche Personen (= rund 6% aller Erwerbstätigen), die im Vergleich zu den Erwerbstätigen in der Industrie überdurchschnittlich hoch entlohnt wurden. Dieser Sicherheitsapparat verschlang hohe Summen; 1986 gemäß dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1987 (Staatsverlag der DDR, Berlin 1987) rund 19,5 Mrd. Mark für den Unterhalt und die Ausrüstung. Dies waren rund 8% der Staatsausgaben.

Teurer Sozialapparat

Die Bürger der DDR lebten in sozialer Sicherheit. Offiziell gab es keine Arbeitslosigkeit. Die gesellschaftlichen Fonds des Staates bildeten den größten Ausgabenposten des Staatshaushaltes. Die Fonds wurden genutzt, um stabile Verbraucherpreise zu sichern, niedrige Wohnungsmieten zu gewährleisten, die Tarife für Dienstleistungen stabil zu halten, das Bildungs-, Gesundheits- und Erholungswesen auszubauen, das kulturelle Leben zu fördern. 1986 betrug diese Aufwendungen des Staates gemäß dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1987 rund 100 Mrd. Mark, dies waren rund 40% der gesamten Staatsausgaben.

Korruption und Machtmissbrauch

Die Konzentration der politischen und wirtschaftlichen Macht begünstigte Korruption, Machtmissbrauch und Misswirtschaft. Die herrschenden Schichten oder die staatlichen großen Apparate symbolisierten Machtpositionen und zielten darauf ab, im Planungs- und Verteilungsprozess großzügige Zuteilungen

an Kapital, Material, Arbeitskräften, Devisen oder westlichen Importgütern zu erhalten und dauerhaft zu sichern. Erst durch diese Zuteilungen konnten sie die Basis aufrechterhalten, ihren politischen Einfluss und damit auch wirtschaftliche Privilegien erweitern und bewahren.

Verzicht auf ökologische Sanierung der Industrieanlagen

Eine bedeutende Rolle für den Niedergang der Wirtschaft in der DDR spielte neben dem fast vollständigen Verzicht auf ökologische Sanierung der Industrieanlagen der Verzicht auf Investitionen außerhalb der Schwerpunktzweige der Industrie. Ende der 1980er-Jahre waren fast 21% der Ausrüstungen in der Industrie der DDR älter als 20 Jahre (in der Bundesrepublik Deutschland nur rund 6%).

Wirkungslosigkeit von Anreizsystemen

In der DDR gab es zahlreiche Anreizsysteme für die besten Leistungen in Betrieben. So konnte man eine Vielzahl an Orden und Ehrenzeichen und Ehrentitel wie beispielsweise „Held der Arbeit“ und „Aktivist der sozialistischen Arbeit“. Ihre Wirksamkeit war jedoch höchst fragwürdig.

Unterversorgung mit Konsumgütern

Die DDR lebte über ihre Verhältnisse, konnte aber dennoch nicht die versprochenen Leistungen erbringen und die Bevölkerung mit genügend Konsumgütern versorgen. Beispielhaft in einer langen Kette von verfehlter Konsumgüterpolitik ist die Kaffeekrise aus dem Jahre 1977. In diesem Jahr bewirkten die stark gestiegenen Weltmarktpreise bei Rohkaffee, dass die zur Deckung des jährlichen Bedarfes an ca. 50.000 Tonnen Rohkaffee benötigten 150 Mio. Valutamark auf über 650 Mio. Valutamark anstiegen. Das war nicht mehr zu finanzieren. Die Experten entwickelten daraufhin einen Mischkaffee, der aus 50% Röstkaffee und 50% Ersatzstoffen bestand. Die Konsumenten lehnten das Gemisch, das bald „Erichs Krönung“⁽⁸⁾ genannt wurde, entschieden ab. Nur der schnelle Einkauf von Rohkaffee bei befreundeten Entwicklungsländern konnte die Lage rasch wieder stabilisieren.

Resümee zur Wirtschaft der DDR vor der Wende 1989

In der Literatur wurde nach der Wende immer wieder die Frage diskutiert, ob die DDR unmittelbar vor dem Staatsbankrott stand. Nach einer Analyse der dem Autor vorliegenden Wirtschaftsdaten und auch nach einem Lokalaugenschein vor mehr als 25 Jahren muss die Feststellung getroffen werden, dass die DDR 1989 zwar in anwachsenden Disproportionalitäten und Schwierigkeiten stand, aber keineswegs vor ihrem bevorstehenden inneren ökonomischen Zusammenbruch. Es zeigten sich anhaltende Schwächen der Ökonomisierung, wie z.B. die rücksichtslose gesundheitsbelastende und flächendeckende Umweltverschmutzung in Ballungszentren, die stark vernachlässigten Bereiche der Infrastruktur, zu schwache Preisdurchsetzungen und Innovationskraft der Exportwirtschaft, evidente Strukturdefizite aufgrund der fehlenden Strukturpolitik und akute Probleme bei der Tilgung von Devisenschulden im West-Außenhandel.

Die innere Auflösung der DDR war aber vielmehr durch ihre politische Destabilisierung eingeleitet, die mit der unvorhersehbaren Maueröffnung zum machtpolitischen Ende des SED-Herr-

schaft führte, die allerdings durch die großen volkswirtschaftlichen Produktivitätsnachteile gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eine immense Beschleunigung erfuhr.

Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Nationale Volksarmee

Mit der Gründung der DDR wurden auch zentrale Organe für den Schutz und die Sicherheit des sozialistischen Staates gegründet, so das Ministerium des Inneren und das Ministerium für Staatssicherheit. Bereits ein Jahr vor der Gründung der DDR wurden 1948 auf Befehl der SMAD Bereitschaften der Volkspolizei aufgestellt und kaserniert. Auf Initiative des Politbüros der SED und abgestimmt mit der SMAD wurde unmittelbar nach der Staatsgründung im Bereich des Ministeriums für Inneres eine Hauptabteilung für Ausbildung geschaffen. Sie hatte den Aufbau von Bereitschaften und Schulen der Volkspolizei zu leiten und war für die Erziehung und Ausbildung ihrer Angehörigen verantwortlich. 1952 entstand schließlich aus den Bereitschaften der Volkspolizei die „Kasernierte Volkspolizei“. Von Anfang an war für die politische und militärische Führung der UDSSR und der DDR von besonderer Bedeutung, dass der Aufbau des Sozialismus verteidigt wurde. Einen wichtigen Teil dieser Verteidigung bildete die Grenzpolizei, welche die 640 km lange Grenze zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) und zu Westberlin zu sichern hatte. Am 14. Mai 1955 unterzeichnete in Warschau die DDR gemeinsam mit den anderen Bruderländern Ost-, Mittel- und Südosteuropas den Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Knapp ein halbes Jahr danach wurde am 18. Januar 1956 in der Volkskammer, der höchsten gesetzgebenden Körperschaft der DDR, das Gesetz über die Schaffung der NVA⁹⁾ und des Ministeriums für Nationale Verteidigung verabschiedet. Damit war die NVA geboren.

Die Sowjetarmee half danach beim Aufbau der NVA durch die Lieferung von Rüstungsgütern und durch Übermitteln militärwissenschaftlicher Erkenntnisse. Bereits im August 1957 hielt die NVA ihre erste große Übung gemeinsam mit der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland ab. Die Ausbildung der Führungskader der NVA, insbesondere der Offiziere zu überzeugten Sozialisten und Militärspezialisten erfolgte in der am 5. Jänner 1959 in Dresden gegründeten Militärakademie „Friedrich Engels“. Bald nach der Eröffnung der Militärakademie entfaltete sich an dieser ein reges wissenschaftliches Leben. Viele Impulse für ihre politische Bildung und wissenschaftliche Tätigkeit erhielten die Offiziere durch Bücher und Zeitschriften, welche vom Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung veröffentlicht wurden. Das wohl wichtigste Medium für die Veröffentlichung von militärwissenschaftlichen Texten bildete die im März 1957 erstmals erschienene Zeitschrift „Militärwesen“.¹⁰⁾ Die Sowjetarmee war von Beginn an Vorbild, und es galt den Sowjetsoldaten nachzueifern. Das Motto dabei lautete: „*Von der Sowjetarmee lernen heißt kämpfen und siegen lernen!*“¹¹⁾ Dieses Motto wurde immer mehr Überzeugung und Tat zugleich. Offiziere der NVA wurden auch an zivilen Hochschulen akademisch ausgebildet, beispielsweise in Militärökonomie an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ in Berlin.¹²⁾ Die militärökonomisch ausgebildeten Offiziere wurden in vielen Funktionen bei der NVA eingesetzt, u.a. auch als akademisches Lehrpersonal an den Akademien und Schulen der NVA. Es wurde dadurch

sichergestellt, dass das Offiziers- und Unteroffizierskorps der NVA über ein gediegenes militärökonomisches Wissen verfügte, was sich auch in der Fülle an Fachaufsätzen in der militärischen Fachzeitschrift „Militärwesen“ widerspiegelt.¹³⁾

Die NVA war wegen ihrer ständigen Einsatzbereitschaft, ihres hohen Ausbildungsstands und der guten Disziplin eine der stärksten Armeen des Warschauer Paktes. Knapp vor der Wende umfasste die NVA einen Aktivstand von rund 180.000 Soldaten und Soldatinnen und rund 400.000 ausgebildete Reservisten. Darüber hinaus gab es noch 49.000 Mann Grenztruppen. An Großgerät verfügte die NVA über rund 3.000 Kampfpanzer und weitere 3.300 gepanzerte Fahrzeuge, 330 Kampfflugzeuge und 70 bewaffnete Hubschrauber, 900 Artilleriegeschütze sowie rund 250 Raketenwerfer und 70 Startvorrichtungen für Raketen kurzer und mittlerer Reichweite. Die Marine umfasste rund 200 Kampf- und Hilfsschiffe.¹⁴⁾ Mit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden die DDR und damit auch die NVA aufgelöst. Die Standorte, Einrichtungen und Ausrüstung der NVA wurden an die Bundeswehr übergeben. In der Folge kam es zu einer groß angelegten Rüstungskonversion. Mit der Auflösung der NVA wurden auch die militärökonomischen Forschungen im ehemaligen sozialistischen Deutschland beendet. Zurück blieben Hunderte Fachaufsätze in der Fachzeitschrift „Militärwesen“ und mehrere Fachbücher zur Militärökonomie. Gerade diese Fülle an wissenschaftlicher Literatur regt an, einen Blick zurück zu wagen und daraus Lehren für die Gegenwart zu ziehen.

Entwicklung der Militärökonomie im Sozialismus

Die Militärökonomie¹⁵⁾ der sozialistischen Staaten, auch als ökonomische Theorie der Streitkräfte (ÖSK) bezeichnet, hat ihr Fundament im theoretischen Marxismus-Leninismus. Bei der Ausarbeitung der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats beschäftigten sich Friedrich Engels und Karl Marx auch mit Problemen des Krieges und des Militärwesens sowie ihres Zusammenhangs mit der Ökonomie. Marx und Engels haben auf der Grundlage der Abhängigkeit von Krieg und Militärwesen von den ökonomischen Verhältnissen der jeweiligen Gesellschaftsordnung konkret den Einfluss der ökonomischen Entwicklung auf die Entwicklung des Militärwesens selbst aufgezeigt. Besonders Engels wurde wegen seiner Untersuchungen als einer der ersten Militärtheoretiker des Sozialismus bezeichnet. Lenin, der dritte Theoretiker des marxistisch-leninistischen Gedankengebäudes, erkannte das Wechselverhältnis von Ökonomie und Militärwesen bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Als Lenin an der Spitze der Sowjetunion stand und die Verteidigung des „sozialistischen Vaterlandes“ zu organisieren hatte, widmete er der Gewährleistung der Landesverteidigung großes Augenmerk. Lenin begründete die Notwendigkeit der sozialistischen Landesverteidigung mit der Ungleichmäßigkeit der politischen und ökonomischen Entwicklung im Kapitalismus und Sozialismus. Da der Sozialismus nicht zugleich in allen Ländern siegen kann und folglich kapitalistische und sozialistische Staaten längere Zeit nebeneinander existieren werden, gab er sich keinerlei Illusionen über die aggressive Natur des Imperialismus hin und sah das Streben der imperialistischen Bourgeoisie nach Vernichtung der jungen Sowjetmacht voraus. Lenin meint in seinen Werken, dass erst, nachdem die Bourgeoisie in der ganzen Welt vollständig besiegt worden sei, Kriege unmöglich würden. Aus den Werken Lenins

ergibt sich somit eindeutig die wichtige und systemtragende Rolle der sozialistischen Streitkräfte. Aus den quantitativ und qualitativ gewachsenen Anforderungen des Krieges an die Volkswirtschaft schlussfolgerte Lenin nicht nur, dass große Anstrengungen bei der Entwicklung der Wirtschaft und der Produktion für Verteidigungszwecke gemacht werden müssten, sondern leitete auch die Notwendigkeit einer sparsamen Verwendung und des effektiven Einsatzes der Ressourcen für Verteidigungszwecke des Landes ab.

Aufbauend auf den Arbeiten Lenins berücksichtigte seitdem das sozialistische Militärwesen den ökonomischen Faktor bei der Verteidigung des Sozialismus gegenüber den so genannten latent vorhandenen imperialistischen Aggressionsbestrebungen. Dies führte in der Sowjetunion zur Herausbildung eines Wissenschaftszweiges, der die Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Militärwesen untersucht. Bereits 1925 nahm in der UdSSR eine Akademie für Kriegswirtschaft ihre Lehrtätigkeit auf. Damit war auch organisatorisch der erste Schritt zur Bildung des selbstständigen Wissenschaftszweiges „Militärökonomie im Sozialismus“ vollzogen. Die Erfahrungen der UdSSR im „Großen Vaterländischen Krieg“ bei der praktischen Beherrschung des Zusammenhanges von Ökonomie und Landesverteidigung vermittelten wertvolle Erkenntnisse für die gemeinsame Verteidigung des Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der Organisation des Warschauer Vertrages. So entwickelten sich auf der Basis des militärökonomischen Wissens der UdSSR Forschungseinrichtungen für Militärökonomie in allen Mitgliedstaaten des WAPA.¹⁶⁾

Die Entwicklung der Militärökonomie bei der NVA

Die Bedeutung der Militärökonomie für die Landesverteidigung wurde in der DDR im Verteidigungsgesetz niedergeschrieben. Im dritten Abschnitt dieses Gesetzes wurden konkrete Anforderungen an die Volkswirtschaft mit Bezug zur Landesverteidigung formuliert.¹⁷⁾ *„Wir haben es hierbei mit anspruchsvollen Zielen zu tun, die durch das Wesen der Politik unserer Partei bestimmt sind. Sie ist darauf gerichtet, die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen immer besser zu befriedigen und dabei gleichzeitig ihren Sicherheitsinteressen gerecht zu werden. Solange der Aufbau des Sozialismus durch imperialistische Kriegsdrohungen gefährdet wird, ist es notwendig, eine zuverlässige Landesverteidigung zu haben, die Streitkräfte auf dem erforderlichen Niveau der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft zu halten und das Territorium für den Fall eines imperialistischen Überfalls vorzubereiten. Das bringt vielfältige und angesichts des von den Imperialisten forcierten Wettübens auch zunehmende militärökonomische Bedürfnisse hervor, deren Befriedigung einen angemessenen Grad der ökonomischen Verteidigungsbereitschaft verlangt.“* Höchste Repräsentanten der Staatsführung, ranghöchste Offiziere der NVA und die bedeutendsten Militärökonomien der DDR sahen daher in der Befriedigung militärökonomischer Bedürfnisse eine unerlässliche Bedingung für das Funktionieren der sozialistischen Landesverteidigung. Dies wiederum ist eine wichtige Voraussetzung, dass das ökonomische Grundgesetz zur Wirkung gelangen kann. (Im ökonomischen Grundgesetz spiegelt sich das Wesen der sozialistischen Ökonomie wider, die aus dem sozialistischen Eigentum resultierende objektive Notwendigkeit und Möglichkeit, die gesellschaftliche Produktion der immer besseren Befriedigung

der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen unterzuordnen, wodurch wiederum eine mächtige Triebkraft für die Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktion hervorgebracht wird.) Gleichzeitig beeinflusst die Befriedigung militärökonomischer Bedürfnisse aber den Grad, in dem andere Bedürfnisse der Gesellschaft, konsumtive wie produktive, befriedigt werden können. So forderte beispielsweise Admiral Verner,¹⁸⁾ der erste Kommandant der Seestreitkräfte der NVA, *„jene Gesetzmäßigkeiten zu erforschen, die sich aus der Wechselbeziehung von Kriegführung und Volkswirtschaft ergeben, damit Partei- und Staatsführung den ökonomischen Bedürfnissen der Landesverteidigung in ihrer Wirtschaftspolitik allseitig Rechnung tragen können“.*

Ende der 1980er-Jahre verfestigte sich das Theoriegebäude der Militärökonomie, und 1989 war die Herausgabe eines Lehrbuches für Militärökonomie geplant, das von den Ökonomen der Hochschule für Ökonomie und der Militärakademie „Friedrich Engels“ gemeinsam erarbeitet wurde. Durch die Wende kam es allerdings nicht mehr dazu. Von den führenden Militärökonomien der Militärakademie „Friedrich Engels“ und von den Ökonomen der Hochschule für Ökonomie wurden, aufbauend auf den marxistisch-leninistischen Grundlagen sowie den Erkenntnissen der Forschung der UdSSR, drei große Komplexe von Forschungs- und Lehraufgaben abgeleitet.¹⁹⁾

1. Die Militärökonomie muss sowohl die Probleme der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung im Sozialismus als auch die kriegswirtschaftliche Vorbereitung von Aggressionshandlungen im Imperialismus analysieren. Der Begriff „Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung im Sozialismus“ umfasst:

- die ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung in der Friedenswirtschaft (dazu zählen sowohl Maßnahmen zur unmittelbaren Ausrüstung der sozialistischen Streitkräfte und zur Schaffung aller materiellen und finanziellen Mittel für die Verteidigung der sozialistischen Staaten als auch die materielle und organisatorische Vorbereitung des unmittelbaren Verteidigungszustandes);

- die Mobilisierungsperiode, jene Periode, in der die Umstellung der Volkswirtschaft auf die Kriegswirtschaft vorgenommen wird;

- die sozialistische Kriegswirtschaft.

2. Die Militärökonomie muss die ökonomischen Probleme der militärischen Führungs- und Leitungstätigkeit untersuchen. Hauptproblem ist dabei, wissenschaftlich begründete militärökonomische Methoden auszuarbeiten, mit denen der militärische Nutzeffekt der in den Streitkräften eingesetzten materiell-technischen und finanziellen Mittel analysiert und maximal erhöht werden kann.

3. Die Militärökonomie muss die im Bereich der verschiedenen Bindeglieder zwischen Ökonomie und Landesverteidigung auftretenden ökonomischen Probleme bearbeiten. Insbesondere fallen darunter der Aufbau und die Tätigkeit solcher Organe, die die mannigfaltigen Transmissionsaufgaben zwischen der Wirtschaft und dem militärischen Bereich zu realisieren haben (z.B. die gesamte Versorgungsführung aus der Wirtschaft zu den Streitkräften).

Aus den erwähnten Forschungs- und Lehraufgaben kann eine Definition abgeleitet werden, was die Wissenschaftler der DDR unter Militärökonomie verstanden haben:²⁰⁾ *„Die Militärökonomie erarbeitet die militärökonomische Politik des eigenen Landes,*

damit so auf der Grundlage der erkannten Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Sicherstellung des Krieges, der Kräfte des militärökonomischen Potenzials des eigenen Landes und der militärischen Kräfte des konkreten Gegners die militärisch und ökonomisch optimalen Methoden der ökonomischen Sicherstellung des bewaffneten Kampfes festgelegt werden.“ In Folge sollen einige der Kernthemen der sozialistischen Militärökonomie erläutert werden.

Die ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung (ÖSL)

Unter der ÖSL²¹⁾ verstand die Wissenschaft in der DDR die Gesamtheit der Prozesse und Abläufe in der sozialistischen Volkswirtschaft, welche auf die Deckung des militärischen Bedarfs sowie auf die Schaffung der dazu notwendigen Voraussetzungen in der Volkswirtschaft gerichtet ist. Die ÖSL ist ein unter bestimmten politischen Bedingungen (Notwendigkeit der militärischen Friedenssicherung oder Führung eines Krieges zur Abwehr einer militärischen Aggression) ablaufender und durch den sozialistischen Staat unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei planmäßig realisierter Prozess der Umwandlung ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Potenzen in materielle Voraussetzungen für eine solche militärische Stärke, wie sie die jeweilige militärpolitische Situation erfordert. Dieser spezielle Prozess wurde auch als militärökonomischer Prozess bezeichnet. Er ist ein Teil des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und umfasst die spezifische Gesamtheit von ökonomischen Tätigkeiten der Menschen bei der Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion von Gütern und Leistungen für militärische Zwecke. Die ÖSL hatte auch eine politische und ideologische Dimension, die als militärökonomische Politik bezeichnet wurde. Sie ist die Gesamtheit der auf die Wirtschaft gerichteten Maßnahmen und Methoden zur Verwirklichung jener Interessen der herrschenden Klasse und ihrer Verbündeten, die auf die Gewährleistung der Landesverteidigung gerichtet sind. Die militärökonomische Politik wurde somit zum speziellen Ausdruck der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und stellte die bewusste Verwirklichung der Einheit von Politik und Ökonomie dar. Als Hauptinstrument stand ihr die militärökonomische Planung zur Verfügung. Erich Honecker, der ehemalige Generalsekretär des Zentralkomitees und Staatsratsvorsitzende der DDR, fand am X. Parteitag der SED klare Worte zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung:²²⁾ *„Der Schutz der Errungenschaften des Sozialismus verlangt angesichts imperialistischer Hochrüstung größere Verteidigungsanstrengungen... Die Aufgaben zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung sind dem Gesetz über den Fünfjahresplan 1981 bis 1985 entsprechend den Erfordernissen zugrunde zu legen.“*

Im Bereich der ÖSL bildete die Verteidigungswirtschaft ein Schlüsselement. Darunter verstanden die Ökonomen jenen Bereich der ökonomischen Tätigkeit der Gesellschaft, in dem die Produktion, die Distribution, die Zirkulation und die produktive Konsumtion im Interesse der Landesverteidigung erfolgen. Ein wesentlicher Schwerpunkt bei der Vorbereitung der DDR auf den Kriegszustand bildete die Umstellung der Wirtschaft. Das zentrale Leitungsorgan für die Wirtschaft im Krieg bildete die Hauptabteilung I (Militär) der Staatlichen Plankommission, die gleichzeitig für die Mobilmachungsplanung zuständig war. Sie erstellte entsprechend den ökonomischen Kennziffern jährlich einen „B-Plan“ (B=Berechnung), der für alle Wirtschaftsbereiche technisch-wirtschaftliche Maßnahmen wie Prioritätensetzung,

Produktionsumstellungen, Umsetzung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften sowie Reservenbildungen für die „B-Produktion“ festlegte. Der Kern der Verteidigungswirtschaft ist die Verteidigungsindustrie. Trotz aller theoretischen Grundlagen war die Verteidigungsindustrie der DDR im Vergleich zu anderen Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe nur ein kleiner Teil der Gesamtindustrie. Dies lag u.a. vermutlich auch daran, dass die UdSSR ihre Führungsrolle bei der Ausstattung der Streitkräfte der NVA nicht aufgeben wollte. Wie die Ausrüstung der NVA zeigt, erhielt sie zu keinem Zeitpunkt ihres Bestehens modernste sowjetische Rüstungsgüter. Kurz nach der Wende wurde vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung München²³⁾ eine Untersuchung zur Rüstungskonversion veröffentlicht. Dieser Untersuchung zufolge betrug die Rüstungsproduktion der DDR rund 4,5% der gesamten industriellen Warenproduktion. Die Rüstungsindustrie der DDR bestand 1989 aus 74 Firmen, die gänzlich ohne ein Standbein für Zivilgüterfertigung nur Rüstungsgüter produzierten. In diesem Kernbereich der Rüstungsindustrie waren rund 41-44.000 Arbeitskräfte beschäftigt. Dazu kam noch eine gewisse Anzahl an Zulieferfirmen, sodass insgesamt etwa 130 Betriebe mit der Herstellung von militärischen Gütern befasst waren. Insgesamt betrug der Beschäftigtenstand, der mit der Produktion von militärischen Gütern befasst war, rund 130.000 DDR-Bürger. Mitte der 1980er-Jahre wurden z.B. aus der Industrie der DDR jährlich etwa 1.200 Kraftfahrzeuge, 650.000 Handgranaten, 31 Millionen Patronen, 230.000 Uniformjacken, 400.000 Paar Schuhe, 240.000 Liter Kraftstoff an die NVA geliefert. Zu der gleichen Zeit sind jedes Jahr 500 Großgeräte an Pioniertechnik, 300 Schützenpanzerwagen, 240 Panzer, 60 Jagdflugzeuge und Hubschrauber, 200 Flugzeug- und Hubschraubertriebwerke, 140 Geschütze und Geschößwerfer, 1.600 LKW und geländegängige PKW, 1.600 Elektroaggregate instandgesetzt worden. Das Gesamtvolumen der Produktion in den Rüstungsbetrieben betrug 1989 insgesamt 3,7 Mrd. Mark, davon wurde Wehrtechnik im Ausmaß von rund 1,4 Mrd. Mark exportiert. Hauptabnehmer war die Sowjetunion. Es gab aber auch Exporte an afrikanische Länder und Kuba und Reparaturleistungen der Militärluftfahrtindustrie beim VEB Flugzeugwerft Dresden, beispielsweise für den Iran und für den Irak.

Der wichtigste Rüstungsbetrieb im Bereich der Hochtechnologie war der VEB Kombinat Spezialtechnik Dresden, das Zentrum der Mikroelektronik der DDR und das Herzstück der Mikroelektronik-Forschung der DDR.

Die Rüstungsindustrie der DDR produzierte zwar keine Waffensysteme; sie war aber für die Rüstungsindustrien der Bruderländer des WAPA von entscheidender Bedeutung, da nur sie die hochwertigen Maschinen und Werkzeuge herstellen konnte, die die Rüstungsbetriebe der Ostblockstaaten dringend benötigten, die aber aufgrund der NATO-Sicherheitsbestimmungen von westlichen Industriestaaten nicht in den Raum des WAPA geliefert werden durften.

Ein wichtiges Kapitel der Rüstungsindustrie der DDR im weitesten Sinn war der Abbau von Uran, der die DDR zum drittgrößten Uranproduzenten der Welt machte.²⁴⁾ Zum Abbau wurde die Wismut AG gegründet, die bis zur Wende im Erzgebirge, in Thüringen und im Vogtland, Uran abgebaut hatte. Bereits Ende der 1940er-Jahre waren rund 200.000 Beschäftigte mit dem Uranabbau beschäftigt. Da extremer Raubbau betrieben wurde, mussten seit der Wende rund 1.500 km² radioaktiv verstrahltes Gelände saniert werden. Die dabei angefallenen Sanierungskosten wurden mit 700 Mio. EUR geschätzt.

Militärökonomie als Bindeglied zwischen Ökonomie und Landesverteidigung

Die Organisation der Landesverteidigung nach militärökonomischen Grundsätzen war auch im Lichte der Wirtschaftsentwicklung der DDR von größerer Bedeutung. Obwohl die DDR Anfang der 1970er-Jahre für kurze Zeit das zehntgrößte Industrieland war, waren in einigen Bereichen fast immer Konsumgüter knapp.²⁵⁾ Die im Vergleich zu Marktwirtschaften geringere Arbeitsproduktivität und höheren Produktionskosten erforderten Maßnahmen, um die knappen Güter für die einzelnen Aufgaben des Staates effektiv und effizient einzusetzen. Mit den wissenschaftlichen Methoden der Militärökonomie wurde damit ein System geschaffen, mit dem die politische Führung den Streitkräften die erforderlichen Mittel zuteilen und die militärische Führung diese zugewiesenen Mittel rational mit höchstem Wirkungsgrad einsetzen konnten.

Es oblag auch der Militärökonomie, die Arbeit des Soldaten zu bewerten.²⁶⁾ Die militärische Tätigkeit wurde als eine historisch vergängliche Kategorie und nur so lange notwendig angesehen, wie die sozialistischen Staaten durch die aggressive Politik des Imperialismus dazu gezwungen würden. Da die militärische Tätigkeit kein materielles Produkt schafft und somit auch kein Mehrprodukt, ist sie eindeutig der nichtproduktiven Arbeit zugeordnet. Diese Art nichtproduktive Arbeit wurde aber nicht negativ, sondern als eine besondere Form gesellschaftlich nützlicher, nichtproduktiver Arbeit angesehen. Es wurde damit auch die Zuteilung eines Teiles der volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren für militärische Zwecke zu rechtfertigen versucht.

Militärökonomische Begründungen von Führungsentscheidungen

Dem politischen und militärischen Führungskader der DDR kam ab Anfang der 1980er-Jahre immer mehr zu Bewusstsein, dass eine hohe Qualität der militärischen Tätigkeit und ein größtmöglicher Zuwachs an Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft nur noch dann zu gewährleisten sein werden, wenn auch die ökonomischen und militärökonomischen Sachverhalte in der Truppenpraxis voll bewältigt werden. Der ehemalige Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, forderte,²⁷⁾ „...bei der Entscheidungsvorbereitung, Festlegung und Durchführung militärischer Aufgaben... durch exakte Berechnung des Aufwandes und die allseitige Prüfung des Verhältnisses von Aufwand und Nutzen die militärisch und ökonomisch günstigste Variante durchzusetzen.“ Ein weiterer Impuls kam auch von der sowjetischen Militärliteratur, in der damals die Frage nach der Einbeziehung ökonomischer Belange in die Begründung militärischer Entschlüsse aufgeworfen und diskutiert wurde. So schrieb beispielsweise der sowjetische Militärwissenschaftler W. Sawkin,²⁸⁾ dass die umfangreichen finanziellen Ausgaben für die Ausrüstung der Streitkräfte und für die Führung von militärischen Handlungen das Problem aufwerfen würden, die ökonomische Effektivität als Kriterium sowohl bei der Erarbeitung von Entschlüssen für das Gefecht als auch bei der Bewertung ihrer Resultate zu berücksichtigen. Die Militärökonomien der NVA entwickelten ein militärökonomisches Analysesystem, das als wichtiges Instrument Normen und Kennziffern beinhaltete.²⁹⁾ Als Richtwerte bzw. Verbindlichkeiten gaben sie den Einsatz, die Verteilung, die Ausnutzung und den Verbrauch von materiellen, personellen

und finanziellen Ressourcen konkret vor. Letztendlich wurde damit erreicht, dass durch die Berücksichtigung ökonomischer und militärökonomischer Erfordernisse die militärische Führung höher qualifiziert wurde und die sozialistischen Streitkräfte an Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft gewannen.

Die Bedeutung der Militärökonomie für die Erziehung und Ausbildung von Militärkadern - Militärökonomisch denken und handeln

Der ehemalige Chef der politischen Hauptverwaltung der NVA, Generaloberst Heinz Keßler, betonte,³⁰⁾ „...dass kluges militärökonomisches Handeln zunächst richtiges politisches Denken voraussetzt.“ Stabile und dauerhafte militärökonomische Denk- und Verhaltensweisen der Armeeinghörigen und Zivilbediensteten konnten sich demnach nur dann entwickeln, wenn sie auch politisch motiviert wurden. Deshalb wurde die Erziehung zum militärökonomischen Denken und Handeln auch integraler Bestandteil der Festigung sozialistischer Grundüberzeugungen und fester Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit. Ein besonderer Stellenwert kam dabei der militärökonomischen Propaganda zu. Im Mittelpunkt stand die Erläuterung der Wirtschaftsstrategie der SED bei der weiteren Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sowie der Konsequenzen, die sich daraus für die Gewährleistung des zuverlässigen Schutzes des Sozialismus ergeben.

Aus den Erfordernissen der in der militärischen Tätigkeit wirkenden ökonomischen Gesetze und militärökonomischen Gesetzmäßigkeiten ergaben sich als primäre Ausbildungsziele die möglichst vollständige Ausnutzung der technischen Parameter der modernen Waffensysteme im Prozess der Gefechtsausbildung, der sparsamste Umgang mit allen Verbrauchsmaterialien, die vollständige und dem Qualitätsniveau der Armeeinghörigen und Zivilbediensteten entsprechende Nutzung der Arbeitskraft und die rationelle Verwendung der finanziellen Mittel. Der Ausbildungsstand in Bezug auf militärökonomische Kenntnisse wurde durch eine weitgehend differenzierte, auf die Belange der jeweiligen Führungsebene gerichtete militärökonomische Aufgabenstellung zumeist im Wettbewerb festgestellt.

Folgerungen und Lehren

Wie die Geschichte am Beispiel der DDR gezeigt hat, passen die Spielregeln der freien Marktwirtschaft viel besser zur industriellen Massenproduktion und ermöglichen eine weitaus bessere Entfaltung der Produktivkräfte als die Regeln der zentral gelenkten Planwirtschaft. Das Scheitern der zentral gelenkten Planwirtschaften basiert auf einem unrealistischen Menschenbild und auf der unrealistischen Vorstellung von den Planungs- und Lenkungsmöglichkeiten in Industriegesellschaften. Eine Volkswirtschaft in der Größe der ehemaligen DDR vollständig und wirksam zu planen erscheint nahezu unmöglich. In Abwandlung des Ausspruchs des früheren britischen Premierministers Winston Churchill „Die perfekte Staatsform gibt es nirgendwo auf der Welt, aber trotz aller anderen Staatsformen, die bisher ausprobiert wurden, und trotz aller Mängel, die auch der Demokratie anhaften, gibt es bis heute keine Staatsform, die besser geeignet ist, das Zusammenleben der Menschen zu regeln als die Demokratie“ kann auch für die Wirtschaftsordnungen der Gegenwart gelten, dass es nirgendwo auf der Welt eine perfekte Wirtschaftsordnung

gibt, jedoch gibt es bis heute keine Wirtschaftsordnung, die besser geeignet ist, einen stetig steigenden Wohlstand und die möglichst freie Entfaltung im Berufsleben der Menschen zu gewährleisten als die soziale Marktwirtschaft.

Die Militärökonomie in der DDR war durch einen scharfen Dualismus zwischen dem Sozialismus und dem weiter existierenden Kapitalismus im Westen geprägt. Eine v.a. ideologisch determinierte Blockkonfrontation bestimmte das militärökonomische Denken bis zur Wende hinein. Das brachte naturgemäß mehr Gegensätzliches als Gemeinsames hervor. Etwas Einigendes über beide Gesellschaftssysteme hinweg scheint der auf beiden Seiten bis heute geführte Kampf gegen die immer noch nicht überwundene Unterschätzung des Ökonomischen im Militärwesen zu sein, die von Nichtkenntnis bis Ignoranz reicht. Die Militärökonomie in der DDR war ein wichtiger Garant für die Einsatzbereitschaft der NVA, da durch die möglichst exakte Anwendung der wissenschaftlichen Methoden der sozialistischen Militärökonomie versucht wurde, die Knappheit der verfügbaren Ressourcen für die militärische Landesverteidigung zu kompensieren und damit einen hohen Klarstand des Personals und aller Waffensysteme sicherzustellen.

Der Kalte Krieg gehört der Vergangenheit an, und die Blockkonfrontation ist damit auch in Europa weggefallen. Europa wurde zu einem Friedensprojekt, das im Laufe des letzten Jahrzehnts Stück für Stück Gestalt angenommen hat. Wissenschaftliches Denken über die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Streitkräften steht somit vor neuen Herausforderungen, wenn es die militärische und die ökonomische Komponente der europäischen Friedensordnung unterstützen will. Die Militärökonomie des Kalten Krieges gehört der Vergangenheit an, eine neue Militärökonomie verlangt ein Denken ohne Feindbilder. Die zukünftige Rolle der Militärökonomie muss sich daher von einer Ökonomie der Kriegführung über eine Ökonomie der Kriegsverhinderung hin zu einer Ökonomie der Friedensbewahrung entwickeln.

ANMERKUNGEN:

- 1) Der Abschnitt „Die Wirtschaft der DDR - Ein Überblick“ basiert auf den Untersuchungen von Roesler J.: Die Wirtschaft der DDR, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2002 und Reinhold O. & Stiermling K.-H.: Politische Ökonomie, Dietz Verlag, Berlin 1983.
- 2) <http://www.dhm.de/lemo/html/WegInDieGegenwart/FolgenDerDeutschenEinheit/truehandanstalt.html>.
- 3) Vgl. Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung (http://www.bpb.de/themen/N1XDRO,0,0,17_Juni_1953.html).
- 4) www.mdr.de/damals-in-der-ddr/lexikon/1648638-hintergrund-1644964.htm.
- 5) Eine ausführliche Darstellung der Vorgänge unmittelbar vor der Wende gibt Hertle H.-H., u.a., in: Vom Ende der DDR-Wirtschaft zum Neubeginn in den ostdeutschen Bundesländern, Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1998, S.13ff.
- 6) Vgl. Roesler, a.a. O., und Henke H. u.a.: Warum scheiterte die DDR? - Eine wirtschaftliche Analyse der Uni Frankfurt auf www.wiwi.uni-frankfurt.de/Professoren/ritter/veranst/SS97/wipol/projekt/pro.31.htm.
- 7) Umfangreiches statistisches Zahlenmaterial zur Volkswirtschaft der DDR findet sich im Autorenkollektiv der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leischner“: Volkswirtschaftliche Proportionen, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1979 (Wichtigste Wirtschaftsdaten S.165), dennoch ist es schwierig, zu Daten über die Entlohnung der Bediensteten im Sicherheits- und Militärapparat der DDR zu gelangen. In der Inauguraldissertation „Die Nationale Volksarmee der DDR zwischen Wende und Auflösung - Der Untergang der NVA im Lichte des Zusammenbruchs der DDR“, vorgelegt von Ove Ovens an der Universität Regensburg, schreibt der Autor auf S.218: Laut Angaben eines ehemaligen NVA-Divisionskommandanten verdiente ein Kompaniechef vor der Wende ca. 1.500 Mark, ein Regimentskommandeur ca. 2.100 Mark netto, Generäle zwischen 3.000 und 6.000 Mark. Der Durchschnittslohn in der DDR betrug gemäß dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1987 (Staatsverlag der DDR, Berlin 1987, S.129) im Jahre 1986 1.179 Mark. Eine weitere verlässliche Datenquelle ist die Homepage der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, besonders

der Bereich Kurzinformationen zum MfS/Etat (<http://www.bstu.bund.de>) und die Homepage der Stiftung der Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen (www.stiftung-hsh.de). Des Weiteren siehe hierzu im Detail Diedrich T., Ehlert H. und Wenzke R.: Die bewaffneten Organe der DDR im System von Partei, Staat und Landesverteidigung - Ein Überblick. In: Diedrich T., Ehlert H. und Wenzke R.: Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Weltbild, Augsburg 1998.

- 8) Das Beispiel mit „Erichs Krönung“ wurde dem Lexikon „Wirtschaft der DDR“ entnommen, siehe auch <http://www.mdr.de/damals-in-der-ddr/lexikon/1601736.html>.
- 9) Einen guten Überblick über die Geschichte der NVA bis Mitte der 1980er-Jahre bietet das Standardwerk: Autorenkollektiv: ArmeefürFriedenundSozialismus-Geschichte der Nationalen Volksarmee, Militärverlag der DDR, Berlin 1985.
- 10) Ebenda, S.158.
- 11) Ebenda.
- 12) Ebenda, S.693.
- 13) S. Schönherr, D. Schulze, P. Gerolds, H. Fiedler, H. Österreich.
- 14) F. Wiener: Fremde Heere - Die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten, 8. Auflage, Verlag Herold, Wien 1990, S.255, S.270, S.273, S.278; sowie The Military Balance 1987/88.
- 15) Die wesentlichen Forschungsergebnisse der Militärökonomien der DDR/NVA finden sich in den Büchern: Autorenkollektiv: Probleme der Militärökonomie, Deutscher Militärverlag, Berlin 1967, S.7ff. Autorenkollektiv: Beiträge zur Militärökonomie, Militärverlag der DDR, Berlin 1976, S.11ff. Das Autorenkollektiv setzte sich zusammen aus: H. Einhorn, S. Schönherr, W. Hiepe, G. Urbani, A. Preuß, H. Fiedler, J. Weißleder, G. Peter, R. Kieser, K. Lehmann, H. Österreich.
- 16) H. Einhorn, H. Roloff: Warschauer Vertrag und sozialistische Militärökonomie. In: Militärwesen 4/81.
- 17) H. Fiedler, S. Schönherr, H. Österreich: Die wachsende Bedeutung der Militärökonomie für die Erziehung und Ausbildung von Militärkadern. In: Militärwesen 11/79, S.62.
- 18) Autorenkollektiv: Probleme der Militärökonomie, Deutscher Militärverlag, Berlin 1967, S.6.
- 19) Ebenda, S.12.
- 20) Ebenda, S.9.
- 21) S. Schönherr: Zur Theorie der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung (I). In: Militärwesen 11/81, S.32ff, sowie S. Schönherr: Zur Theorie der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung (II). In: Militärwesen 11/81, S.15-22.
- 22) Ebenda, S.16.
- 23) S. Schönherr: Militärökonomie, Ges. für Militärökonomie, Dachau 2002, S.211.
- 24) www.mdr.de/nah_dran/1365020-hintergrund-1362545.html.
- 25) http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Demokratische_Republik#Wirtschaft.
- 26) Autorenkollektiv: Beiträge zur Militärökonomie, Militärverlag der DDR, Berlin 1976, S.235ff.
- 27) S. Schönherr, D. Schulze, P. Gerolds: Militärökonomisch denken und handeln. In: Militärwesen 8/82, S.38.
- 28) D. Schulze: Militärökonomische Begründungen von Führungsentscheidungen. In: Militärwesen 6/83, S.31.
- 29) S. Schönherr, D. Schulze, P. Gerolds: Militärökonomisch denken und handeln. In: Militärwesen 8/82, S.37.
- 30) Ebenda.



Dr. Harald Pöcher

Geb. 1956; Brigadier; 1975 bis 1978 Theresianische Militärakademie; 1978 bis 1982 Ausbildungsoffizier und Lehrzugkommandant an der Militärakademie; 1982 bis 1990 Sanitätsschule; 1982 bis 1990 Studium der Volkswirtschaft, anschließend Militärkommando Burgenland; seit 1996 Bundesministerium für Landesverteidigung, zur Zeit Leiter der Revisionsabteilung B; Leiter des Sachgebietes Wirtschaft der Bundesheerreformkommission 2010; 2008 Habilitation an der Zrinyi Miklós Universität in Budapest.

„In deinem Lager ist Österreich. Wir anderen sind einzelne Trümmer“

Militärhistorische Anmerkungen zu Radetzky¹⁾ (Teil 2)

Eberhard Birk

„Denn solange ein Oesterreich besteht, wird man auch einen Radetzky feiern.“²⁾

Das „Epochenjahr 1848“³⁾ sah im Rahmen einer gesamteuropäischen Erhebung das Aufeinanderprallen zweier diametral entgegengesetzter politischer Ordnungsvorstellungen: dynastische Interessen gegen ein Konglomerat sozialer, liberaler, demokratischer und nationaler Bestrebungen. Zum europäischen Völkerfrühling 1848 führte eine kumulativ wirkende Verschränkung von im Wesentlichen vier Entwicklungslinien: periodisch auftretende bäuerliche Protestbewegungen in einem trotz beginnender kontinentaleuropäischer Industrialisierung weiterhin vornehmlich agrarisch-feudal geprägten Europa, die auf die Einlösung des in der Wiener Schlussakte niedergelegten Konstitutionsversprechen zielende bürgerliche Verfassungsbewegung zur Ermöglichung politischer Partizipation für ein wirtschaftlichen Wohlstand erarbeitendes Bürgertum und die auf die sozialen Verwerfungen der beginnenden Industrialisierung verweisenden sozialistisch-kommunistischen Tendenzen sowie die nationalrevolutionären Bestrebungen, die die Nation als konstitutives Element der Staatsbildung in den Fokus stellten.⁴⁾

Rahmenbedingungen und Verlauf des Revolutions- und Kriegsjahres von 1848/49

Von diesem politischen und sozialen Sprengstoff mussten insbesondere der Deutsche Bund, noch sehr viel stärker indes das Kaisertum Österreich als dynastische übernationale Ordnungsmacht im Zentrum Europas betroffen sein. Die beiden europäischen Flügelmächte des 19. Jahrhunderts, Großbritannien und das Russische Reich, wurden hierbei von den sozialen Implikationen der Revolution kaum berührt: Großbritannien war bereits zu „modern“ und vom Ärmelkanal geschützt, Russland zu rückständig und geografisch zu weit von den „Brandherden“ entfernt. Auch Frankreich würde als Monarchie oder Republik - mit oder ohne soziale Revolution - immer, anders als Österreich, das ungeteilte und unteilbare Frankreich bleiben. In den Zentren der Pentarchie (London, St. Petersburg, Paris, Berlin und Wien) stand die Kontrolle und Niederwerfung der (macht-)politischen Auswirkungen im Fokus des Interesses, denn die Frage der Organisation der europäischen Mitte war stets die Frage nach der machtpolitischen Balance und Stabilität Europas. Geriet das europäische Zentrum in Bewegung, war es um die europäische „Balance of Power“⁵⁾ geschehen.

Das Kaisertum Österreich nahm deshalb seit dem Wiener Kongress bei einer übernational-territorialen Ausdehnung von der norditalienischen Ebene bis Galizien als Garant einer stabilen europäischen Ordnung die Schlüsselrolle für alle machtpoli-

tischen Erwägungen ein: Es sollte französischen Ambitionen in Westeuropa und Norditalien Einhalt gebieten, durch die Aufrechterhaltung des Status quo im Deutschen Bund sowohl expansiven „großdeutschen“ als auch genuin preußischen Zielsetzungen begegnen sowie den Einfluss des Russischen Reiches auf dem „Balkan“ minimieren.⁶⁾

Eine sprichwörtlich nationale, liberale oder demokratische Verfasstheit wäre hierfür eine *Contradictio in adjecto* gewesen. Die neo-absolutistische Kabinettpolitik Metternichs war die Voraussetzung für ein funktionierendes „europäisches Konzert“. Nur durch repressive Maßnahmen konnte diesem Kräfte verschleißenden Unterfangen mittelfristig Aussicht auf Erfolg gegeben sein - ein Spiel gegen die Zeit, zumal die anderen europäischen Mächte je nach ihren eigenen Interessen Österreich Unterstützung zukommen lassen oder eben verweigern konnten. Das in historischer Perspektive zu konstatierende gewaltige Stehvermögen des Kaiserreiches hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass Österreich, wenngleich als Konglomerat von „Trümmern“, als unverzichtbare mitteleuropäische Ordnungsmacht, nicht als „Gefängniswärter“, galt⁷⁾ - auch wusste niemand, was an seine Stelle treten sollte.

Ein diplomatisches und militärisches *showing of force* war an den notorisch nach Unabhängigkeit verlangenden Peripherien eines Reiches, das - vom Zentrum aus betrachtet - fast nur aus Peripherien bestand, geradezu Staatsraison. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungskraft Österreichs, die bereits durch die antinapoleonischen Kriege und trotz beginnender Industrialisierung in Böhmen, den Alpenländern und um Wien zerrüttet war, hielt mit den machtpolitischen Ambitionen resp. Aufgaben in keiner Weise Schritt.⁸⁾ Der spätestens seit dem Vormärz⁹⁾ beginnende vorrevolutionäre Gärungsprozess begann Österreich an seinen „inneren“ und „äußeren“ Fronten massiv herauszufordern.

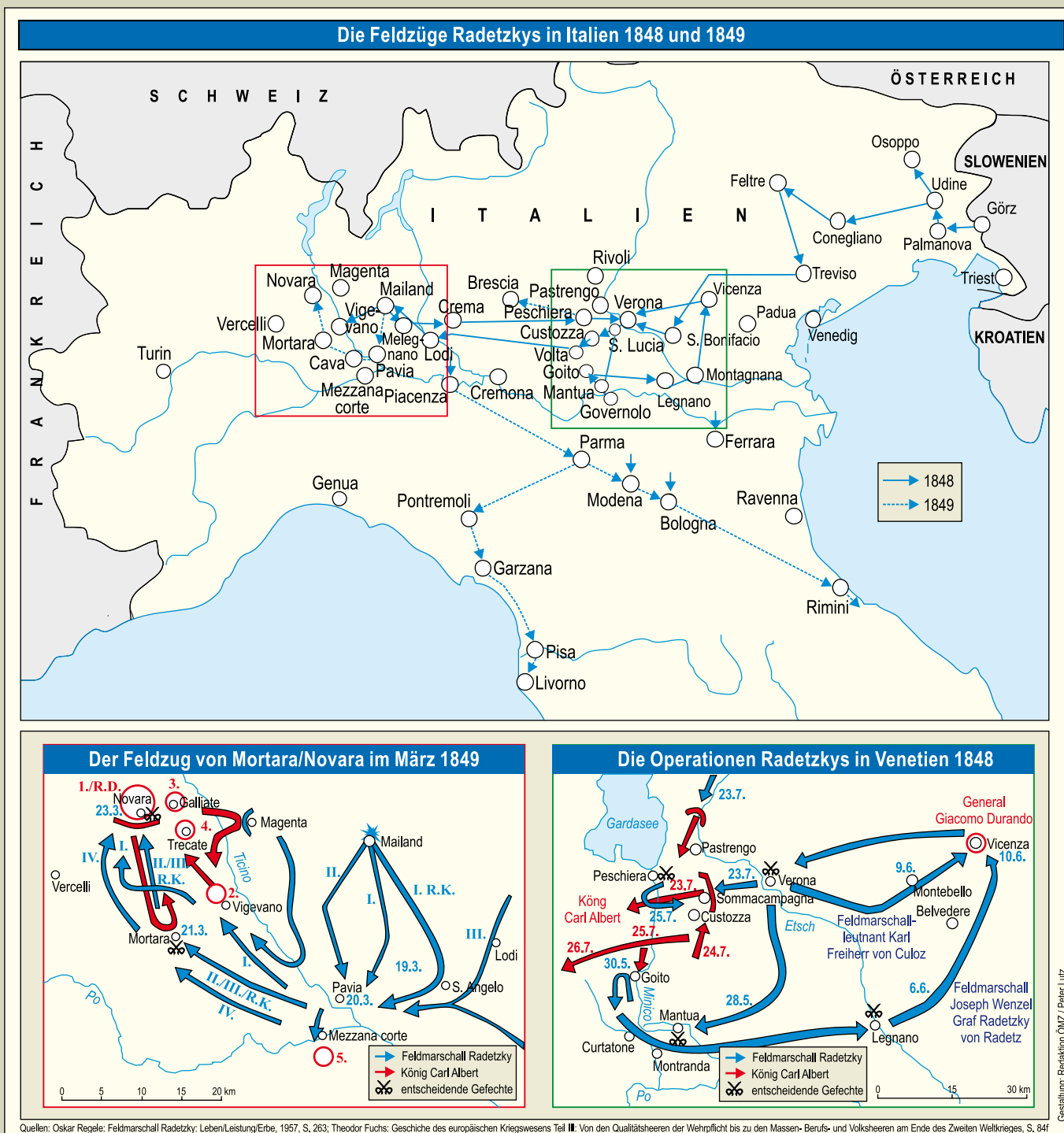
Die Revolution in Italien hatte vielschichtige und weit zurückreichende Ursachen.¹⁰⁾ Ihre Komplexität wurde - vergleichbar den Lösungsversuchen der „deutschen Frage“ mit ihrer kleindeutschen, großdeutschen und mitteleuropäisch-großösterreichischen Option - durch diverse Ansätze zur Erringung der nationalstaatlichen italienischen Einheit im Zuge des *Risorgimento*-Prozesses verstärkt, die inneritalienische, dynastische sowie französische und natürlich österreichische Interessen betrafen. (Ober-)Italien war jedoch nicht der einzige Brandherd. Die Donaumonarchie hatte mit Böhmen, Ungarn und der Hauptstadt Wien weitere „Kriegstheater“ mit unterschiedlichsten Herausforderungen zu bewältigen.¹¹⁾ Der im Zentrum der Betrachtung stehende italienische Schauplatz war indes mit einer doppelten Schwierigkeit verbunden, da es gleichzeitig, und dies mit unterlegenen Kräften, galt, einem inneren Aufstand

sowie einem äußeren Angriff zu widerstehen. Das lombardo-venezianische Königreich erwies sich für Österreich geradezu als strategische Achillesferse. Es war die wohlhabendste Provinz des Reiches, sie bot einen Zugang zum Mittelmeer und es war die „direkte Landverbindung zu den habsburgischen Sekundo- und Tertiogenituren Toskana und Modena, was für deren militärische Sicherung selbstverständlich von größtem Vorteil war.“¹²⁾

Auch auf der italienischen Halbinsel war der Eingang der Meldung von der Demission Metternichs der Auslöser für vielfältige lokale und regionale Aufstände. Am 18. März begann der Aufstand in Mailand.¹³⁾ Obwohl Radetzky in der Mailänder Garnison über ca. 14.000 Mann meist nicht-italienischer Herkunft verfügte, waren seine Truppen in „le cinque giornate di Milano“ dem Orts-, Häuser und Barrikadenkampf insbesondere logisti-

scher Probleme wegen nur bedingt gewachsen, weshalb er seine Truppen, militärischer Zweckmäßigkeit folgend, zurücknahm. Die Schuld für seinen Rückzug sah er bei seiner Regierung, die ihm im Vorfeld keine ausreichende Unterstützung zukommen ließ: „Ein Trost bleibt mir; Wien, nicht Mailand, hat mich besiegt. Ich war Sieger bis zum letzten Augenblicke auf allen Punkten, hätte ich noch einige Tage Lebensmittel gehabt, um ausharren zu können, so wäre Mailand in meiner Hand gewesen und mit ihm die ganze Revolution zerfallen.“¹⁴⁾ Erst nach dem Abzug Radetzky's, am 23. März, erfolgte die Kriegserklärung durch König Carl Albert von Piemont-Sardinien an Österreich.¹⁵⁾

Radetzky nahm seine Kräfte, „ohne die geringste demoralisierende Wirkung auf seine Truppen“¹⁶⁾ auch in der Hoffnung auf Verstärkung auf das Festungsviereck (Mantua als die im



Quellen: Oskar Regale: Feldmarschall Radetzky: Leben/Leistung/Erbe, 1957, S. 263; Theodor Fuchs: Geschichte des europäischen Kriegswesens Teil II. Von den Qualitätsheeren der Wehrpflicht bis zu den Massen-Berufs- und Volkshereen am Ende des Zweiten Weltkrieges, S. 84

Vormärz am stärksten ausgebaute Festung Europas und Peschiera am Mincio, Verona und Legnano an der Etsch) zurück. Eintreffende Truppenverstärkungen verliehen neue Zuversicht.¹⁷⁾ Die Schlacht bei Santa Lucia nahe Verona am 6. Mai 1848 galt als wichtiger Abwehrerfolg, der einen Kulminationspunkt darstellte. Im Juni ergriff Radetzky die Initiative und ging zur Gegenoffensive über. Der Sieg bei Vicenza am 11. Juni hatte zur Folge, dass fast ganz Venetien von seinen Truppen kontrolliert wurde. Die Lagunenstadt Venedig hielt sich, abgeschnitten vom Hinterland und ohne finanzielle Unterstützung durch andere italienische Staaten sowie trotz einer Choleraepidemie mit ca. 3.000 Toten bis zum 22. August 1849 gegen die österreichischen Belagerungstruppen,¹⁸⁾ nachdem der Sieg Radetzky's bei Novara am 23. März 1849 die letzten Hoffnungen schwinden ließ.¹⁹⁾ Bereits der erste größere militärische Erfolg Radetzky's bei Vicenza wurde zum militärischen, politischen und psychologischen Katalysator der „Wende“: Wenige Tage nach diesem Erfolg - am 16. Juni - bezwang Windischgrätz die Aufständischen in Prag, was zur Folge hatte, dass die Führung der nationalen Bewegung in Böhmen an den konservativen Hochadel überging.²⁰⁾

Den entscheidenden Sieg errang Radetzky mit seinen Truppen am 25. Juli 1848 bei Custoza südlich des Gardasees über die piemontesische Armee. Dieser Waffenerfolg „befestigte von neuem die österreichische Herrschaft in der Lombardei“.²¹⁾ Carl Albert wurde mit seinen verbleibenden Truppen und vielen lombardischen Freiwilligen nach Piemont abgedrängt. Die Enttäuschung über Niederlage und Rückzug des Königs ließ den Eindruck entstehen, er überließe die Lombardei ihrem Schicksal.²²⁾ Am 6. August erfolgte der triumphale Einmarsch in das im März noch so verzweifelt umkämpfte und von Radetzky verlassene Mailand.

Als am 25. Juli 1848 im Reichstag der Antrag gestellt wurde, die Volksvertretung solle erklären, dass „die Armee in Italien und Tirol sich um die Ehre des Vaterlandes verdient gemacht habe“, wurde dies von der Linken im Hause mit der Begründung abgelehnt, „die Regierung könnte, durch die in Italien bewährte Überlegenheit der kaiserlichen Waffen ermutigt, einen reaktionären Weg einschlagen und alle Neuerungen abholden Kreise am Hofe würden die Armee, ein willenloses Werkzeug in ihren Händen, wie gegen die italienischen Aufständischen nunmehr auch gegen die Freiheitsbewegung in den deutsch-böhmischen Kronländern einsetzen.“²³⁾

Auch die Eröffnung des dann gescheiterten Feldzuges gegen die Revolution in Ungarn durch die Truppen des „Banus“ Josef von Jellacic im September 1848 war ein Zeichen dafür, dass der „österreichische Reichskoloss, der im April in ein Dutzend Stücke [zu] zerfallen schien (...) im Sommer die alte Form sichtlich zurückzugewinnen“²⁴⁾ begann. Der Kaiserstaat Österreich wurde durch militärische Erfolge von der Peripherie aus gerettet. Aufgrund der weitgehenden Wiederherstellung monarchischer Souveränität in den Reichsteilen war es der Armee auch möglich, die zweite Welle der Revolution in Wien - getragen durch „eine radikale Intelligenz und zum Teil schon durch proletarische Massen“²⁵⁾ - durch die ca. 70.000 Mann zählenden Truppen Windischgrätz' und Jellacic' gegen Aufständische und die heranziehende ungarische Armee Ende Oktober 1848 niederzuschlagen.

Ende des Jahres 1848 hatte sich die Gesamtlage des Kaiserstaates restabliert. Eine „deutsche Frage“ gab es nicht mehr, vielmehr ließ der Staatskanzler Fürst Felix zu Schwarzenberg mit seiner „Kremsierer Erklärung“ vom 27. November 1848

gar verlauten: „Österreichs Fortbestand ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfnis.“²⁶⁾ Dies lag auch im Interesse der britischen Gleichgewichtspolitik; selbst wenn Lord Palmerston ein oberitalienisches Königreich Sardinien unter Einschluss der Lombardei und Venetiens als Puffer zwischen österreichischen und französischen Interessen präferierte, so hob auch er die strategische Bedeutung der Donaumonarchie hervor: „The maintenance of the Austrian Empire is an object of general interest to all Europe.“²⁷⁾ Diese der französischen Italienpolitik entgegenstehende Position schuf eine Patt-Situation zwischen den beiden Westmächten, die Österreich die Option eröffnete, den eigenen Großmachtstatus erfolgreich demonstrieren zu können.

Dennoch: Die „Winterpause“ hatte die Revolution nur vorübergehend „eingefroren“. In Ungarn und Oberitalien war die Lage weder ruhig noch stabil. Insbesondere Carl Albert sah sich unter Zugzwang - innenpolitisch galt es, um nationalrevolutionäre anti-monarchische Kräfte zu paralysieren, erneut eine dynastisch geprägte nationale Führungsrolle zu dokumentieren, außenpolitisch schien die Bindung österreichischer Streitkräfte in Ungarn nach dem weitgehend erfolglos verlaufenden Winterfeldzug 1848/49 Chancen für einen schnellen militärischen Erfolg zu bieten. Bereits im Herbst 1848 wurden hierfür erneut große Rüstungsanstrengungen unternommen. Im Frühjahr 1849 standen 150.000 Mann unter dem Kommando des polnischen Generals Albert Chrzanowski für einen neuen Feldzug bereit, denen Radetzky lediglich 73.000 Mann entgegensetzen konnte.²⁸⁾

Im März 1849 nahm Carl Albert den „populären Krieg gegen Österreich“²⁹⁾ erneut auf. Aber auch Radetzky blieb nicht untätig; für ihn war evident, „dass Piemont uns wieder angreift, ich bin (...) auf alles gefasst.“³⁰⁾ Seine Vorbereitungen ließen ihn für das Frühjahr auf einen kurzen Feldzug hoffen. Am 23. März kam es bei Novara tatsächlich zur schnellen, katastrophalen Niederlage Carl Alberts gegen Radetzky's Truppen. Damit war „auch schon die Entscheidung gefallen, der Gegner nach 100 Stunden schwer geschlagen und friedensbereit gemacht - ein Vorgang, der in der Kriegsgeschichte wohl beispielloos dasteht“³¹⁾ wofür auch schon ein cäsarisches „veni, vidi, vici“ als Vergleichshorizont vorgeschlagen wurde.³²⁾

Komplizierter indes wurde die Lage in Ungarn. Die revolutionäre Politik von Lajos Kossuth und der unverhohlene Machtanspruch auf Gebiete der Habsburgermonarchie in Form eines integralen Nationalismus, der ethnische Minderheiten der ungarischen Herrschaft unterstellen sollte, stellte spätestens am 14. April 1849 - kurz zuvor erklärte Fürst Schwarzenberg im März Österreich durch die oktroyierte Verfassung zur unteilbaren und unauf löslichen Erbmonarchie - durch die Ausrufung der Republik das internationale Staatensystem vor eine Herausforderung. Es gelang den österreichischen Truppen erst durch die massive militärische Unterstützung von ca. 360.000 russischen Streitkräften unter der Führung von Fürst Paskiewitsch, nach der ungarischen Kapitulation bei Világos am 13. August 1849 der ungarischen Sezessionsbestrebungen Herr zu werden.

Die Losung Franz Josefs zum „heiligen Kampf gegen Anarchie“ traf sich mit der Überzeugung des russischen Zaren Nikolaus I., dass sein Reich das Bollwerk gegen die Revolution sei - er befürchtete ein Überschwappen revolutionären Gedankengutes auf den russischen Teil Polens nicht zuletzt der fast 5.000 polnischen Offiziere wegen, die in der ungarischen *Honved* kämpften.³³⁾ Das gegen die ungarische national-liberale Staatsbildungsbestrebung gerichtete alte monarchische Prinzip

der „Solidarität“ „*erstickte dieses leuchtende Fanal der europäischen Freiheitsbewegungen des Jahres 1848 gnadenlos.*“³⁴⁾ Die kaiserliche Donaumonarchie war restituiert. Sie hatte vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen ihren Handlungsspielraum durch die einzig verbliebene Option - den erfolgreichen Einsatz der Armee - genutzt.

Radetzky als Stratege und Feldherr im italienischen Krieg

Militärische Prinzipien und politische Dimensionen

Für die Bewertung des militärischen Führens eines Feldmarschalls ist es notwendig, den Blick von den genuin militärischen Anordnungen auch auf die politischen Implikationen militärischen Handelns bzw. die Abhängigkeit der militärischen Planung von den politischen Rahmenbedingungen zu lenken. Für den Bereich der politischen wie auch militärischen Strategie gilt Radetzky's Maxime: „*Man soll nicht wagen, solange man ohne Wagnis ausreichen kann, wenn man aber wagen muß, dann soll man seinen Entschluß rasch fassen und kühn durchführen.*“³⁵⁾ Diese einfache Grundtatsache wird jedoch mit einem militärischen Arkanum umrankt: „*Der Krieg ist offenbar eine Kunst und keine Wissenschaft, eine Kunst, bei welcher das Sublime wie bei allen Künsten nicht gelehrt werden kann.*“ Der erfolgreiche Feldherr benötige daher „*natürlichen Verstand, Tat- und Schnellkraft, klare Umsicht (...) wem der Himmel diese Gaben versagt, der wird nie ein General, wie er sein soll.*“ Es kommt Radetzky zufolge auf natürliche Grundanlagen an: „*Nicht das wilde Jagen vor der Front bezeichnet den Führer, er ist die Ruhe, das rasche Auffassen des richtigen Augenblicks, die Bestimmtheit der Anordnungen, die Klarheit des eigenen Wollens und die Geschicklichkeit, die passenden Manöver zu finden.*“ Diese Eigenschaften finden ihre höchste Entfaltung, wenn es gelingt, dem Gegner „*den ersten Stoß mit dem größtmöglichen Nachdruck beizubringen, mit Initiative imponiert man, verwirrt den Feind, und darin liegt der Sieg; die Offensivoperationen sind der Defensive vorzuziehen, und die Defensive muß mit der Offensive verbunden bleiben.*“ Dabei gelingt die Operationsplanung und deren Ausführung resp. Umsetzung, wenn sich „*Schnelligkeit, Festigkeit und Bestimmtheit (...) mit Einfachheit paaren.*“

Die politische Dimension seiner Operationsplanung und Führung in den Feldzügen haben eine zweifache - innen- und außenpolitische - Dimension. Die innenpolitische Perspektive betrifft seinen „Widerstand“ gegen die Weisung, einen Waffenstillstand abzuschließen. Radetzky sah sich nach dem Eingang der Weisung seines Kaisers, der „im Auftrag“ der neuen Reichsregierung vor dem Hintergrund der allgemein revolutionären Herausforderung und dem temporären De-facto-Verlust der Lombardei nach seinem Rückzug auf das Festungsviereck seine machtpolitisch (berechtigte) Erklärung findet - eine (verlorene) Provinz aufzugeben, um den Gesamtstaat zu retten, war ein geradezu klassisches österreichisches diplomatisches Manöver - in einer seine Loyalität auf den Prüfstand stellenden Situation.³⁶⁾ Radetzky beurteilte die Lage vor Ort nämlich ganz anders. Den unter seinem Kommando dienenden späteren Staatsminister Fürst Schwarzenberg schickte er deshalb mit dem Auftrag nach Wien, einen anderen Beschluss herbeiführen zu lassen; tatsächlich wurde Radetzky weitgehend freie Hand gewährt und weitere ca. 20.000 Truppen zugesagt.³⁷⁾

Durch diese „Befehlsverweigerung“ erst war es ihm möglich, mit den folgenden Siegen bei Custoza und Volta das lombardo-

venezianische Königreich für die Donaumonarchie zurückzugewinnen. Das Vertrauen auf seine militärische Führung und die Leistungsfähigkeit seiner nun verstärkten Truppen sowie die Einsicht in die gesamtpolitische Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Herrschaft in Oberitalien als Grundlage des Großmachtstatus Österreichs und der damit verbundenen politischen Strahlkraft einer erfolgreichen „gegenrevolutionären“ Kriegführung auf die Gesamtlage waren in seiner Beurteilung der Lage ebenso wichtig wie die Erkenntnis, dass die Patt-Situation zwischen den Westmächten Großbritannien und Frankreich - Großbritannien wollte ein Eingreifen Frankreichs auf Seiten von Sardinien-Piemont nicht hinnehmen - Radetzky ein Zeitfenster schuf, das ein verzugsloses Zurückerobern der Lombardei 1848 ermöglichte.

Was für den Frühsommer 1848 galt, war für ihn auch im März 1849 maßgebend, als es für ihn darauf ankam, nach erneut erfolgter Kriegserklärung durch König Carl Albert durch ein schnelles Vordringen auf das Territorium Sardinien-Piemonts dessen Offensivoptionen durch energisches Ergreifen der Initiative zu unterlaufen - eine Internationalisierung des Krieges galt es ebenso zu verhindern wie ein erneutes „Fanal der Revolution“. Seine souveräne Beurteilung der politischen Lage war die notwendige Voraussetzung und Grundlage seiner militärischen Vorgehensweise.

Militärische Führung in den Feldzügen 1848 und 1849

Für eine erfolgreiche militärische Feldzugführung hatte Radetzky im Frühjahr 1848 zunächst große Probleme: Die materielle und personelle Ausstattung der Armee wurde entgegen allen Eingaben - Radetzky selbst schrieb wiederholt über *Desiderata*³⁸⁾ - seit Jahren sukzessive reduziert. Ihre Stärke nahm, nachdem man die Armee kurz nach der Juli-Revolution von 1830 bis auf 120.000 Mann aufgestockt hatte, mit der zunehmend konservativeren französischen Außenpolitik unter Louis Philippe sukzessive bis fast zur Hälfte ab.³⁹⁾ Alle Ausbildungs- und Erziehungsanstrengungen der vorangegangenen Jahre schienen vergebens. Sein italienisches Konstriptionsheer zerfiel vor Beginn der Kampfhandlungen in „Trümmer“ - ca. 10.000 Soldaten italienischer Nationalität liefen samt Bewaffnung zu den aufständischen Revolutionären über, 21 Infanteriebataillone und 10 Husarenregimenter folgten dem Aufruf der ungarischen Revolutionsregierung,⁴⁰⁾ um ihre Heimat gegen die Truppen des kroatischen „Banus“ Jellacic zu verteidigen.⁴¹⁾ Auch die Fraternalisierung einiger Truppenteile mit den Revolutionären in Wien - ähnliche Beispiele gibt es aus der Revolutionszeit im Deutschen Bund⁴²⁾ - und das Überlaufen der „österreichischen“ Kriegsmarine zum aufständischen Venedig⁴³⁾ zeigen die Grenzen auf, denen das österreichische Stationierungskonzept in einer gesamtstaatlichen Krise unterlag.

Die regelmäßige „rotierende“ Dislozierung und das zur Abschottung von der Bevölkerung notwendige Prinzip des Einsatzes in Reichsteilen, in denen die Soldaten auf andere Ethnien trafen, wurden in der Regel von finanziellen Engpässen verhindert.⁴⁴⁾ Auch die „*starke psychologische Belastung durch den Gewissenskonflikt, in welchen vor allem italienische und ungarische Offiziere und Mannschaften gerieten*“⁴⁵⁾ zeigte, dass die regional-nationale Loyalität des stets fiktiven „unpolitischen Soldaten“ des Konstriptionsheeres trotz langer Verpflichtungszeit⁴⁶⁾ stärker sein konnte als die altösterreichische Staatsideologie, die „*nur ein Volk von Untertanen unter einer Dynastie in einem Reich*“⁴⁷⁾ kannte.

Trotz der Massendesertionen verfügte die „italienische Armee“ über einige, ihren Einsatzwert erhöhende Faktoren, ohne dass man, alleine schon wegen der mangelnden Unterstützung der Armee von Wien aus, von einem Eliteverband sprechen könnte: *„Einmal war die Armee in Italien der einzige Heereskörper der Monarchie, der schon im Frieden auf Kriegsfuß stand, also bereits die Kriegsgliederung eingenommen hatte. Von den italienischen Soldaten abgesehen fühlten sich die übrigen als eine Art von Besatzungstruppe in einem zumindest sehr unsicheren Lande. Das allein schon ließ Offizier wie Mann näher zusammenrücken. Dazu kam eine harte, fordernde Ausbildung, die - nachdem die unsicheren Kantonisten ausgeschieden waren - dem verbleibenden Rest ein besonderes Selbstbewusstsein gab, das durch Radetzky - einem sehr truppennahen General - ungemein geschickt gefördert wurde. (...) Das alles zusammen schuf jenen Korpsgeist, der die ‚italienische Armee‘ in der Hand eines großen Feldherrn zu einem ungemein schlagkräftigen Instrument machte. Kriegerische Tugenden und das Talent des Feldherrn gingen hier (...) eine glänzende Synthese ein, die auch entsprechende Erfolge zeitigte.“*⁴⁸⁾ Darüber hinaus hatte Radetzky's Offizierkorps über die Jahre natürlich auch eine Landeskenntnis gewinnen können, die für die kriegerische Auseinandersetzung gegen die sardinisch-piemontesische Armee nicht zum Nachteil gereichen musste.

Der Feldzug begann indes, nachdem Mailand nicht zu halten war, mit einem Zurücknehmen der Kräfte bis hinter die Adda.⁴⁹⁾ Mit einer erhofften Unterstützung seiner Truppen wollte Radetzky zunächst erneut auf Mailand vorstoßen. Diese Absicht wurde durch den Fall Venedigs und den sich über die Lombardei ausbreitenden revolutionären Aufruhr undurchführbar, weshalb Radetzky sich am 1. April entschloss, seine Armee weiter ostwärts zu verlegen und im Festungsviereck (Mantua-Peschiera-Verona-Legnano) zu versammeln. Das von FML d'Aspre ebenfalls im Viereck zusammengezogene II. Korps erhöhte zwar das militärische Potenzial, verschärfte jedoch auch die prekäre logistische Lage; hinzu kam, dass die Festungen ihrer weitgehenden Vernachlässigung wegen in einem nicht den Ansprüchen effektiver Verteidigungsmöglichkeiten genügenden Zustand waren, Freischaren die Verbindung nach Tirol bedrohten und ein Reservekorps am Isonzo erst in Aufstellung begriffen war. Der Verlust der Kontrolle über die Eisenbahnlinien machte Radetzky's Verbleiben im Festungsviereck von den darin vorhandenen Vorräten, Requirierungen im Umland sowie dem Rückgriff auf schwierige und zeitintensive Nachschubwege über Villach und Bozen abhängig, so dass Radetzky in der Defensive auf Zeit spielen musste.

In der Zwischenzeit überschritt Carl Albert mit seiner Armee den Grenzfluss Ticino und marschierte in zwei Kolonnen über Brescia und Pavia-Lodi auf den Mincio zu, wo er Mantua im Handstreich nehmen wollte. Parallel dazu erfolgte eine Bewegung vereinigter italienischer Truppen gegen die südliche Seite des Festungsvierecks und päpstlicher Streitkräfte unter dem Kommando des Generals Durando über den Po nach Venetien hinein in Richtung Treviso, um dort eine Vereinigung des Reservekorps mit den Kräften Radetzky's im Festungsviereck zu unterbinden. In der Hoffnung auf einen Aufstand in Verona griffen die zahlenmäßig überlegenen piemontesischen Kräfte am 6. Mai bei St. Lucia-S. Massimo an, wo sie nach harten, wechselvollen Kämpfen abgewiesen wurden. Nach diesem Sieg, den der spätere Kaiser Franz Josef im Gefolge des österreichischen Feldherrn miterlebte, schrieb Radetzky seiner Tochter: *„Der Himmel gewährte mir*

*einen vollkommenen Sieg, nur schade, dass ich zu wenig Truppen hatte, um den Sieg verfolgen zu können.“*⁵⁰⁾

Erst mit dem Eintreffen des Reservekorps unter der Führung von FML Thurn hatte Radetzky genug Kräfte, um in die Offensive zu gehen. Mit dem Ziel, das eingeschlossene Peschiera zu entsetzen, trat Radetzky seinen später legendenverklärten „Flankenmarsch“ an, der mit Scheinvorstößen gegen Tirol und unter Umgehung der zwischen Peschiera und Verona in starken Stellungen liegenden Streitkräfte Carl Alberts nicht nur das toskanische Einschließungskorps vor Mantua zerstreute, sondern die piemontesische Armee in deren Rücken bedrohte. Nachdem diese die Gefahr erkannte und Radetzky von der erfolgreichen Durchführung seiner Operation abhielt sowie das Operationsziel - die Festung Peschiera - am 30. Mai kapitulieren musste und starke Regenfälle für eine kurze Zeit die Operationsführung behinderten, entschloss sich Radetzky überraschend zu einer 180-Grad-Wendung. Teile des Reservekorps marschierten zur Verstärkung nach Verona, die Hauptmacht wandte sich gegen Vicenza. Radetzky strebte nach einer Wiederherstellung seiner rückwärtigen Verbindungen nach Innerösterreich und der Bereinigung seiner Zwei-Fronten-Konstellation. Am 11. Juni 1848 gelang es Radetzky, den päpstlichen General Durando zur Kapitulation zu zwingen. Neben dem Etschtal war damit eine zweite strategische Verbindung reaktiviert. Der rasche Erfolg wurde durch eine weitgehende Pazifizierung Venetiens erfolgreich ausgebaut, ein zweites Reservekorps schloss Venedig ein und belagerte dieses bis in das folgende Jahr.

Radetzky konnte sich nach diesem Manöver wieder der piemontesischen Armee zuwenden. Diese stand auf einer 60 Kilometer langen Linie südlich des Gardasees östlich des Mincio. Im Raum Sona-Sommacampa bildete Radetzky den Schwerpunkt seines Angriffes, der, geführt mit drei Korps, den Feind am 23. Juli völlig überraschend traf. Während der Ausnutzung des Erfolges durch den Übergang über den Mincio wurde ihm jedoch eine Massierung der piemontesischen Kräfte im Raum Villafranca beinahe zum Verhängnis. Erst nachdem die beabsichtigte Besetzung der Höhen von Custozza auf unerwartet starken Widerstand stieß, ließ Radetzky die beiderseits des Mincio stehenden Kräfte Front nach Süden einnehmen. In den sich anschließenden, für beide Seiten verlustreichen Kämpfen erlangten die Truppen Radetzky's am 25. Juli einen kompletten Sieg. Das nachfolgende Gefecht bei Volta am 26. Juli sowie der fehlgeschlagene Versuch, die Lombardei gegen die nun vorrückenden Truppen Radetzky's zu verteidigen, wirkten sich spürbar auf die Kampfmoral der piemontesischen Armee aus. Eine von Radetzky vorgeschlagene Demarkationslinie an der Adda lehnte Carl Albert ab. Seine weiter zurückweichenden Truppen wurden von Radetzky am 30. Juli bei Cremona überholt.

Der den nach Mailand ausweichenden Truppen Carl Alberts folgende Radetzky lehnte nun sogar im Wissen um seinen militärischen Vorteil einen englischen Vermittlungsversuch ab und warf die verbliebene Armee Carl Alberts, der vergeblich auf eine Unterstützung seitens der Bevölkerung Mailands hoffte, am 4. August 1848 aus deren Stellungen vor der lombardischen Metropole. Bevor am 9. August ein Waffenstillstand geschlossen wurde, erfolgte der österreichische Einmarsch in Mailand am 6. August 1848. Radetzky konnte seinem Kaiser lakonisch-souverän melden: *„Die Stadt Mailand ist unser! Sie hat sich der Gnade Eurer Majestät ergeben (...) Die Armee hat vor zwei Wochen von Verona aus ihre Offensive ergriffen. Sie hat während*

dieser Zeit bei Sommacampagna, Custozza, Volta, Cremona, Pizzighetone und zwei Tage vor Mailand siegreiche Schlachten und Gefechte geliefert (...) Die Armee und ihre Führer glauben somit ihre Schuldigkeit für ihren geliebten Kaiser und das theure Vaterland treulich erfüllt zu haben, denn kein Feind steht mehr auf lombardischem Boden.“⁵¹⁾

Mit dem Feldzug von 1848 gelang Radetzky nach der anfänglichen „elastischen“ Zurücknahme seiner Kräfte sowohl mit seinem Flankenmarsch als auch dem plötzlichen Ergreifen der Initiative gegen die päpstlichen Truppen unter dem Kommando von Durando wie auch der erneuten Zuwendung gegen den Hauptfeind Carl Albert die Verknüpfung des Überraschungsmoments mit der Bildung klarer Schwerpunkte, womit er - zuletzt bei Custozza - nach der Sicherung der rückwärtigen Verbindungslinien in der Lage war, „den Hauptschlag mit Sicherheit zu führen“, um den geschlagenen Gegner zum Ausgangspunkt seiner Operationen zu verfolgen. Die Wiederherstellung des politischen Status quo ante mit militärischen Mitteln war bei den Rahmenbedingungen des Jahres 1848 ein Triumph für das angeschlagene Kaisertum Österreich, zumal dadurch Kräfte für die anderen Kriegstheater freigesetzt wurden. Für den greisen Feldmarschall war hingegen klar, dass der Erfolg des Jahres 1848 nur ein temporärer war.

Während Radetzky im März 1848 mit einem Aufstand im Zentrum seines Verantwortungsbereiches konfrontiert war, so erwies sich die Ausgangslage im März des folgenden Jahres sehr viel positiver. Die bereits seit Herbst 1848 anlaufenden Rüstungen Piemonts wurden frühzeitig erkannt und ein erneuter Angriff erwartet. Hinzu kam, dass Radetzky auf eine bereits siegreiche Armee mit Selbstvertrauen bauen konnte, während Carl Albert eine geschlagene Armee erneut, und diesmal trotz des in Ungarn laufenden „Winterfeldzuges“ unter weitaus ungünstigeren Rahmenbedingungen, einem an den Außengrenzen seiner Provinz stehenden Radetzky entgegen in Bewegung setzte, die darüber hinaus über einen für die militärische Gesamtkriegführung relativ unerfahrenen, neuen Oberkommandierenden, den polnischen General Adalbert Chrzanowski, verfügte, der auf keinerlei mit Radetzky vergleichbare militärische Meriten verweisen konnte.

Chrzanowski entwarf einen durchaus Erfolg versprechenden Operationsplan, der in seinen Grundzügen, freilich mit Modifikationen, dem militärischen Grundgedanken des Vorjahres entsprach: Ein doppelter Vormarsch von Novara über den Ticino auf Mailand und von Casteggio über den Po auf Pavia sollte begleitet werden von einem Stoß durch Parma in den Rücken Radetzky, wo ein neuer Aufstand erwartet wurde. Radetzky sollte so erneut eine westliche, südliche und östliche Front bereitet werden.

Für Radetzky, der im März 1848 in eine allgemeine und grundsätzlich defensive Position auf eigenem Territorium geraten war, aus der er sich sukzessive herausarbeiten musste, galt es nun, den erwarteten feindlichen Vorstoß zu unterlaufen und die Kriegshandlungen möglichst rasch auf piemontesisches Staatsgebiet zu tragen - seine Truppen motivierte er mit seiner Zielangabe: Turin. Um den Gegner zu täuschen, ließ er zwei Korps, einen Rückzug wie im vorangegangenen Jahr vorgehend, nach Südosten marschieren, um sie dann gegen Pavia zu wenden, wo sie mit zwei weiteren zugeführten Korps versammelt und konzentriert wurden, damit sie, zwischen den beiden geteilten Hauptkontingenten Chrzanowskis, in der Lage waren, gegen diese vorzugehen.

Ohne genaue Aufklärungsergebnisse und überrascht von der Passivität der Bevölkerung zog der polnische General am Abend des 20. März die morgens über den Ticino in die Lombardei vorgedrungenen Kräfte wieder zurück. Als man vom Po-Übergang der österreichischen Truppen bei Pavia erfuhr, befürchtete Chrzanowski einen Vorstoß Radetzky gegen Alessandria, weshalb er alle Offensivgedanken fallen ließ und seine Kräfte nach Vigevano und Mortara umdirigierte. Doch auch die Aufklärung bei Radetzky ließ zu wünschen übrig. Am 21. März wurde sein I. Korps bei Vigevano nur durch das couragierte Eingreifen der Brigade Wohlgemuth vor einem ungünstigen Schlachtausgang gerettet; Benedek gelang mit unterlegenen Kräften das Eindringen in Mortara. In dieser Situation traf Chrzanowski den Entschluss, alle verfügbaren Kräfte auf eine Defensivstellung bei Novara zurückzunehmen. Damit manövrierte er sich in eine extrem unvorteilhafte Lage, da damit die Verbindungen zur eigenen Hauptstadt preisgegeben wurden und eine verlorene Hauptschlacht zur Gesamtniederlage führen musste - Radetzky, der mit einem Ausweichen der piemontesischen Armee in Richtung Vercelli mit der Option zur Deckung ihrer strategischen Verbindungslinien rechnete, wurde zum Sieg gezwungen.

Die unvermutet fahrlässige Disposition seines Gegners verleitete Radetzky jedoch zunächst zu einem fehlerhaften Ansatz seiner Kräfte. Der Angriff auf Novara am 23. März wurde deshalb zunächst lediglich mit dem II. Korps geführt, bevor Radetzky nach schweren Kämpfen erst am Nachmittag seinen Irrtum erkannte und dem IV. Korps den Stoß in die rechte Flanke Chrzanowskis befahl. Dieser die Schlacht entscheidende Ansatz wurde von dem aufgrund des Kanonendonners selbstständig heranrückenden Korps indes nicht benötigt. Das Mitdenken in der Lage und notwendige Eigeninitiative hatte Radetzky von seinen unterstellten Truppenführern schließlich stets eingefordert. Die Reste der piemontesischen Armee verließen das Schlachtfeld nach einer kompletten Niederlage nach Norden. Carl Albert dankte in der Nacht nach der Schlacht zugunsten seines Sohnes Viktor Emanuel ab, der am 26. März, sich der aussichtslosen militärischen Lage bewusst, den Waffenstillstand akzeptieren musste.

Die „Entscheidungsschlacht“ bei Novara am 23. März 1849 führte nicht nur zu einer Entscheidung über den Ausgang des Krieges gegen den äußeren Feind, sondern auch dazu, dass „auch Lombarden und Venezianer sich nicht mehr zu erheben wagten.“⁵²⁾ Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Friedrich Engels - abgeschnitten von aktuellen Informationen vom italienischen Kriegstheater - noch am 27. März 1849 als militärischer Denker ein Erfolg versprechendes Szenario entwickelte, das zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits ein kontrafaktischer Operationsplan war.⁵³⁾

Der ursprünglich vorgesehene „Marsch auf Turin“ wurde von Radetzky unterlassen - er war nunmehr ohne militärische Notwendigkeit und hätte nur eine unnötige politische Provokation dargestellt. Seine später kritisierte milde Behandlung des geschlagenen Gegners hatte eine tiefere staatspolitische Berechtigung in den Überlegungen, ein mögliches Eingreifen Frankreichs zu verhindern und die Habsburgermonarchie nicht als brutale Besatzungsmacht erscheinen zu lassen sowie in dem neuen König Viktor Emanuel II. einen Partner für eine von ihm angedachte „Liga Italica“ zu gewinnen, die nach dem Vorbild des Deutschen Bundes Österreichs dominante machtpolitische Rolle nördlich und südlich der Alpen

ermöglichen sollte, womit deutlich wird, dass Radetzky als Feldmarschall weit über den militärischen Raum hinaus dachte.

Nachwirkungen

Der mit dem Sieg von Radetzky's Truppen in Oberitalien in den Jahren 1848/49 verbundene „*Triumph des österreichischen Staatsprinzips*“⁵⁴ hatte kurz- und langfristige politische und militärische Auswirkungen. Wenngleich die berühmte Gratulationsadresse des preußischen Gardekorps an Radetzky, mit dem Prinzen von Preußen an der Spitze, von einer gemeinsamen konservativen Weltanschauung getragen war - Radetzky's Siege in Oberitalien sollten demnach nicht nur Österreich, sondern allen deutschen Soldaten gehören, die ihren Fürsten die Treue gehalten haben -⁵⁵ so ist doch bereits ein Jahr danach von der Gemeinsamkeit nichts mehr zu erkennen gewesen. Sein auf dem oberitalienischen Kriegsschauplatz erworbenes Renommee bewahrte Österreich im folgenden Jahr gar, vor dem Hintergrund des sich bereits in der Richtung einer kriegerischen Entladung entwickelnden preußisch-österreichischen Dualismus,⁵⁶ vor einem Waffengang gegen Preußen. Diesen sah er bereits in seiner 1828 verfassten „*Militärische[n] Betrachtung der Lage Oesterreichs*“ voraus: „*Den schon mehrmals geäußerten Wunsch, Deutschland bis zum Main sich einzuverleiben, kann [Preußen, E.B.] nimmer aufgeben, weil darin das einzige Mittel liegt, dem Staate eine dauernde Haltbarkeit zu verleihen und ihn zu einem festen Reich in Europa umzugestalten (...) Oesterreich aber darf ebenso wenig vergessen, dass es Preußen keine Vergrößerung gestatten kann.*“⁵⁷

Selbst wenn er es innerlich ablehnte, 1850 gegen die ehemaligen preußischen Waffenbrüder von 1813-15 ins Felde zu ziehen,⁵⁸ was die „Kapitulation von Olmütz“ am 29. November 1850 bekanntlich verhinderte, so darf man darin bei Radetzky keine wie auch immer geartete „großdeutsche“ Sentimentalität erblicken. Denn seine militärischen Erfolge im Feldzug von 1848 erst haben die Voraussetzung zur restaurativen Niederschlagung der Erhebungen gegen das Erzhaus geschaffen - und damit jeglicher „großdeutschen“ Perspektive die Basis entzogen.

Seiner Erfolge in Oberitalien wegen wurde Radetzky designierter Oberbefehlshaber der gegen Preußen mobilisierten Truppen in Böhmen. Er war die personifizierte militärische Abschreckung, galt er doch sogar dem preußischen „Kartätschenprinz“⁵⁹ und späteren Kaiser Wilhelm I. als „*le plus grand capitaine de nos temps.*“⁶⁰ Zusammen mit seinem Stabschef von Heß machte Radetzky sich „*rasch und siegessicher an die Bearbeitung der Operationspläne.*“⁶¹ Innerhalb von 26 Tagen wurden hierbei 75.000 Mann, 8.000 Pferde, 1.800 Geschütze und Fuhrwerke sowie 4.000 Tonnen Versorgungsgüter aus Wien und Ungarn in das vermutete Operationsgebiet transportiert.⁶² Diese Mobilmachung von 1850 gilt durch die gegenüber 1848 verstärkte operative Nutzung der Eisenbahn als die „*Geburtsstunde des modernen Kriegstransportwesens.*“⁶³

Dass Radetzky und seine italienische Armee, „*die später fast zu einer Legende geworden ist,*“⁶⁴ insbesondere durch seine Erfolge 1848/49 ein wesentlicher Bestandteil der österreichischen Militärgeschichte und Traditionsbildung wurden, ist evident. Apologetische Züge tragende Zeitzeugenberichte zeichneten denn auch sogleich eine romantisch-biedermeierliche, jedoch von ausgeprägter Disziplin und Pflichterfüllung getragene Harmonieszenerie: „*Das Hauptquartier ist eine einzige große Familie, die einen geliebten Vater an der Spitze hat, und fest*

durchdrungen ist von einer einzigen Idee, der: dem Willen des Führers zum Ruhm des Vaterlandes zu dienen.“⁶⁵ Seine Popularität war in seiner Armee unbestritten: „*Der Soldat vergöttert ihn, der Offizier ist ihm in schwärmerischer Verehrung zugetan, die Generale kennen seinen Wert.*“⁶⁶

Dennoch stießen die Erfolge der italienischen Armee im Jahre 1848 nicht auf ungeteilte Zustimmung. Radetzky wurde für seinen Ungehorsam gerügt, und im Reichstag wurde ihr gar eine beantragte Dankadresse verweigert, was Radetzky mit einer drastischen Erwiderung an den Kriegsminister beantwortete: „*Die feindselige Stimmung gegen die Armee in Italien, die sich offen in dem Reichstage ausgesprochen und (...) sich nicht entblödet, öffentliche Trauer anzulegen, weil der Thron und das Vaterland nicht im Schmutz untergegangen*“ sind, könne dazu führen, dass „*es um den herrlichen Geist der Armee geschehen*“ sein könnte.⁶⁷

Bei aller berechtigten Hervorhebung seiner Führungsleistung muss deshalb auch im Sinne einer „*Militärgeschichte von unten*“⁶⁸ darauf hingewiesen werden, dass es eben auch seine Truppen waren, auf deren militärische Fertigkeiten und Loyalität er sich abstützen konnte. Es war Grillparzer, der bereits 1848 diesen Soldaten in einem zwar nicht so bekannten, indes wiederum den Kern treffenden Gedicht ein literarisches Erbe vermachte: „*Ein einziger Stand fiel nicht vom Rechten ab (...) es war das Heer, die einzigen, die fest, als Volk und Staat im Tummel fast vernichtet.*“⁶⁹ Tatsächlich war - neben Bürokratie und Klerus - insbesondere die Armee die funktionale Trägergruppe der Gegenrevolution.

Die bewaffnete Macht resp. das Triumvirat „WJR“ - Windischgrätz, Jellacic, Radetzky - hatte im Alleingang den österreichischen Gesamtstaat gegen die revolutionären Bewegungen gerettet: „*Wie überall in Europa setzte sich schließlich durch, wer militärisch siegte (...) Nicht das Militär war gegenrevolutionär, sondern seine Befehlshaber setzten es gegen die Revolution ein.*“⁷⁰ Dieses Gesamturteil darf jedoch auch nicht übersehen, dass es auch kaiserliche Offiziere ungarischer Nationalität gab, die sich in einem nationalen und dynastischen Loyalitätsdilemma befanden.⁷¹ Dabei kam dem Kaiserstaat zugute, dass er keine allgemeine Wehrpflicht hatte. Ein Konskriptionsheer mit langjähriger Dienstzeit war für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung im Vormärz und zur Niederschlagung der Revolution besser geeignet.⁷² Zur Aufrechterhaltung der Schlagkraft der Armee wurde diese aus den Haupt- und Großstädten abgezogen - die Truppe sollte möglicher Agitation, Demokratisierungs- und Fraternalisierungstendenzen entzogen werden.⁷³

Insbesondere die führenden Militärs gaben jenen Politikern, die ihnen bereits im Vorfeld, als man die revolutionären Bestrebungen sehr wohl schon erkennen konnte, ausreichende Mittel vorenthielten, die Schuld an der vorübergehenden Niederlage gegen „die Barrikade“. Politische, soziale und berufsständische Ehrvorstellungen sowie ihr Eid gegenüber dem Monarchen verlangten nach Vergeltung. Sie sahen sich in unübersichtlicher politischer Lage in der Verpflichtung, durch das Ergreifen der Initiative, quasi stellvertretend für die Krone, das Gesetz des Handelns an sich zu reißen.

Stellt man hier die Frage, wofür die drei „ungehorsamen Generale“⁷⁴ dies gemacht haben, so wurde von Golo Mann ein banales Motiv als plausibel erklärt: „*Der Weltordnung zuliebe, in die sie geboren waren und die sie sich ohne den Kaiserstaat nicht vorstellen konnten.*“⁷⁵

Fazit/Tradition

Radetzky war, betrachtet man ihn vor dem Hintergrund zweier Umbruchsszenarien, ein militärischer Führer, der, seiner Erfolge wegen, zu Recht das Interesse der Militärgeschichtsschreibung auf sich zog. Dass hierbei seine Rolle in der Bezwingung Napoleons einen geringeren Stellenwert einnahm, mag darin begründet sein, dass es 1813 und in den folgenden Jahren nicht, so wie es eben 1848/49 der Fall war, um den Fortbestand der Habsburgermonarchie ging. Für die Donaumonarchie erwies sich 1848/49 als die ultimative Herausforderung. Das Krisenjahr des österreichischen Kaiserstaates jedoch wurde maßgeblich durch die Erfolge des Feldmarschalls überstanden.

Die dominante Rolle Radetzkys in der Militärgeschichtsschreibung und Traditionsbildung hat einen wesentlichen Hintergrund: Die nach 1848/49 weiterhin als labil einzustufende innere Lage Österreichs erforderte, gleichsam aus Staatsräson, eine Konzentration des „Generalstabswerkes“ über die Feldzüge eine Fokussierung auf den italienischen Krieg und den Winterfeldzug 1848/49 gegen Ungarn,⁷⁶⁾ da die Darstellung der Niederschlagung der Revolution in Prag und Wien über zu viel innenpolitische Brisanz verfügte. Die staats- und reichserhaltenden Kriegszüge erwiesen sich hingegen als politisch sehr viel akzeptablere Lösung,⁷⁷⁾ denn „zweifelloso genöß eine breite Öffentlichkeit Radetzkys Siege in Italien.“⁷⁸⁾ Ihm kam tatsächlich zugute, dass er vornehmlich einen „normalen“ Staatenkrieg gegen einen äußeren Feind des Reiches führte, der darüber hinaus sowohl 1848 als auch 1849 ein Verteidigungskrieg war. Die gewöhnlich dem Militär primär zugeordnete Staatsverteidigungs- resp. Rettungsfunktion war für Radetzkys Popularität sehr viel mehr zuträglich, als dies eine Niederschlagung der Revolution in der Reichshauptstadt Wien je hätte sein können.

Seine militärischen Erfolge indes haben eine Basis: Radetzky war ein aufmerksamer politischer und militärischer Beobachter seiner Zeit; er ist darüber hinaus auch als modern zu bewerten, wenn man sich seinen Lernprozess in den drei von ihm erlebten Kriegsbildern vor Augen führt, in denen er sich in unterschiedlichen Funktionen hervorragend bewährt hat. Damit wird er auch dem gerecht, was er 1811 in seiner Generalquartiermeisterstab-Denkschrift eingefordert hatte - „*dass es nicht genug sei, als ein ausgezeichnet braver Offizier bekannt zu sein, sondern dass dabei auch eine gewisse Bildung, die zum Lernen geschickt macht (...) sehr in Anschlag zu bringen*“⁷⁹⁾ Nur dann ist man nämlich in der Lage - militärisch gewendet -, aus der Geschichte und den Rahmenbedingungen der Zeit die richtigen Rückschlüsse zu ziehen, zu lernen und zielorientiert diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um „*alle guten Einrichtungen, und Eigenheiten fremder Heere sobald möglich den seinigen eigen zu machen, um sich somit nie von seinen Feinden überholen zu lassen,*“⁸⁰⁾ womit Radetzky einen Bestandteil heutiger Transformationsprozesse vorwegnahm.

Radetzky besteht auch vor dem militärhistorisch-wissenschaftlichen Urteil, wenn neben seiner individuellen Tapferkeit, seinen militärpolitischen Schriften und organisatorischen Konzepten der Blick auf seine Führungsleistung in den „Befreiungskriegen“ und seine Feldherrntätigkeit im italienischen Krieg gelenkt wird: „*Radetzkys unorthodoxe Bewegungsmanöver, napoleonisch und doch ganz eigenständig, insbesondere der operative Flankenstoß*“⁸¹⁾ werden dabei genauso hervorgehoben

und sein Operationsstil mit einer „fast spielerisch-tänzerischen Kampfweise“ verglichen, der, „*obzwar eigenständig, doch von Napoleon beeinflusst, keine Kopie, kein Positivabzug der Kriegskunst des Franzosenkaisers, sondern (...) gewissermaßen deren Negativaufnahme war*“⁸²⁾ Damit gelang es ihm, tatkräftig und unnachgiebig, „*den Hauptstoß mit Sicherheit zu führen*“. Was 1813 zur Zerschlagung der französischen Machtstellung in Zentraleuropa führte, war auch die Grundlage für seinen Abwehrerfolg in den beiden Feldzügen von 1848 und 1849, durch die „*das Phänomen Radetzky*“ zum „*Mirakel vom Hause Österreich*“⁸³⁾ beitrug.

Dabei stand insbesondere der Feldzug von 1848 „*noch ganz im Nachklang der napoleonischen Zeit: Revolution, Befreiungsversuch und Machtkampf um die Herrschaft waren ineinander verschlungen. Der Erfolg des Feldherrn beruhte auf dem Konzept der elastischen Anwendung von Defensive und Offensive, worauf er seine Armee zuvor gründlich vorbereitet hatte.*“⁸⁴⁾ Neben dem militärischen Erfolg war es sein Führungsverhalten gegenüber den Soldaten und sicherlich auch sein hohes Alter, das Hegels Diktum eine militärische Wendung gibt: „*Wenn die Philosophie ihr Grau in Grau malt, dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden, und mit Grau in Grau lässt sie sich nicht verjüngen, sondern nur erkennen; die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug.*“⁸⁵⁾

Dass zur Bewertung Radetzkys als Feldherr des Öfteren das Adjektiv „napoleonisch“ benutzt wurde - Friedrich Engels wollte bei ihm 1848/49 gar, indes niemals zutreffende, „*napoleonische Gelüste*“⁸⁶⁾ erkennen -, verdeutlicht die herausgehobene Rolle des Feldmarschalls in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Es muss an dieser Stelle jedoch auch der Hinweis erlaubt sein, dass Radetzky während seiner Feldzüge von 1848/49 im Gegensatz zu 1813 keine gleichrangigen Truppenführer gegenüberstanden - wer würde etwa einen nominellen Oberbefehlshaber Carl Albert, Durando oder Chrzanowski mit Napoleon oder Radetzky messen wollen? Dennoch: Die überaus positive Würdigung seiner militärischen Leistungen scheint im Widerspruch zu seinem politischen Weltbild zu stehen. Seine Einordnung als „Werkzeug der Reaktion“ ist indes ambivalent.

Radetzky war nur insofern „reaktionär“, als er gegen die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Revolutionen von 1789 und 1848 agierte, die durch die Französische und industrielle Revolution hervorgebrachten militärischen Möglichkeiten jedoch adaptierte. Radetzky als „Reaktionär“ zu bezeichnen greift deshalb zu kurz. Soldaten sind immer auf den politischen Status quo verpflichtet - zu jeder Zeit und in jedem Staat. Wie sollte ein Radetzky, politisch und militärisch unter den Bedingungen des „ancien régime“ sozialisiert, im Krieg gegen die Französische Revolution hoch dekoriert und befördert, trotz aller Kritik an den Auswüchsen des Systems Metternich, als militärisch Verantwortlicher seines Kaisers im Königreich Lombardo-Venetien, seine persönliche Lebens- und Leistungsbilanz selbst in Frage stellen und zu einem elanvollen Zerstörer des kunstvoll geflochtenen österreichischen Reichsideals werden?

Selbstverständlich wollte er als militärischer Führer die Möglichkeiten nutzen, die die Industrialisierung schon vor der Jahrhundertmitte mit allen ihren technischen Optionen bot; die Sprengkraft des Nationalitätenprinzips, egal ob in Italien oder Ungarn, indes war die systemimmanente Grenze, die kein österreichischer Politiker und Militär überschreiten

konnte. Weshalb auch sollte ein Reich mit einer mehr als vierhundertjährigen Geschichte bereit sein, nach den zuvor überstandenen Stürmen der Reformation, des Spanischen Erbfolgekrieges, der beiden osmanischen Herausforderungen und des französischen „Schreckensmannes“ gerade 1848 durch Selbstpreisgabe seine staatliche Existenz für in ihrer politischen Tragfähigkeit unabsehbare Zukunftsvisionen zu opfern?

Radetzky war und blieb als geborener Böhme, sich selbst als deutsch titulierend, in erster Linie stets seinem Staat, d.h. dem österreichischen Kaiserhaus, verpflichtet: Radetzky war und blieb ein, wenn nicht *der* österreichische Soldat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Klar erkannte er, wie er in einem Brief an einen österreichischen Abgeordneten der Paulskirche am 9. September 1848 schrieb: „Österreich wird sich eher von Deutschland als von Österreich trennen.“⁸⁷⁾

Mit all seinem politischen und militärischen Denken und Handeln bleibt Radetzky integraler Bestandteil der österreichischen Geschichte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die kaiserliche Donaumonarchie war eine Macht Alteuropas, deren politische Verfasstheit im Europa zwischen der Französischen Revolution und dem Ersten Weltkrieg wie ein romantisch verklärter Anachronismus in einem langen Jahrhundert einen verzweiferten Todeskampf führte. Österreich konnte nur durch die Krone, kluge Diplomatie, eine starke Armee sowie seine Bürokratie und den katholischen Klerus zusammengehalten werden. Für eine imperiale Reichsbildung von innen heraus gab es schlicht zu wenig (Deutsch-)Österreicher.⁸⁸⁾ So war Österreich bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts als überregionaler, durch eine dynastische Krone zusammengehaltener Staat, der den (kriegstreibenden) historischen Beschleunigern Nationalisierung und Industrialisierung nicht stand- resp. mit ihnen Schritt halten konnte oder wollte. Radetzky's Erfolge lassen ihn einerseits, aus seiner Zeit heraus, als einen Bewahrer mit kurzfristigem Erfolg, andererseits jedoch, vom Ende her betrachtet und möglicherweise in Form einer Überinterpretation, als einen Verzögerer eines *failing state*-Prozesses erscheinen - zumindest was die Position im europäischen Mächtesystem anbelangte: Ein Jahr nach seinem Tod war der von ihm für die Donaumonarchie erworbene machtpolitische „Kredit“ nach der Niederlage von 1859 verspielt.

So wie es keinen „Radetzky“ im Sinne eines komplementären resp. verklammerten Ineinanderfallens staatlich-politischer und militärischer Biografie mehr gab oder geben kann, so war auch Österreich, trotz eines kurzen Zwischenhochs des Machtgefühls bis zum Beginn des Krimkrieges, nur noch Verwalter, nicht mehr Gestalter - eine lange Agonie als „kranker Mann Mitteleuropas“ begann. Radetzky war die letzte militärische Verkörperung des alteuropäisch-österreichischen Staatswesens, das der damals junge Franz-Josef politisch - nunmehr jedoch als lebender Anachronismus bis 1916 - prolongierte.

Es mag doppelt paradox klingen: So wie es nach den gewonnenen anti-napoleonischen „Befreiungskriegen“ der Heiligen Allianz wegen scheinbar keine Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des österreichischen Heerwesens gab, so wurde auch Radetzky's zweiter Sieg zum Ausgangspunkt einer Stagnation und damit de facto einer Rückwärtsgewandtheit im Kriegswesen. Als stärkste Stütze eines durch und durch konservativen Staatswesens verspielte die Armee ihren kurzfristigen Modernitätsvorsprung gegenüber Preußen. Was durch Bündnisse und

außerordentliche Kraftanstrengung sowohl 1813 und danach als auch 1848/49 zum Erfolg führte, wurde durch einen Prozess der Entschleunigung mit fatalen Folgen leichtfertig preisgegeben. Das Regiment der „groben Oberste“⁸⁹⁾ mit ihrer Ausrichtung auf das Handwerkliche - für Benedek bestand hierfür gar die Notwendigkeit zur Einübung eines gewissen „Kommissdienstes“⁹⁰⁾ - führte mit zur Lösung der „deutschen Frage“ in der „Entscheidung 1866“⁹¹⁾ Der preußischen „*Revolution in Military Affairs*“⁹²⁾ waren die österreichischen Streitkräfte nicht gewachsen. Die Folge war die Institutionalisierung der „ersten deutschen Teilung“.

Die historische Bedeutung Radetzky's für die (Militär-)Geschichte Österreichs in seiner vor dem Ersten Weltkrieg größten Krise indes ist evident: „*Im Jahre 1848 war es nicht die Kunst der Politik und Diplomatie, sondern das Genie eines Feldherrn gewesen, das den Staat vor dem Zerfall bewahrt hatte; die Siege Radetzky's haben nicht nur einen äußeren Feind zurückgeworfen, sondern selbstverständlich die nachdrücklichsten Auswirkungen auf die Entwicklung im Innern des Reiches gehabt. Der Name des greisen Feldmarschalls wurden zum Symbol jener Einheit der Armee und des Staates, die damals in Frage gestellt war, und niemand hat dies klarer empfunden und ausgedrückt als Grillparzer in seinem bekannten Gedichte.*“⁹³⁾

ANMERKUNGEN:

- 1) Die Prägnanz dieses bekannten „literarischen Urteils“ aus Franz Grillparzer: Feldmarschall Radetzky, Radetzky-Lieder. In: Sämtliche Werke, München 1960, S.14 erfasst die historisch-politische und militärische Bedeutung Radetzky's in ihrer Relevanz nach Ansicht des Verfassers am besten. Die Literaturlage ist insbesondere für das 19. Jahrhundert bereits fast unüberschaubar; damals wie auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur gelegentlich zu pathetisch. Dennoch hat die österreichische Militärgeschichte mit Prinz Eugen im 18. Jahrhundert und Radetzky im 19. Jahrhundert ohne Frage zu Recht ihre „Ikonen“, deren militärische Viten resp. Leistungen noch immer zum militärhistorischen Bildungskanon gehören (sollten). Mit dem vorliegenden Beitrag wird in keiner Weise der Anspruch auf neue Forschungsergebnisse erhoben. Vielmehr soll es darum gehen, ein bekanntes militärisches Leben mit den Rahmenbedingungen der Zeit zu verknüpfen und erneut in Erinnerung zu rufen. Der Bibliothek der Offizierschule der Luftwaffe danke ich für die Unterstützung bei der Literaturrecherche. Gewidmet ist der Artikel meiner Ehefrau Ann-Katrin und unseren Kindern Timon, Nils, Kristin und Finn.
- 2) Friedrich Heller von Hellwald: Radetzky, S.339.
- 3) Bernd Rill (Hrsg.): 1848. Epochenjahr für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland, München 1998.
- 4) Vgl. Wolfgang J. Mommsen: 1848. Die ungewollte Revolution, Frankfurt/M. 2000, S.300.
- 5) Vgl. für die internationale Perspektive Michael Stürmer: Nationalstaat und Massendemokratie im Mächtesystem 1848 oder die Geburt eines Dilemmas. In: Josef Becker/Andreas Hillgruber (Hrsg.): Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, München 1983, S.37-50 (=Schriften der Philosophischen Fakultät der Universität Augsburg Nr. 24).
- 6) Vgl. Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt 1500-2000, Frankfurt/M. 1989, S.257.
- 7) Vgl. Kennedy, a.a.O., S.261.
- 8) Vgl. Kennedy, a.a.O., S.260 und Schmidt-Brentano, a.a.O., S.105 mit einer Statistik über den Rückgang der Militärausgaben, die nur in den Jahren 1821/22 und 1831/32 vor dem Hintergrund von Interventionen in italienischen Staaten kurzfristig stark gestiegen waren.
- 9) Vgl. Wolfgang Hardtwig: Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum, München 1994 (=Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, Band 2).
- 10) Für einen kursorischen Überblick vgl. Manfred Botzenhart: 1848/49: Europa im Umbruch, Paderborn u.a. 1998, S.34-42 sowie Simonetta Soldani: Annäherung an Europa im Namen der Nation. Die italienische Revolution 1846-1849. In: Dieter Dow/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S.125-166.
- 11) Vgl. zum Gesamtkomplex R. Jaworski/R. Luft (Hrsg.): 1848/49. Revolutionen in Ostmitteleuropa, München 1996, Jiri Koralka: Revolutionen in der Habsburgmonarchie. In: Dow, a.a.O., S.197-230, ders.: Tschechen im

- Habsburgerreich und in Europa 1815-1914, Wien 1991 und Lothar Höbelt: 1848. Österreich und die deutsche Revolution, Wien/München 1998 sowie Wolfgang Häusler: Zur sozialen und nationalen Problematik der Revolution von 1848/49 in der Donaumonarchie. In: E. Zöllner (Hrsg.), Revolutionäre Bewegungen in Österreich, Wien 1981, S.110-128.
- 12) Schmidt-Brentano, a.a.O., S.171.
- 13) Vgl. J.A. v. Helfert (Hrsg.): Radetzky in den Tagen seiner ärgsten Bedrängnis. Amtlicher Bericht des Feldmarschalls vom 18. bis zum 30. März 1848. In: Archiv für österreichische Geschichte 95 (1906), S.145-162.
- 14) Zit. nach Helfert, a.a.O., S.161.
- 15) Mommsen, a.a.O., S.126.
- 16) Allmayer-Beck: Feldzug von 1859, S.62.
- 17) Zu den Schwierigkeiten der Truppenzuführung vgl. die Beispiele bei Köster, a.a.O., S.124f.
- 18) Vgl. Botzenhart, a.a.O., S.242f.
- 19) Vgl. Roger Price: „Der heilige Kampf gegen die Anarchie“. Die Entwicklung der Gegenrevolution. In: Dow, a.a.O., S.43-81, hier S.62.
- 20) Vgl. Theodor Schieder: Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, München 1975, S.82 (=Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Band 15).
- 21) Prinz Hubertus zu Löwenstein: Deutsche Geschichte, München, Berlin 1978, S.354.
- 22) Vgl. Price, a.a.O., S.62.
- 23) Zit. nach Allmayer-Beck: Habsburgermonarchie, S.9.
- 24) Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1958, S.214.
- 25) Schieder, a.a.O., S.82f.
- 26) Zit. nach Mommsen, a.a.O., S.273.
- 27) Evelyn Ashley: The Life and Correspondence of Henry John Temple, Viscount Palmerston Vol. 2, London 1879, S.87.
- 28) Vgl. Walter Wagner: Die K.(U.)K. Armee - Gliederung und Aufgabenstellung. In: Wandruszka/Urbanitsch (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918 (Band V: Die bewaffnete Macht), Wien 1987, S.142-633, hier S.333f.
- 29) Mommsen, a.a.O., S.287.
- 30) So in einem Brief an seine Frau vom 6. Dezember 1848, zit. nach A. Hinneburg (Hrsg.): Briefe des Feldmarschalls Grafen Radetzky an seine Gattin 1848-1851. In: Österreichische Rundschau XVIII (1909), S.48-53, hier S.49f.
- 31) Fritz, a.a.O., S.34. Dieses im Januar 1967 gefällte Urteil wurde bereits wenige Monate später im 6-Tage-Krieg Israels beinahe entwertet und im Januar 1991 mit dem Krieg zur Befreiung Kuwaits „eingestellt“. Alle drei Beispiele, wie auch der letzte Irakkrieg von 2003, zeigen jedoch, dass mit einem schnellen militärischen Sieg nicht unbedingt für die Zukunft tragbare politische Stabilität erreicht wird. Das rein militärische „Geheimnis des Sieges“ trägt nur eingebunden in eine kohärente politische Strategie Früchte. Die Zeit nach dem Krieg muss bereits vor und während desselben mitbedacht werden.
- 32) So Wolf-Schneider von Arno, a.a.O., S.94.
- 33) Vgl. Winfried Baumgart: Europa und die Revolution von 1848/49. In: Bernd Rill (Hrsg.) 1848, S.119-141, hier S.131f.
- 34) Botzenhart: Europa im Umbruch, S.253.
- 35) Zit. nach Regele, a.a.O., S.391f. Die folgenden Zitate sind ebenda, S.431-433 entnommen.
- 36) Sie gleicht in Grundzügen jener des York von Wartenburg im Dezember 1812, bei dem Gehorsamspflicht und Einschätzung der Lage vor Ort ebenfalls kollidierten, vgl. Birk: Taugoggen. Radetzky und Wartenburg zogen aus Einsicht in höhere staatspolitische Notwendigkeiten die gleiche Konsequenz und entschieden sich gegen die Gehorsamspflicht.
- 37) Vgl. Regele, a.a.O., S.282.
- 38) Vgl. Allmayer-Beck: Habsburgermonarchie, S.6.
- 39) Vgl. Sked, a.a.O., S.89.
- 40) Vgl. Siegfried Fiedler: Kriegswesen und Kriegführung im Zeitalter der Einigungskriege, Bonn 1991, S.38.
- 41) Zu Jellacic vgl. E. Bauer: Joseph Graf Jellachich. Banus von Kroatien. Schicksal und Legende des kroatischen Helden von 1848, Wien/München 1975, W. Görlitz: Jellacic. Symbol für Kroatien, Wien/München 1992 sowie Ferdinand Hauptmann: Banus Jellacic und Feldmarschall Windischgrätz. In: Südost-Forschungen XV (1956), S.372-402 und ders.: Jellacic's Kriegezug nach Ungarn 1848. Zwei Bände, Graz 1975.
- 42) Vgl. Sabrina Müller: Soldaten in der deutschen Revolution 1848, Paderborn 1999.
- 43) Vgl. Allmayer-Beck: Menschenführung, S.69.
- 44) Vgl. Sked, a.a.O., S.51 am Beispiel zweier italienischer Infanterieregimenter.
- 45) Wagner: K.(U.)K. Armee, S.324.
- 46) Zu den unterschiedlich langen Zeiten und Nationalitäten in der k.k.-Armee zwischen 1815-1848 vgl. Sked, a.a.O., S.44-54.
- 47) Allmayer-Beck: Menschenführung, S.75.
- 48) Allmayer-Beck: Menschenführung, S.68.
- 49) Die Darstellung folgt hier Wagner: K.(U.)K. Armee, S.326-328 und S.333f. sowie Heller von Hellwald: Radetzky; Regele, a.a.O., S.233-319 und Wolf-Schneider von Arno, a.a.O., S.56-94.
- 50) Zit. nach Duhr, Briefe, S.82.
- 51) Zit. nach Heller von Hellwald: Radetzky, S.375.
- 52) Fiedler: Revolutionskriege, S.273.
- 53) Vgl. die Wiedergabe seines Beitrages aus „Neue Rheinische Zeitung“ Nr. 257 vom 28. März 1849. In: MEW, Band 6, Berlin/Ost 1959, S.383f. Zu Friedrich Engels und seinem militärischen Denken vgl. Jehuda L. Wallach: Die Kriegelehre von Friedrich Engels, Frankfurt/M. 1968 (=Hamburger Studien zur neueren Geschichte, Band 10).
- 54) Niemeyer, Joachim: Das österreichische Militärwesen im Umbruch. Untersuchungen zum Kriegsbild zwischen 1830 und 1866, Osnabrück 1979, S.62.
- 55) Vgl. Allmayer-Beck: Habsburgermonarchie, S.8.
- 56) Vgl. Heinrich Lutz: Zwischen Habsburg und Preußen. Das Ringen um die Vormacht in Deutschland 1815-1866, Berlin 1985 (=Die Deutschen und ihre Nation, Band 2).
- 57) Heller von Hellwald: Denkschriften, S.433.
- 58) Vgl. Schmidt-Brentano, a.a.O., S.178f.
- 59) Vgl. Hagen Schulze: Der Weg zum Nationalstaat. Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung (=Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, Band 3), 2. Aufl. München 1986, S.24.
- 60) Zit. nach Schmahl, a.a.O., S.9.
- 61) Zit. nach Regele, a.a.O., S.371. Es gab indes keinen schriftlichen Gesamt-Operationsplan für 1850, vgl. Wagner: K.(U.)K. Armee, S.339.
- 62) Vgl. Angelow, a.a.O., S.156, Regele, a.a.O., S.371 und Schmidt-Brentano, a.a.O., S.177.
- 63) Niemeyer, a.a.O., S.162.
- 64) Allmayer-Beck: Menschenführung, S.67.
- 65) F.J.A. Schneidawind: Aus dem Hauptquartiere und Feldleben des Vater Radetzky. Szenen und Erzählungen aus den Feldzügen der k.k. österreichischen Armee in Italien in den Jahren 1848 und 1849, Stuttgart 1854, S.22.
- 66) A. v. Hübner: Ein Jahr meines Lebens 1848/49, Leipzig 1891, S.19f.
- 67) Zit. nach Schmidt-Brentano, a.a.O., S.293f.
- 68) Vgl. zu diesem Ansatz Wolfram Wette: Militärgeschichte von unten. In: ders. (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München 1992, S.9-47.
- 69) Grillparzer: Einem Soldaten. In: Grillparzer, Werke I, S.323f.
- 70) Langewiesche, a.a.O., S.95.
- 71) Vgl. I. Déak: Where Loyalty and where Revolution? The Dilemma of the Habsburg Army Officers in 1848-1849. In: B. K. Király (Hrsg.): East Central European Society and war in the Era of Revolutions 1775-1856, New York 1984, S.393-418.
- 72) Zur Rolle des Militärs vgl. Dieter Langewiesche: Die Rolle des Militärs in den europäischen Revolutionen von 1848. In: Dieter Dow/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S.915-932.
- 73) Vgl. Price, a.a.O., S.57.
- 74) Vgl. Allmayer-Beck: Habsburgermonarchie, S.24.
- 75) Golo Mann, a.a.O., S.223.
- 76) Der Feldzug der österreichischen Armee in Italien im Jahre 1848 bzw. 1849, 2 Bde., Wien 1852; Der Winterfeldzug 1848-1849 in Ungarn. Unter dem Oberkommando des Feldmarschalls Fürsten zu Windisch-Graetz, Wien 1851.
- 77) Vgl. Johann-Christoph Allmayer-Beck: Die Militärgeschichtsschreibung in Österreich von ihren Anfängen bis zum Jahr 1918. In: MGFA (Hrsg.), Militärgeschichte in Deutschland und Österreich vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Herford 1985 (=Vorträge zur Militärgeschichte, Band 6), S.70-86, hier S.76f.
- 78) Price, a.a.O., S.51.
- 79) Zit. nach Hackl, a.a.O., S.261.
- 80) Ebenda, S.263.
- 81) Fiedler: Einigungskriege, S.98.
- 82) So Allmayer-Beck, zit. nach Regling, a.a.O., S.291f.
- 83) Fritz, a.a.O., S.35. Dies enthält eine Anspielung auf das „Mirakel des Hauses Brandenburg“, von dem Friedrich II. im Siebenjährigen Krieg (1756-63) sprach; vgl. dazu Johannes Kunisch: Das Mirakel des Hauses Brandenburg, Studien zum Verhältnis von Kabinettpolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges, München/Wien 1978.
- 84) Fiedler: Revolutionskriege, S.273.

-
- 85) G.F.W. Hegel: Vorrede zu seinen Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821); Werke 7, S.28.
86) MEW, Band 6, S.383.
87) Zit. nach Regele, a.a.O., S.368.
88) Vgl. Mark Mazower: Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000, S.75, der dies für die letzten Jahrzehnte der Habsburgermonarchie diagnostiziert.
89) Vgl. Allmayer-Beck: Menschenführung, S.70.
90) Zit. nach Allmayer-Beck: Habsburgermonarchie, S.33.
91) Wolfgang von Groote (Hrsg.): Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen, Stuttgart 1966.
92) Vgl. hierzu den Beitrag von Denis Showalter: Moltke and the Prussian RMA. In: MacGregor Knox and Murray Williamson (Hrsg.): The Dynamics of Military Revolutions 1300-2050, Cambridge University Press 2001.
93) Brentano, a.a.O., S.229.

Dr. Eberhard Birk

Geb. 1967; Oberstleutnant d.R.; 1987-1993 Soldat auf Zeit; 1993-1997 Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Augsburg; Stipendiat der deutschen Studenten- und Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 1995-1999; 1999 Promotion zum Dr. phil.; seit 2000 Dozent für Militärgeschichte und Politische Bildung an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck. Veröffentlichungen zu den Themen: Deutsche Militärgeschichte, Tradition, Strategie und Sicherheitspolitik. Monographien zuletzt: Militärgeschichtliche Skizzen zur Frühen Neuzeit, Hamburg 2005, Militärische Tradition, Hamburg 2006; Herausgeber der Gneisenau Blätter seit 2004 (Themen-Bände: Aspekte einer europäischen Identität, Militärische Tradition, Transformation, Erziehung und Streitkräfte, Einsatzarmee und Innere Führung, Militärisches Selbstverständnis; sie sind digital abrufbar unter www.gneisenau-gesellschaft.de).